

37. Jahrgang
ISSN 0939-3099
1/2 2005

ao

aktuelle
ostinformationen



Impressum

Liebe Leserinnen und Leser,

im vorliegenden Heft beschäftigen wir uns mit Fragen, in deren Zentrum vornehmlich die Probleme einer zusehends globaler werdenden Welt stehen. Dabei spielt das Zusammenwachsen der EU als transnationaler Organisation angesichts sicherheitspolitischer, wirtschaftlicher und speziell auch die deutsch-polnische Nachbarschaft betreffender Probleme eine wichtige Rolle.

Im einleitenden Artikel wird deshalb zunächst der Frage nachgegangen, ob und wie das angespannte Verhältnis zwischen den USA und dem „neuen“ sowie „alten“ Europa zukünftig eine neue Qualität von Partnerschaft annehmen kann. Elżbieta Mączyńska fragt hingegen nach der Rolle des Staates unter den Bedingungen einer globalen Wirtschaft und im Rahmen weitreichender zivilisatorischer Umbrüche. Der Zukunft der Europäischen Union, den gemeinsamen Herausforderungen und Zukunftsszenarien ist der Aufsatz von Gerhard Schlüsselbauer gewidmet.

Mit sehr unterschiedlichen Aspekten der deutsch-polnischen Beziehungen beschäftigen sich dann die nächsten drei Beiträge. Während sich Hubert Luszczynski mit den neuen Herausforderungen für deutsch-polnische Schulpartnerschaften auseinandersetzt, gibt Julian Pfäfflin einen konzisen Überblick über die Rolle des Präsidialamtes im polnischen Regierungssystem. Last but not least analysiert Helmut Skowronek sechzig Jahre nach Kriegsende aus Anlass der am 9. Januar 2005 in Bielefeld eröffneten Ausstellung „Oneg Schabbat“ die Bedeutung einer funktionierenden Gedächtniskultur.

In O-Ton veröffentlichen wir erneut einige Karikaturen von Schülerinnen und Schülern, die im Rahmen von deutsch-polnischen Begegnungsseminaren entstanden und den deutsch-polnischen Beziehungen gewidmet sind.

Die drei für die Publikation ausgewählten Seminarberichte stellen nur einen kleinen, vielleicht aber sehr typischen Ausschnitt unserer Lehrgangsarbeit dar, die von der Kooperation mit sehr unterschiedlichen Partnern geprägt ist.

Wie immer schließt auch dieses Heft mit einem großen Rezensionsteil.

Zbigniew Wilkiewicz

Jahresabonnement „aktuelle ostinformationen“: € 8,00 (inkl. Porto) Einzelheft: € 4,00 (inkl. Porto)
Wir bitten Sie, den Abonnementsbetrag für die „aktuellen ostinformationen“ auf folgendes Konto zu überweisen: Postbank NL Hannover (BLZ 25010030), Konto-Nr. 177400305.
Diese Publikation wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezuschusst.

Inhalt

Beiträge

Zbigniew Wilkiewicz	
Die USA und Europa. Gefolgschaft oder Partnerschaft?	1
Elżbieta Maćczyńska	
Die Rolle des Staates unter den Bedingungen des zivilisatorischen Umbruchs.....	12
Gerhard Schüsselbauer	
Zukunft der EU	26
Hubert Luszczynski	
Der Beitritt der MOE-Staaten zur Europäischen Union – eine neue Herausforderung für unsere Schulpartnerschaften	34
Julian Pfäfflin	
Das Präsidentenamt im polnischen Regierungssystem.....	42
Helmut Skowronek	
Zur Ausstellungseröffnung Oneg Schabbat am 9. Januar 2005 in Bielefeld	53

O-Ton

Romeo & Julia – Deutschland und Polen gestern heute und morgen	62
--	----

Berichte

Manfred Sellmayer	
Multiplikatorenseminar im Gesamteuropäischen Studienwerk in Vlotho	67
Zbigniew Wilkiewicz	
Sicherheitspolitische Chancen und Risiken der Europäischen Integration	68
Anna Chmielak	
Konferenz der Polnischen Ökonomischen Gesellschaft (PTE) „Die Rolle des Staates in der Wirtschaft und Gesellschaft“ am 5. April 2004 in Warschau.....	70

Buchreport

Zbigniew Wilkiewicz	
Peter Oliver Loew: Polen denkt Europa. Politische Texte aus zwei Jahrhunderten.	75

Rezensionen

Thomas Urban: Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert.....	82
Timothy Garton Ash: Freie Welt. Europa, Amerika und die Chance der Krise.	85
Peter-Oliver Loew: Danzig und seine Vergangenheit 1793-1997.....	87
Ansichten. Jahrbuch des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt (15) 2004.....	89
Adrienne Héritier, Michael Stolleis, Fritz W. Scharpf (Hg.): European and International Regulation after the Nation States.....	90
Giovanni Reale: Kulturelle und geistige Wurzeln Europas..	93
Rainer Prätorius: In God we trust. Religion und Politik in den USA.	96
Norman Manea. Die Rückkehr des Hooligan.....	98
Ivan Turgenev. Aufzeichnungen eines Jägers.....	100

Beiträge

Zbigniew Wilkiewicz

Die USA und Europa. Gefolgschaft oder Partnerschaft?

Globale Herausforderungen für die USA und Europa

Nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der Sowjetunion kam es zu einer spürbaren Verunsicherung hinsichtlich der Neudefinition der internationalen Sicherheitsdoktrin, die bis dahin durch die gegenseitige Abschreckung der beiden Führungsnationen und Supermächte USA und UdSSR geprägt war. Die Frage nach einer weltpolitischen Neuordnung gewann an Gewicht. Es bildete sich ein atlantisch-pazifischer Großraum als Kern einer liberalen internationalen Ordnung heraus. Gleichzeitig nahm die Bedeutung der in der Charta der Vereinten Nationen festgelegten Ordnung zu und fand als Modell zur Wahrung internationaler Ordnung Anerkennung. Schließlich spielt das Phänomen einer wirtschaftlich, politisch und kulturell zu definierenden Globalisierung eine zunehmende Rolle, denn durch sie werden die Grenzen des klassischen Nationalstaats in Frage gestellt.¹

Aktuell sind es aber die Herausforderungen des weltweit und weitgehend anonym operierenden Terrorismus, die die Staaten der westlichen Welt dazu zwingen, ihre Ordnungskonzepte und Sicherheitsstrategien neu zu überdenken und neu zu definieren. Hinsichtlich des sich islamistisch legitimierenden Terrorismus sind dabei mehrere Kontexte zu beachten. Erstens ist es der ungelöste und weiterhin schwelende Konflikt zwischen der arabischen Welt und Israel:

*„No other region in the world is characterised by so much unrest and conflict. No other region of the world has assembled so much weapons. It is, in fact, the world's most dangerous hotspot.”*²

Zweitens geht es um die wirtschaftliche und politische Dominanz der westlichen Welt, für die die Begriffe Globalisierung und Intervention stehen. Diese Dominanz besitzt eine kulturelle Variante (Huntington) und kommt aus der Perspektive zahlreicher Araber einer zweiten Kolonialisierung durch die USA und die EU gleich.³

Ungeachtet dessen verstehen sich die USA und die EU als spezifische Wertegemeinschaften, die sich in erster Linie durch Frieden, Freiheit, Wohlstand, Schutz des Eigentums, persönliche Würde des Einzelnen sowie Demokratie und Toleranz definieren, wobei die einzelnen Begrifflichkeiten aus der jeweiligen amerikanischen oder europäischen Sicht sicherlich unterschiedlich gewichtet werden.⁴ Sowohl die USA als auch die

¹ Joachim Krause: Multilaterale Ordnung oder Hegemonie? Zur transatlantischen Debatte über die weltpolitische Neuordnung. In: ApuZ, B 31-32 (2003), S. 6-14, S. 8

² Ernst-Otto Czempiel: Europe's Mission: Pushing for a Participate World Order. In: <http://fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/POLITIKANALYSE/paxamericana>, S. 7.

³ *ibid.*

⁴ Gert Raeithel: Zu den Mentalitätsunterschieden in einer Partnerschaft. Der amerikanische Traum und wir. In: Die Politische Meinung, August 2003, S. 19-24.

EU verstehen sich als erfolgreiche Gesellschaftsmodelle und hegen den Anspruch, ihre Ordnungen zu verbreiten und zu exportieren. Über die Form und die Mittel dieses gesellschaftlichen Transfers wird aber spätestens seit dem amerikanischen Angriff auf den Irak heftig gestritten. Kennzeichnend für diesen zuweilen polemisch geführten Disput waren die am 23.05.2003 in führenden europäischen Zeitungen veröffentlichten Manifeste von sieben prominenten europäischen Intellektuellen, in denen zu einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik – zunächst auf Kerneuropa beschränkt - aufgerufen wurde. So forderte Jürgen Habermas, dass Europa sein Gewicht auf internationaler Ebene und im Rahmen der UN in die Waagschale werfen müsse, um den „hegemonialen Unilateralismus“ der Vereinigten Staaten auszubalancieren. Es sei zur Gestaltung des „Designs einer künftigen Weltinnenpolitik“ geradezu berufen. Es habe unter Schmerzen gelernt, wie Unterschiede kommuniziert, Gegensätze institutionalisiert und Spannungen stabilisiert werden können. Deshalb verstehe Europa, dass in einer komplexen Weltgemeinschaft nicht nur Divisionen zählen, sondern die weiche Macht von Verhandlungsagenden, Beziehungen und ökonomischen Vorteilen.⁵ Allerdings gibt es auch in den USA selbst eine massive Kritik an der neokonservativen Innen- und Außenpolitik der Bush-Regierung. Zu nennen sind in diesem Kontext neben dem sehr medienwirksamen Michael Moore mit seinen anklagenden Publikationen und Filmen der Soziologe Norman Birnbaum („Nach dem Fortschritt“), der Publizist Kevin Philipps („Die amerikanische Geldaristokratie“), der Soziologe Jeremy Rifkin („Der europäische Traum“) oder auch der Historiker Arthur M. Schlesinger („War and the American presidency“). Allerdings, so Thomas Assheuer in seinem lesenswerten Artikel über die „Staatsfeinde“, sei anzuzweifeln, ob sich diese intellektuellen Kritiker der *conditio* und *pax Americana* sich Gehör verschaffen können:

„Aber die Zeiten realer Bedrohung und massenmedial geschürter Panik sind nicht die Zeiten politischer Vernunft, sondern spielen dem ‚Bündnis aus Rüstungsindustrie, Wall Street, religiöser Rechter und Marktradikalen‘ in die Hände. Im Ausnahmezustand, dem ‚Krieg gegen den Terror‘, verlangt der Wähler nach homeland security wie das Schulkind nach der Kellog’s-Tüte.“⁶

Die neue Nationale Sicherheitsstrategie (NSS) der USA und die Sicherheitsdoktrin der EU

Dass es einen Interessen- und Wertekonflikt zwischen den USA und Europa gibt, wird an der offen propagierten und nunmehr auch umgesetzten neuen Sicherheitsdoktrin der USA NSS deutlich, die die Aufkündigung des Westfälischen Systems und die einseitige Intervention der USA legitimiert. Dabei bleibt im Kontext der globalen terroristischen Bedrohung festzustellen, dass es sich dabei um entterritorialisierte, staatenlose, in Netzwerken und klandestin agierende Gegner handelt, die anonym bleiben und sich radikaler Kampfmethoden (Selbstmordattentate) bedienen. Bei der Abwehr terroristischer

⁵ Conrad Schuhler: „Unter Brüdern“. Die USA, Europa und die Neuordnung der Welt. In: <http://www.uni-kassel.de/fb10/themen/Europa/schuhler.html>.

⁶ Thomas Assheuer: Die „Staatsfeinde“. In: Die Zeit, 28. 10, 2004, S. 60-61, S. 61.

Aktionen geht es deshalb aus Sicht der USA nicht mehr nur um das Mittel des Präventivkriegs im Rahmen der wohlbekannten, wenn auch umstrittenen Doktrin des „gerechten Krieges“, sondern um den präemptiven Einsatz von Sicherheits- oder Militärkräften, die im Vorfeld kriegerischer Auseinandersetzungen dafür sorgen sollen, dass es gar nicht erst zu terroristischen Anschlägen kommt. „Schurkenstaaten“ und deren Helfer sind im Rahmen einer „antizipatorischen Selbstverteidigung“ anzugreifen, bevor sie dies selbst tun können. Wie Schurkenstaaten zu definieren sind, bleibt allerdings umstritten. Für die USA sind dies Staaten, die Terroristen unterstützen, in denen Proliferation droht und Menschenrechte missachtet werden. Allerdings handelt es sich dabei aufgrund des selektiven, flexiblen Unilateralismus der USA um eine sehr vage Umschreibung hinsichtlich bestimmter Staaten. Im Mittelpunkt steht eindeutig das amerikanische Eigeninteresse, wie folgende Formulierung von Präsident Bush vom September 2002 zeigt:

*„While the United States will constantly strive to enlist the support to the international community, we will not hesitate to act alone, if necessary, to exercise our right of self-defense preemptively...“*⁷ Dies bedeutet aber auch, dass präemptive Selbstverteidigung und die Führung eines Angriffskrieges kaum noch zu unterscheiden sind. Im Text der neuen NSS der USA wird diese Sachlage so kommentiert:

*„Es hat beinahe ein Jahrzehnt gedauert, bis wir die wahre Natur dieser neuen Bedrohung verstanden hatten. Angesichts der Ziele von Schurkenstaaten und Terroristen können die Vereinigten Staaten nicht länger allein auf eine reaktive Haltung vertrauen, wie es in der Vergangenheit der Fall war. Die Unfähigkeit, einen potenziellen Angreifer abzuschrecken, die Unmittelbarkeit der heutigen Gefahren und das Ausmaß des möglichen Schadens, das aus der Waffenwahl unserer Gegner erwachsen könnte, lassen diese Option nicht zu. Wir dürfen unsere Feinde nicht zuerst zuschlagen lassen.“*⁸

Dabei habe man es – so der Politologe Joachim Krause – mit einem pragmatischen Liberalismus zu tun. Die USA wollen die liberale Zone erhalten und verteidigen, wobei die Alliierten eingeladen seien, daran mitzuwirken. Gebe es daran kein Interesse, werde die USA allein oder in „Koalitionen der Willigen“ die Gelegenheit zur Schaffung einer liberalen Weltordnung nutzen.⁹ Der gravierende Unterschied beim Export liberaler und demokratischer Werte besteht darin, dass ein Teil der Europäer massive Kritik an der neuen NSS der USA üben und eher nach den Ursachen für den Terrorismus fragen (globale Armut, fatale Folgen der Globalisierung für die Dritte Welt, deshalb Forderung nach Regionalisierung statt Globalisierung) sowie zivile Instrumente der Intervention entwickeln wollen, um sie zu beheben:

*„The main mistake of the West has been to neglect those reactions, to confine the discussion on globalisation to their domestic consequences. 9/11 shows that external consequences are at least equally important. Europeans should not close, but rather open their eyes and ears and think about the world within they live and act.“*¹⁰

⁷ Jochen Hippler: Unilateralismus der USA als Problem der internationalen Politik. In: ApuZ, B31-32 (2003), S. 15-22, S. 20.

⁸ Die neue Nationale Sicherheitsdoktrin der Vereinigten Staaten, 28. 09. 2002. In: <http://www.unikassel.de/fb10/frieden/regionen/USA/doktrin-lang.html>.

⁹ Joachim Krause, wie Fußnote 1, S. 11.

¹⁰ Ernst-Otto Czempel, wie Fußnote 2, S. 9.

Im Hinblick auf die EU ist in diesem Kontext allerdings auch festzustellen, dass der am 18. Juni 2003 von Javier Solana vorgelegte „Entwurf für eine europäische Sicherheitsstrategie“¹¹, in dem von einer „Ausdehnung des Sicherheitsgürtels um Europa“ die Rede ist, von ähnlichen Voraussetzungen ausgeht wie die NSS der USA:

„Die im Solana-Papier erkennbare Grundtendenz einer europäischen Sicherheitsdoktrin setzt erkennbar stärker auf militärische Komponenten als dies in Praxis und Selbstverständnis der Europäer bislang der Fall war. Die fundamental neue Art der terroristischen Bedrohung scheint auch den Europäern bewusst geworden zu sein.“¹²

Allerdings wird in Solanas Entwurf sehr viel stärker auf die internationale und transatlantische Kooperation abgehoben als das in der amerikanischen NSS der Fall ist. Deutlich setzt die EU damit weiterhin auf Multilateralität, während die USA sehr viel stärker auf ihre eigene, dominante Rolle abhebt. Auch werden im Solana-Entwurf stärker präventive, entwicklungspolitische europäische Initiativen betont, die in bedrohten Regionen zu Reformen und zu Friedenssicherung führen können. Militärische Intervention wird als ultima ratio in Betracht gezogen, die Rolle der UNO hat weiterhin einen hohen Stellenwert.

„Die Charta der Vereinten Staaten bildet den grundlegenden Rahmen für die Internationalen Beziehungen. Die Stärkung der Vereinten Nationen und ihre Ausstattung mit den zur Erfüllung ihrer Aufgaben und für effizientes Handeln erforderlichen Mitteln, muss ein vorrangiges Ziel für Europa sein. Wenn wir von internationalen Organisationen, Vereinbarungen und Verträgen erwarten, dass sie Gefahren für den Frieden und die Sicherheit in der Welt wirksam abwenden, sollten wir bei Verstößen gegen ihre Regeln zum Handeln bereit sein.“¹³

Die veränderte Rolle der NATO

Das Ende des Kalten Krieges brachte es mit sich, dass die Rolle der NATO neu überdacht werden musste, zumal es keine reale Bedrohung seitens des Ostens mehr gab.

Im Zusammenhang mit der Dominanz und Führungsrolle der USA hat die NATO diesbezüglich ihre einst wichtige Funktion als westliches Verteidigungsbündnis mit einer defensiven Strategie weitgehend eingebüßt. Umso mehr, als durch die sicherheitspolitische Partnerschaft zwischen den USA und Russland in Sachen Bekämpfung des Terrorismus ihre einst gegen die militärische Großmacht Russland zielende Orientierung so nicht mehr vorhanden ist. Für die ostmitteleuropäischen Staaten Polen, Tschechien und Ungarn, deren Außenpolitik im letzten Jahrzehnt in erster Linie darauf gerichtet war, nach Jahrzehnten sowjetischer Dominanz ihre eigene staatliche Souveränität abzusichern und russische Ansprüche abzuwehren, bedeutet diese gravierende Veränderung der weltpolitischen Sachlage eine deutliche Relativierung der Bedeutung ihrer NATO-Mitgliedschaft. Wie stark allerdings die Furcht vor einer gelegentlich vermuteten Achse

¹¹ Im Wortlaut: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Javier Solana legt ein Papier für eine Europäische Sicherheitsdoktrin vor. In: <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/Europa/solana-papier.html>.

¹² Herfried Münkler: Angriff als beste Verteidigung? Sicherheitsdoktrinen in der asymmetrischen Konstellation. In: IPG 3/2004, S. 22-37, S. 37.

¹³ Javier Solana, wie Fußnote 11, S. 4-5.

Moskau-Berlin-Paris noch ist, wird an den Reaktionen der polnischen Außenpolitik deutlich. Hier schloss man sich im amerikanisch-europäischen Konflikt um den Irak-Krieg eindeutig der Option der USA und Großbritanniens an und schlug sich so dem Lager des „neuen Europa“ zu. Allerdings wurde diese Haltung, die besonders in Deutschland und Frankreich auf Unverständnis stieß, recht bald auch in der polnischen öffentlichen und veröffentlichten Meinung in Frage gestellt. Zudem sprach sich die Mehrheit der Polen mehrfach gegen eine aktive Teilnahme ihres Landes an den Kriegshandlungen aus.¹⁴ Unbestritten bleibt jedoch, dass viele Europäer die amerikanische Hegemonie als innereuropäischen Stabilitätsfaktor schätzen, da die Rolle der USA in der NATO die gemeinsamen Reaktionen auf externe Krisen erheblich erleichtert. Hingegen spricht man sich eindeutig gegen ein europäisches – etwa deutsch-französisches – Direktorat aus. Janusz Reiter, ehemaliger polnischer Botschafter in Deutschland, beschrieb diese Sachlage im Februar 2003 wie folgt:

„Vielen Europäern fällt es leicht, Amerikas Führungsrolle zu akzeptieren. Sie würden sich aber energisch wehren, wenn eine europäische Macht den Führungsanspruch erhöhe. Wer Europa zum Vehikel eigener nationaler Ambitionen machen möchte, muss damit rechnen, dass ihm die Nachbarn die Gefolgschaft verweigern.“¹⁵

Die Rolle der UNO aus amerikanischer und europäischer Sicht

Die Rolle der UNO wird von den USA bereits seit den 90er Jahren in erheblichem Maße in Frage gestellt (Weigerung der USA, ihre UNO-Beiträge zu bezahlen, Verhängung einseitiger Wirtschaftssanktionen, Verweigerung der Ratifizierung des Atomteststoppabkommens, Kündigung des ABM-Vertrags, Aufbau eines nationalen Raketenabwehrsystems, Verweigerung des Verifikationsregimes zur Biowaffenkonvention, Weigerung die Ottawa-Konvention über das Verbot von Anti-Personen-Minen zu unterzeichnen, Ablehnung des Kyoto-Protokolls zum Schutz des Weltklimas, offene Sabotage des Internationalen Strafgerichtshofes, Ignorierung des UNO-Sicherheitsrates vor dem Irakkrieg).¹⁶ Zuletzt manifestierte sich diese Politik durch den Angriffskrieg gegen den Irak, der von der UNO nicht sanktioniert worden war.

Einen wichtigen Einschnitt in den Beziehungen zwischen den USA und der EU bildete in diesem Kontext natürlich der 11. September 2001, der die Verwundbarkeit der Weltmacht USA unter Beweis stellte und sicherlich dafür sorgte, dass die bereits bestehenden Pläne für eine präemptive amerikanische Sicherheitsstrategie von der Bush-Administration zügiger und rücksichtsloser umgesetzt werden konnten.

„Der Sieg George W. Bushs und vollends die Erfahrung des 11. September 2001 verhalten einer unilateralen Strategie der US-Außenpolitik zum Sieg, welche (...) der UNO den

¹⁴ Zbigniew Wilkiewicz: „Neues“ versus „altes“ Europa: Polen zwischen den USA und der EU. In: aktuelle ostinformationen, 3-4 (2004), S. 3-15.

¹⁵ Janusz Reiter: Antiamerikanismus ist kein guter Baustein für Europa. In: FAZ, 5. 2. 2003. Vgl. auch: Matthias Dembinski/ Wolfgang Wagner: Europäische Kollateralschäden. Zur Zukunft der europäischen Außen-Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach dem Irak-Krieg. In: ApuZ, B 31-32 (2003), S. 31-38, S. 34.

¹⁶ USA - Europa: Die „Duisburger Erklärung“, 17. 04. 2004. In: <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Europa/duisburger-erklaerung.html>.

*Status als Rechtsinstitut der kollektiven Sicherheit verweigerte, den USA prinzipiell unbeschränkte Befugnisse der vor allem auch 'präventiven Selbstverteidigung' jenseits all dessen, was die UNO-Charta an Einschränkungen vorsieht, zuschrieb, und der Weltorganisation im besten Fall die Funktion eines Legitimationsbeschaffers und die des humanitären und in Fragen des Nachkriegs-Wiederaufbaus einigermaßen erfahrenen Aufräumers einzuräumen bereit war.*¹⁷

Im Unterschied zu den USA wird die positive friedensstiftende Rolle der UNO seitens der EU stets hervorgehoben. Dabei ist man sich bewusst, dass es sich bei der UNO um ein wichtiges, permanentes Verhandlungsforum der 191 Mitgliedstaaten handelt, dass sich die humanitären Institutionen der UNO als unverzichtbar erweisen, dass die UNO nach militärischen Konflikten wichtige Erfolge beim Aufbau ziviler Projekte zu verzeichnen hat, dass sie bei einstigen Gegnern als neutraler und kompetenter Vermittler auftritt und die Arbeit ihrer völkerrechtspolitischen Organe weiterhin unverzichtbar ist.

Dennoch ist, nach der Aufhebung der Sanktionen gegen den Irak, nach Ansicht zahlreicher Kommentatoren eine neue Politik gefordert: Es sollte zu einer pragmatischen Verständigung der Mitglieder des Sicherheitsrates kommen und in Zukunft müssen zu zwei zentralen Fragestellungen Strategien entwickelt werden, wobei es sich nicht mehr um internationale, sondern um weltinnenpolitische Sachverhalte handelt: die weltweite Bekämpfung der terroristischen Bedrohung sowie die Erarbeitung überzeugender Antworten auf die Gefahren, die von der Proliferation von Massenvernichtungswaffen ausgehen. Ein weiterer wichtiger Eckpunkt – so der Politologe Klaus Dicke – ist die Rückführung der USA zu einem multilateralen und den Regeln des Völkerrechts entsprechenden Behandeln globaler und weltinnenpolitischer Sachlagen.¹⁸

Erschwerend für Europa wirkte sich dabei aus, dass im gleichen Zeitraum die Integration der EU fortgesetzt werden musste. Dabei bildete die am 1. Mai vollzogene Osterweiterung durch die acht Staaten aus OME der Gemeinschaft beitraten, sicherlich einen wichtigen Meilenstein, obschon sich gerade in diesem Zusammenhang erhebliche Kontroversen hinsichtlich der Verabschiedung einer europäischen Verfassung und im Hinblick auf den Umgang mit dem Irak-Konflikt ergaben. Immerhin ist die EU weiter bemüht, von einer wirtschaftlichen zu einer politischen Gemeinschaft zu werden, was durch das Projekt für eine einheitliche europäische Verfassung deutlich unterstrichen wird.

Unterschiedliche Interessen

Im Falle des Irak-Kriegs ist heute offensichtlich, dass die USA und die mit ihnen verbündeten Mächte eindeutig gegen das bestehende Völkerrecht verstießen. Inzwischen ist auch deutlich, dass Teile der amerikanischen Streitkräfte nicht nur im Irak, sondern bereits in Afghanistan gegen die Regeln der Genfer Konvention verstoßen haben. Offenbar waren Folterungen an der Tagesordnung und auch die Behandlung der Gefangenen auf

¹⁷ Klaus Dicke: UNO-Politik nach dem Irak-Krieg. Was tun? In: Die Politische Meinung. August 2003, S. 25-29, S. 27.

¹⁸ Ibd., S. 28-29.

Guantanamo spricht eine deutliche Sprache. Klar ist mittlerweile auch, dass der Irak weder Massenvernichtungsmittel vorhielt noch nachweisbar aktive Beziehungen zum Terrornetz al-Qaida unterhielt.¹⁹ Zum Zeitpunkt des Kriegsausbruchs konnte man diese Fakten allerdings nur vermuten, auch wenn kritische Stimmen schon damals von einem bewussten Täuschungsmanöver der US-Führung sprachen.

Andererseits wurde die Kriegentschlossenheit der amerikanischen Führung durch die Hinhaltenaktik Saddams hinsichtlich der Nichterfüllung der Auflagen des Sicherheitsrats, sein brutales innenpolitisches Regime, aber auch von den strategischen Interessen (Erdöl!) der einzig verbliebenen Supermacht bestimmt. Eine andere Haltung nahmen im Vorfeld des Irak-Krieges bekanntlich Frankreich und Russland ein, die auch mit dem Irak Saddams durch Wirtschaftsbeziehungen verknüpft blieben und sich gegen Ende der 90er Jahre für eine Lockerung der Sanktionen gegen den Irak ausgesprochen hatten. Dabei trafen sie allerdings auf den Widerstand der USA und Großbritanniens.²⁰

Trotz des gewonnenen Krieges und der Festsetzung Saddams haben die USA ihr eigentliches Ziel, die Zerschlagung des weltweit operierenden Terrornetzes al-Qaida, bislang deutlich verfehlt. Der weiterhin offen geführte Konflikt gegen die Besatzungsmacht und ihre inländischen und ausländischen Helfer sowie die Zunahme terroristischer Akte im Irak und anderswo lassen vielmehr die Vermutung zu, dass sich der gewaltsame kriegsgerichtliche Einsatz als kontraproduktiv erweisen könnte. Eine Befriedung des Iraks, seine Demokratisierung und sein Wiederaufbau sind in weite Ferne gerückt.

Die Kosten des Krieges sind enorm. Präsident Bush beantragt immer wieder Sondermittel für die Finanzierung des Krieges und es bleiben weiterhin 110.000 amerikanische Soldaten im Irak stationiert.²¹

Für unsere Fragestellung wichtig ist zudem die Tatsache, dass es gerade dieser kriegerische Konflikt ist, der die Spaltung der erweiterten EU-25 sehr deutlich gemacht hat. Die EU war sich hinsichtlich der Behandlung der Irak-Frage in ihrem Verhalten gegenüber den USA durchaus nicht einig, so dass es der amerikanischen Führung nicht schwer fiel, Europa in ein „altes“ und ein „neues“ einzuteilen.

Die Einteilung in „neu“ und „alt“ lief dabei durchaus nicht an der Grenze zu OME entlang, sondern schloss mit der Unterzeichnung des „Aufrufs der Acht“ vom 30.01.2003, in dem man sich für eine nachhaltige Unterstützung der Irak-Politik der USA aussprach, solche Altmitglieder wie Italien, Großbritannien, Spanien, Portugal und Dänemark mit ein. Zu ihnen gesellten sich die Beitrittsaspiranten Polen, Ungarn und Tschechien. Eine weitere Solidaritätsbekundung erfolgte am 2. Februar 2003, als sich die zehn Mitglieder der sog. Vilnius-Gruppe (Albanien, die baltischen Staaten, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Rumänien, die Slowakei und Slowenien) zu Worte meldeten.

¹⁹ Jürgen Wilzewski: Die Bush-Doktrin, der Irakkrieg und die amerikanische Demokratie. In: ApuZ, B45 (2004), S. 24-32, S. 31.

²⁰ Klaus Dicke, wie Fußnote 17, S. 26.

²¹ Peter Scholl-Latour: Weltmacht im Treibsand – Bush gegen die Ayatollahs. Berlin 2004. Wie zahlreiche andere Kritiker der imperialen US-Politik geht auch Scholl-Latour davon aus, dass die USA sich in ihrem Bestreben, die Welt alleine zu beherrschen, übernehmen könnten. Erinnert sei auch an die Studie der beiden altkonservativen Politikwissenschaftler Stefan Halper und Jonathan Clarke „America Alone“, in der eine Rückkehr zu Diplomatie und Konsens gefordert wird, da man niemals ein „Zweites Rom“ werden könne.

Das eigentliche Kerneuropa, das sich dem amerikanischen Ansinnen nicht anschließen wollte, bildeten Deutschland und Frankreich. Trotz des Strebens nach einer strategischen Partnerschaft mit den USA, wenn auch als deren Juniorpartner, schloss sich Russland der Argumentation der gegen die Politik der Bush-Administration orientierten europäischen Kriegsgegner an. Gleichzeitig war man bemüht, die gegen die globalen Herausforderungen des Terrorismus zielende Partnerschaft mit den USA nicht zu gefährden. Dabei spricht sich die russische Führung allerdings schon deshalb für eine Stärkung der UNO aus, um im Konzert der Großmächte weiterhin eine wahrnehmbare Rolle zu spielen. Dies geschieht aus der klaren Erkenntnis heraus, dass ohne die EU und die USA eine nachhaltige Reformierung und Modernisierung Russlands nicht möglich sein wird.²²

Kooperatives Modell versus Unilateralismus

Die europäische/deutsche Kritik des „alten Europa“ an der unilateralen Außenpolitik der USA wurde in der am 16. Februar 2004 in der FR veröffentlichten „Duisburger Erklärung“, die von 38 Wissenschaftlern, Hochschullehrern, Menschenrechtlern, Gewerkschaftern und Politikern unterzeichnet wurde, stringent zusammengefasst. In ihr fordert man angesichts des „rabiaten Unilateralismus“ der USA, der die Vereinten Nationen und das Völkerrecht geschädigt habe, eine Neubestimmung der transatlantischen Beziehungen. Dabei wird auch die Frage aufgeworfen, wie man mit der faktischen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Abhängigkeit von den USA umzugehen habe. Beklagt wird aber auch selbstkritisch die außen- und sicherheitspolitische Handlungsunfähigkeit der EU, die in den Balkankriegen und im Irak-Krieg so deutlich wurde. Allerdings wird im Gegenzug konstatiert, dass der von den USA entfachte Krieg nicht nur völkerrechtswidrig gewesen sei, sondern gegenüber der Weltöffentlichkeit und den Verbündeten durch Lügen und Täuschungen gerechtfertigt wurde. So entstünde der Eindruck, dass das Völkerrecht für die derzeitige Führung der USA und ihre ultrakonservativen Unterstützer zu einer „Nebensache“ geworden sei. Man setze auf militärische und andere Zwangsmittel, um die Region zwischen dem Nahen Osten und Zentralasien in Sinne eigener Machtinteressen neu zu ordnen. Dabei gehe es nicht nur um die Ölvorkommen am Persischen Golf und in Zentralasien, sondern überhaupt um die Kontrolle über diese geostrategisch wichtige Region. Europa dürfe angesichts dieser Sachlage nicht dem Eurozentrismus erliegen, keiner Emotionalisierung verfallen und sich in der Debatte auch nicht einer „besserwisserischen Moralisierung“ befleißigen. Allerdings könne die fundierte Kritik am amerikanischen Vorgehen nicht mit Anti-Amerikanismus gleichgesetzt werden. Europa habe hartnäckig an einer kooperativen, handlungsfähigen, nachhaltigen und friedensfördernden Identität zu arbeiten, eine Anbiederung im Stile Tony Blairs an die USA komme nicht in Frage. Als wenig konstruktiv habe sich auch die Haltung der Ministerpräsidenten Berlusconi und Aznar erwiesen. Nach den Erfahrungen mit zwei Weltkriegen müsse Europa deshalb auf die Mechanismen friedlicher

²² Peter W. Schulze: Russische Außenpolitik im Machtdreieck USA – Europa – Weltgemeinschaft. In: FES-Analyse, Juni 2003, S. 18-19.

Konfliktbeilegung setzen. Amerikanische Europakritiker wie Robert Kagan seien nicht in der Lage, diese historischen Erfahrungen zu erkennen.²³ Europa müsse weiterhin die zivilisatorischen Fortschritte von UNO und Völkerrecht verteidigen, es sei seine Aufgabe, mit anderen zusammen an der multilateralen Einhegung der größeren Mächte zu arbeiten: seiner selbst, Russlands, Chinas, aber auch der USA. Deshalb müsse Europa zu einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik finden, um die Gefahr von Spaltung und Lähmung auszuschließen. Dabei sei die Maxime, wenn immer möglich mit den USA, sonst aber auch ohne sie. Das bedeute, dass die eigenen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Interessen gegenüber Washington offen und selbstbewusst zu vertreten seien, was zur Voraussetzung habe, dass die transatlantischen Beziehungen auf Gleichberechtigung und Ausgewogenheit beruhen. Dies könne bedeuten, dass man den Weg von einer Werte- zu einer Interessengemeinschaft zu beschreiten habe. Wenn es allerdings gelinge, Menschenrechte, Demokratie, Umweltschutz, Völkerrecht und Friedensbewahrung zum gemeinsamen Wertekanon zwischen den USA und Europa zu machen, könnten die transatlantischen Beziehungen wieder neu erblühen. Dabei seien folgende Fragen von prinzipieller Bedeutung: Akzeptieren sich beide Seiten noch als prinzipiell gleich? Akzeptieren auch die USA weiterhin den Primat der Friedensbewahrung und des Schutzes der Umwelt? Akzeptieren sie das Völkerrecht und die Werte und Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen als Handlungsmaxime? Von der Beantwortung dieser Fragen sei abhängig, wie sich die transatlantischen Beziehungen zukünftig gestalten würden. Die Autoren kommen zu folgendem Fazit:

„Die Europäer sollten für eine zivilisierte und kooperative Organisierung der Weltpolitik eintreten, entweder mit, sonst aber auch ohne Washington –gemeinsam mit den Kräften in Amerika, die ebenfalls die Werte der Toleranz, Demokratie und globaler Rechtsstaatlichkeit hochhalten.“²⁴

Unterschiedliche Werte

Die Analyse der Autoren scheint zutreffend zu sein und wird sowohl von analytischen als auch empirischen Befunden gestützt. So ist dem Amerikanisten Gert Raeithel beizupflichten, wenn er verdeutlicht, dass die einst selbstverständlich klingende These von der transatlantischen Wertegemeinschaft nicht falsch, sondern unvollständig ist. Zwar haben die USA auf vielen Gebieten einen Entwicklungsvorsprung, auf anderen wirken sie allerdings älter als das angeblich alte Europa: man denke nur an die lückenhafte Krankenversicherung, den inhumanen Strafvollzug, den freien Schusswaffengebrauch,

²³ Die Autoren spielen dabei auf das Buch Kagans „Macht und Ohnmacht –Amerika und Europa in der neuen Weltordnung“ an, das 2003 in deutscher Übersetzung erschien. Ganz in der Tradition der neorealistischen Denkschule erklärt der Autor hierin die unterschiedlichen außenpolitische Standpunkte diesseits und jenseits des Atlantiks mit dem unterschiedlichen Potential der Amerikaner und Europäer, Machtpolitik zu betreiben. Aufgrund ihrer einzigartigen Machtstellung hätten die USA die Möglichkeit ihre außenpolitischen Ziel notfalls auch mit Gewalt durchzusetzen. Weitere Thesen Kagans: Der Zusammenhalt des Westens habe für Amerika keine Priorität mehr, für George W. Bush sei er geradezu bedeutungslos. Die Vormachtstellung Amerikas sei für die Welt und besonders für Europa eine unabdingbare Notwendigkeit. Das Ende des amerikanischen Imperiums sei nicht absehbar. Vgl. die Rezension von: Hartmut Wagner: Macht und Ohnmacht –Amerika und Europa in der neuen Weltordnung. In: http://www.eurasischesmagazin.de/info/archive_article.asp?article=20040117.

²⁴ Duisburger Erklärung, wie Fußnote 16, S. 7.

die Todesstrafe, die Heroisierung der Kriegshelden. Insofern sei nicht auszuschließen, dass bereits ein „Kulturbruch“ vorliege, zumal – wie Werner Weidenfels argumentiert – beide Gesellschaften die Schlüssel-Herausforderungen zu ihrer Existenzsicherung so unterschiedlich beurteilen. Dies gelte umso mehr, als Amerika an seinem Hegemonialanspruch festhalten werde.²⁵

Zu einer ähnlichen Bewertung kommt Egon Bahr, indem er verdeutlicht, dass die militärische Dominanz der USA der europäischen Einheit schade. Es sei illusorisch davon auszugehen, dass die USA den Europäern verstärkte Mitsprachen einräumen würden. Da die Zivilmacht Europa aber im Vergleich zu den USA auch zukünftig schwach bleiben werde, könne es nur daran interessiert sein, „das Recht des Stärkeren durch die Stärke des Rechts abzulösen“.²⁶ Für die deutsche Politik gegenüber den USA fordert Bahr deshalb:

„Wir bleiben selbstverständlich beim Abkommen zur Ablehnung von Landminen, auch wenn Amerika nicht mitmacht; wir wollen die Ausweitung der Konvention gegen biologische und chemische Waffen, auch wenn Amerika sie ablehnt; wir beharren auf dem internationalen Strafgerichtshof, auch wenn Amerika sich verweigert und seinen Präsidenten sogar ermächtigen will, Amerikaner zu befreien, die wegen möglicher Verbrechen vor ihm gestellt würden: Deutschland muss für die Stärkung der UN wirken, selbst wenn Amerika sich nicht durch den Sicherheitsrat binden lassen will, soweit es nicht seinen Interessen dient.“²⁷

In einer repräsentativen Umfrage, die im Juni 2004 vom German Marshall Fund in neun europäischen Ländern (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Polen, Portugal, Slowakei, Spanien) sowie in den USA durchgeführt wurde, sprechen sich fast drei Viertel der Europäer dafür aus, dass die EU ähnlich wie die USA zu einer Supermacht werden solle. Die EU müsse ihre militärische Macht ausbauen, um ihre Interessen gegen die USA durchsetzen zu können, meinen zudem 64 Prozent der Europäer. Gleichzeitig lehnen sie allerdings eine stärkere Aufrüstung der EU ab. 58 Prozent der Europäer halten eine Führungsrolle der USA in der Weltpolitik für nicht wünschenswert, hingegen sind 79 Prozent der Amerikaner für eine starke internationale Führungsrolle der EU. Während die befragten Amerikaner eine stärkere Kooperation mit der EU anstreben, wünschen sich die Europäer eine stärkere Emanzipation von den USA. 82 Prozent der Amerikaner meinen, dass unter bestimmten Bedingungen ein Krieg notwendig ist, um Gerechtigkeit herzustellen. Hingegen glauben in Europa nur 41 Prozent an einen „gerechten Krieg“. 63 Prozent der Amerikaner erblicken in Militärschlägen das adäquateste Mittel zur Terrorismusbekämpfung, wohingegen diese These nur von 49 Prozent der Europäer bejaht wird.

Im Falle vitaler nationaler Interessen dürfe die UNO von der eigenen Regierung ignoriert werden, meinen 59 Prozent der Amerikaner. Allerdings billigen nur 44 Prozent der Europäer solche Alleingänge.

²⁵ Gert Raeithel, wie Fußnote 4, S. 24.

²⁶ Egon Bahr: Kann sich Europa von Amerika emanzipieren? In: Hans J. Gießmann, Krzysztof Ruchniewicz (Hg): Deutschland, Polen, Europa. Wrocław 2003, S. 15-27, S. 25.

²⁷ Ibd., S. 24.

Angesichts dieser Ergebnisse konstatierte der German Marshall Fund einen Riss, der sich durch die transatlantische Gemeinschaft ziehe, während der Präsident der US-Stiftung, Craig Kennedy, die Umfrage so kommentierte: „Sollte sich diese Tendenz fortsetzen, könnte es notwendig sein, die Grundlagen des transatlantischen Verhältnisses neu zu definieren, und zwar nicht wie bisher als Partnerschaft erster Wahl, sondern als optionale Allianz bei beiderseitigem Bedarf.“²⁸

Dies scheint in der Tat dem gegenwärtigen Stand der Dinge zu entsprechen. Man darf gespannt sein, ob es nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen zu spürbaren Veränderungen oder gar zu einer Entspannung der Beziehungen zwischen den USA und dem „alten“ Europa kommt, dem sich inzwischen auch die „neuen Europäer“ Spanien und Polen stärker anzuschließen scheinen. Hier sind sicherlich beide Seiten gefragt. Angesichts zahlreicher Gemeinsamkeiten, einer enormen wirtschaftlichen Verflechtung²⁹ und bindender Abhängigkeiten wäre eine Rückkehr zu gegenseitiger Konsultation und Kooperation mehr als wünschenswert. Dies setzt allerdings echte Partnerschaft und gegenseitige Rücksichtnahme auf beiderseitige Interessen und die verbindliche Anerkennung internationaler Normen voraus. Ohne diese Voraussetzung werden sowohl die europäischen als auch die amerikanischen Skeptiker im Hinblick auf die transatlantische Partnerschaft recht behalten.

²⁸ Hartmut Wagner: Riss durch die transatlantische Gemeinschaft. In: <http://www.eurasischesmagazin.de/info/article.asp?article=20040912>, 29. 09, 2004, S. 1-3, S. 3.

²⁹ Conrad Schuhler: Unter Brüdern. Die USA, Europa und die Neuordnung der Welt. Köln 2003, S. 108-126.

Elżbieta Mączyńska

Die Rolle des Staates unter den Bedingungen des zivilisatorischen Umbruchs

Zusammenfassung:

Elżbieta Mączyńska analysiert in ihrem Aufsatz die stetig abnehmende Rolle des Staates in den entwickelten Gesellschaften des Westens sowie in den Transformationsgesellschaften Ostmitteleuropas. Angesichts eines Wachstums, das aufgrund steigender Produktivität keine Beschäftigung mehr generiert, erweisen sich die bisherigen Arbeitsmarktpolitiken als weitgehend dysfunktional, da sie aufgrund eines zivilisatorischen Paradigmenwechsels hin zur Wissensgesellschaft nicht in der Lage sind, das Problem einer weltweit wachsenden Arbeitslosigkeit zu lösen oder nachhaltig zu mindern. Hieraus resultieren eine Reihe von Unsicherheiten, Risiken und Ambivalenzen im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereich. Diese gravierenden Zielkonflikte werden sich nur dann positiv auflösen lassen, so die These der Autorin, wenn durch einen starken und zugleich schlanken Staat entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen und garantiert werden. Der Ordoliberalismus sowie das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, das in der polnischen Verfassung sowie im europäischen Verfassungsentwurf verankert wurde, bleiben damit weiterhin wegweisend.

Einleitung

Eines der wichtigsten und komplexesten Probleme in der Wirtschaftstheorie, aber auch in der ökonomischen Praxis, ist die Frage nach einem dauerhaften Wirtschaftswachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Diese Fragen sind eng miteinander verbunden, denn nur ein entsprechend hohes Wirtschaftswachstum schafft die Voraussetzungen für einen Zuwachs an Arbeitsplätzen und eine Eindämmung der Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig kommt ein echter Erfolg in der Wirtschaftspolitik sowohl in der Sicherung der Grundlagen für ein anhaltendes Wachstum als auch der Basis für eine steigende Nachfrage nach Arbeit zum Ausdruck. In der Praxis erweist sich die Umsetzung dieser Anforderung allerdings als schwierig. Daher ist selbst in den entwickeltsten Volkswirtschaften seit einigen Jahren eine deutliche Verlangsamung des Wirtschaftswachstums feststellbar. Obschon das Tempo dieser Verlangsamung in den einzelnen Staaten verschieden ist, haben sich doch alle großen Volkswirtschaften langsamer entwickelt als die kleineren. Die Langwierigkeit dieses Phänomens bewirkt, dass es sich in einen immer schwerer zu entwirrenden Komplex von Problemen verwandelt, was durch steigende Arbeitslosigkeit, ein abgeschwächtes Investitionstempo und eine sich zugleich abzeichnende Deflation, die das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt, zum Ausdruck kommt. Dies betrifft in erster Linie die größten Wirtschaftsmächte. Die Intensität dieser ungünstigen Entwicklungen ist in diesen Staaten so stark, dass ihr Echo die Wachstumsmöglichkeiten anderer Volkswirtschaften, auch Polens und der übrigen Transformationsstaaten, empfindlich schmälert.

Die Eindämmung dieser ungünstigen Erscheinungen erweist sich als ungewöhnlich schwierige Aufgabe. Deshalb gelingt es einzelnen Ländern und Regierungen nicht, sich

in der Konfrontation mit den sich auftürmenden Wirtschaftsproblemen durchzusetzen. Es tauchen Dilemmata und Herausforderungen auf, denen sogar die wirtschaftlich stärksten Länder, die über geordnete wirtschaftliche und politische Systeme verfügen, nicht gewachsen sind.

Noch weniger kommen damit schwächere Staaten zurecht, besonders diejenigen, die eine Systemtransformation vollziehen. Es versagen konventionelle Lösungen, was den Schluss zulässt, dass die Ursachen der Schwierigkeiten ebenfalls nicht konventioneller Natur sind. Sie treten in einer Situation des zivilisatorischen Umbruchs auf. Das neue zivilisatorische Paradigma, das Modell der „Wissensgesellschaft“ wird durch ein steigendes Risiko („Risikogesellschaft“), besonders durch das Risiko des Arbeitsplatzverlustes gekennzeichnet.

Paradoxerweise wird Arbeit unter den Bedingungen eines einfacheren Zugangs zu materiellen und intellektuellen Produkten zu einem immer stärker ersehnten und immer schwieriger erreichbaren Gut. Die weltweit wachsende Arbeitslosigkeit führt zu den unterschiedlichsten ökonomischen und sozialen Turbulenzen. Sie betrifft fast alle Berufsgruppen. Ausnahmen bilden diejenigen Berufsgruppen, deren Arbeit auf den im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit zunehmenden sozialen Abweichungen (u.a. Psychotherapeuten) beruht. Dabei ist charakteristisch, dass das gegenwärtig sogar relativ hohe Tempo des Wirtschaftswachstums das Problem der Arbeitslosigkeit nicht gänzlich lösen kann. Das Wirtschaftswachstum ermöglicht zwar ein größeres Ausmaß an sozialer Hilfe für Menschen, die ihre Arbeit verloren haben, es findet aber ohne eine Zunahme von Arbeitsplätzen statt. Obschon bis vor kurzem eine Eindämmung der Arbeitslosigkeit bei dreiprozentigem Wirtschaftswachstum möglich war, gibt es gegenwärtig hierfür keine Garantie mehr. Hinzu kommt, dass das Tempo des Wirtschaftswachstums weltweit fällt. Bedeutet dies, dass die Zukunft der Arbeit im Mangel an Arbeit liegt?

Wirtschaftswachstum ohne Beschäftigungszuwachs. Eine Gesellschaft mit dem Risiko des Arbeitsplatzverlusts

Die Arbeitslosigkeit nimmt weltweit zu und stellt eines der schwierigsten wirtschaftlichen sowie sozialen Probleme dar, obschon es in den einzelnen Staaten mit unterschiedlicher Intensität auftritt. Zu den Ausnahmen zählen Länder, in denen die Arbeitslosigkeit kein dauerhaftes Phänomen darstellt. Die Arbeitslosigkeit hat weltweit das höchste Niveau seit den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts erreicht. Man schätzt, dass gegenwärtig über 800 Mio. Menschen keine Arbeit haben oder über keine volle Arbeitsstelle verfügen.¹

Weltweit sucht man heute nach Lösungen, die eine Abschöpfung des Überangebots an Arbeitskraft ermöglichen würden. Das Problem der Arbeitslosigkeit kann nicht durch Sozialtransfers gelöst werden. Die Arbeitslosen, wenn auch nicht alle, erhalten zwar materielle Hilfen, aber sie bekommen keine Arbeit. Soziale Transfers lösen die materiellen Probleme der Arbeitslosigkeit teilweise, allerdings lösen sie die nicht materiellen, nicht weniger bedrohlichen Folgen von Arbeitslosigkeit nicht. Das Ausmaß und die Intensität

¹ J. Rifkin: Koniec pracy. Wrocław 2001, S. 11.

der negativen Folgen der Arbeitslosigkeit sprengen den Rahmen der konventionellen Kostenrechnung bei weitem. Die Kostenrechnung der Folgen von Arbeitslosigkeit ist prinzipiell immer unvollständig. Es ist nicht möglich, eine vollständige, komplexe Berechnung der sozialen Kosten von Arbeitslosigkeit zu erstellen. Das hohe Niveau der Arbeitslosigkeit ist nämlich nicht nur ein Problem steigender Haushaltsausgaben für Beihilfen und Sozialhilfe, sondern ergibt sich unter anderem auch aus der Dysfunktionalität einer breit verstandenen Sozial- und Wirtschaftspolitik, deren besonders gravierende Symptome in Polen gegenwärtig mit einer etwa 20prozentigen Arbeitslosigkeit auftreten.

Die Dysfunktionalität der Arbeitsmarktpolitik. Gegensätzliche Tendenzen

Trotz unterschiedlichster Ansätze zum Abbau von Arbeitslosigkeit kann bisher kein einziges Land eine voll befriedigende und dauerhafte Lösung für dieses Problem vorweisen. Gegenwärtig haben wir es in vielen Ländern, auch in Polen, mit gegensätzlichen Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt zu tun. Einerseits streben die Regierungen der beteiligten Staaten durch ihre Politik eine Begrenzung der Arbeitslosigkeit und eine Stimulierung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze an, während die Unternehmen andererseits den Abbau von Arbeitsplätzen als Hauptquelle für Kostensenkungen und die Stabilität der eigenen Marktpositionen erachten. Dies ergibt sich in erster Linie aus rasanten technologischen Veränderungen, die einen ungehemmten Anstieg der Produktivität ermöglichen. Unter diesen Bedingungen ist die Rationalisierung der Beschäftigung gegenwärtig einer der elementaren Faktoren für den Markterfolg und die Konkurrenzfähigkeit von Unternehmen.

Gleichzeitig sind deutliche Disproportionen hinsichtlich der Arbeitsbelastung charakteristisch. Einerseits wächst nämlich die Schar überarbeiteter Menschen, die über das Maß zu tun haben, andererseits büßen immer mehr Menschen ihre Arbeit vollständig und dauerhaft ein. Die Arbeitslosigkeit wird also vom zunehmenden Phänomen des „Wor-koholismus“ begleitet, besonders bei einigen Berufsgruppen wie Rechtsanwälten und Finanziers.

Sowohl die Politiker als auch die Unternehmensmanager versuchen die Probleme in der Sphäre der Beschäftigung kurzfristig zu lösen, wobei sie die aktuellen Trends in diesem Bereich nicht in ausreichendem Maße zur Kenntnis nehmen. Dabei handelt es sich um Trends, die sowohl von der Wirtschaftstheorie als auch von der Wirtschaftspraxis diagnostiziert werden.²

Zivilisatorische Veränderungen und wirtschaftliche Situation

Eine grundsätzliche Determinante des Wirtschaftswachstums und der Arbeitsmarktsituation ist gegenwärtig die Stärke und Komplexität der zivilisatorischen Veränderungen, denen die Wirtschaft weltweit und lokal unterworfen ist. Diese Veränderungen bedingen, dass neben ihren Nutznießern die Zahl der „Opfer“ wächst. Ausdruck dessen ist der

² W. Gardawski: Koniec świata robotników. In: Gazeta Wyborcza, 4. 1. 2002.

Umstand, dass in vielen Ländern das Phänomen des Unternehmenskonkurses zunimmt. Die Analysen weisen dabei darauf hin, dass dieser Trend sich höchstwahrscheinlich verstärken wird. Die aktuelle wissenschaftlich-technische Entwicklung sowie die entscheidende Rolle der Information, des Wissens und der Qualifikation bilden ein neues Entwicklungsparadigma: eine Wirtschaft, die auf dem Wissen beruht. Dabei stellen Wissen und Information Wohlstandsquellen dar, die sich von den traditionellen fundamental unterscheiden: sie werden nicht verbraucht, wer sie verkauft, besitzt sie weiterhin. Information, Wissen, Technologie, die Sphäre des symbolischen Denkens beginnen mehr Wohlstand zu schaffen als die industrielle und landwirtschaftliche Produktion. Dies erzeugt ein gewaltiges Produktivitätspotenzial, das so groß ist, dass nur die hochentwickelten Gesellschaften in der Lage sein werden, zu einem Modell der Freizeitgesellschaft überzugehen.³ Dieses hat den Charakter der VI. „Zivilisationswelle“, die bisher ausschließlich die am stärksten privilegierten Gesellschaften umfasst. Der Übergang zu einem solchen Modell ist dort allerdings Ergebnis des Wohlstands und nicht Folge einer dramatischen Notwendigkeit wie im Falle der Arbeitslosigkeit. Umso mehr, als auch in reichen Ländern das Problem fehlender Arbeitsplätze ebenfalls nicht gelöst werden kann. Die Dynamik der Veränderungen ist so groß, dass die Tofflersche „III. Welle“ fast schon der Geschichte angehört, während andererseits die „I. Welle“, also eine auf der Landwirtschaft basierende Zivilisation, erst vor kurzem die ganze Welt erfasst hat.⁴ Dagegen befindet sich die „II. Welle“, die vor dreihundert Jahren die industrielle Revolution brachte und zur Entwicklung der Industriegesellschaft führte, auf einem absteigenden Ast, obschon sie weiterhin zahlreiche Regionen und Gesellschaften umfasst. Die sich anschließende „III. Welle“, die auf der Entwicklung der Mikroelektronik beruht, wird von der „IV. Welle“, der Revolution in der Sphäre der Information (Internet), gejagt. Dies begünstigt die transnationalen Kapitalströme und die weltweite Manie in Sachen Fusionen, was auch als „V. Welle“ (weltweite Fusionen und Übernahmen) bezeichnet wird.

Die gegenseitige Durchdringung dieser Wellen erzeugt einen Komplex turbulenter Phänomene, deren vollständige Abbildung, Berechnung und Bewertung auf große Schwierigkeiten stößt, umso mehr, als diese fundamentalen Veränderungen von großen und zunehmenden Disproportionen der regionalen Entwicklung begleitet werden. Dies kommt unter anderem dadurch zum Ausdruck, dass die alten und die neueren „Zivilisationswellen“

(die agrarische, die industrielle und die postindustrielle) mit großer Wucht und konfliktträchtig aufeinander stoßen. Unter solchen Bedingungen wachsen Unsicherheit und Risikoempfinden, was von einer ambivalenten Bewertung der aktuellen ökonomischen und sozialen (aber auch mentalen) sowie technologischen Veränderungen begleitet wird. Der Mythos vom erlösenden technischen Fortschritt verblasst allmählich, er ist heute zu einem Element von Unsicherheit und Furcht geworden.⁵

³ J. Rifkin: Die Teilung der Menschheit. In: FAZ, 12. 8. 2000.

⁴ A. u. H. Toffler: Budowanie nowej cywilizacji. Polityka trzeciej fali. Poznań 1996, S. 15.

⁵ D. Cohen: Kłopoty dobrobytu. Warszawa 1998.

Die fortschreitenden Globalisierungsprozesse, die Entwicklung der Kapitalmärkte und transnationaler Unternehmen sowie die damit verbundene Komplexität der Gesellschaft und das dadurch steigende Geschäftsrisiko

bewirken, dass sich immer deutlicher die Notwendigkeit abzeichnet, über effektive Instrumente zu verfügen, die es erlauben, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Denn nicht nur die Wirtschaft, sondern auch das Risiko unterliegen der Globalisierung. „In der fortgeschrittenen Moderne geht die gesellschaftliche Produktion des Wohlstands mit der gesellschaftlichen Produktion des Risikos einher.“ Da sie Risiko „produziert“, muss die heutige Welt gleichzeitig nach einem Antidotum suchen. In reichen Ländern, vor allem in den USA, werden die Probleme mit „dicken Bäuchen“ anstelle von Hunger für viele Personen zu einer schwierigen Frage.⁶ Dies ist eine der negativen Folgen der Überzivilisierung und einer nicht ökologisch orientierten Lebensmittelindustrie, woraus sich der manchmal geradezu dramatische Kampf um eine Rückkehr zu gesunder Ernährung ergibt.

Ein Ergebnis der enormen technologischen Veränderungen ist die „postmoderne Kondition“, das heißt eine sozioökonomische und intellektuelle Situation in der postindustriellen Gesellschaft, die immer stärker durch zunehmende Komplexität und raffinierte Technologien geprägt wird. Diese raffinierten Technologien unterworfenen Zivilisationsphase wird auch als „Technopol“ bezeichnet, also als Phase, bei der es zum Triumph der Technik über die Kultur, über die Gesundheit und über die sozialen Beziehungen kommt.⁷

Die Veränderung des zivilisatorischen Paradigmas bedeutet, dass die bisherigen Modelle, nicht nur der Wirtschaft im Allgemeinen, sondern auch des Managements, des Investments, des Handels, der Bildung, der Arbeit und Beschäftigung, des Konsums, der sozialen Institutionen und Beziehungen, der Regierungen und der Familie schnell an Aktualität verlieren. Hieraus resultieren schwierige Herausforderungen für das Wirtschaftsleben und den Einsatz von Arbeitskraft.⁸ Es verändern sich Arbeitsstil und Institutionen, es tauchen neue Berufe sowie neue Arten des Verkaufs und Kaufs von Waren und Dienstleistungen auf. Zum wichtigsten Produktionsmittel wird das Wissen, das immer demjenigen gehört, der über es verfügt. Das Wissen ist nicht nur ein Instrument der Wissenschaftler, Lehrer, Manager oder sogenannter Fachleute, sondern auch von einer immer größer werdenden Gruppe von „Wissensarbeitern“ (knowledge workers). Ihre Stärke besteht darin, dass sie über Qualifikationen und Fähigkeiten verfügen, die anderen nicht zugänglich sind. Die „Wissensarbeiter“ benötigen keine Fabrik oder Institution, die sie beschäftigt. Sie stellen für sich alleine eine Firma dar, indem sie ihre Dienstleistungen verkaufen. Dadurch sind sie autonom. Hieraus ergeben sich auch die zunehmenden Tendenzen zum Outsourcing.

Diese neue Zivilisation des Wissens und die für sie charakteristische Vehemenz der Veränderungen bewirken, dass nach Einschätzung der Wissenschaft die Unternehmen, die Weltwirtschaft und die zwischenmenschlichen Beziehungen durch die neuen Trends

⁶ U. Beck: *Spółeczeństwo ryzyka. W drodze do innej nowoczesności*. Warszawa 2002, S. 27-29.

⁷ N. Postman: *Technopol. Triumf techniki nad kulturą*. Warszawa 2004.

⁸ T. Drabek: *Internet w biznesie*. In: *Teleinfo 19* (1999).

total verändern werden. Von den Veränderungen, die einen entscheidenden Einfluss auf die Wirtschaft und die Gesellschaft des XXI. Jahrhunderts haben, werden in erster Linie folgende genannt:

Die Zunahme des Lebensalters und des Alterns in hochzivilisierten Gesellschaften; die Zunahme von Personen im Rentenalter; die Abnahme der Kinderzahl in den Familien.

Die dynamische Entwicklung des Dienstleistungssektors für ältere Menschen und die zunehmende Nachfrage nach medizinischen Dienstleistungen.

Ein den Anstieg der Industrieproduktion begleitender Rückgang von körperlicher, wenig qualifizierter Arbeit, die der Automatisierung zum Opfer fällt.

Eine ansteigende Nachfrage nach Arbeit, die spezielle Fähigkeiten und Qualifikationen erfordert.

Die Notwendigkeit einer ständigen Steigerung der Qualifikation, was bewirkt, dass die Bildung zu einer wichtigen und einträglichen Wirtschaftsbranche wird.

Die Festigung und zunehmende Autonomie der Arbeitsmarktposition von besonders qualifizierten, über ausgesuchte Qualifikationen verfügende Personen. Sie identifizieren sich nicht mit einer Korporation oder Regierungsorganisation, von der sie ihr Gehalt erhalten, sondern mit der eigenen Berufsgruppe.

Die Stärkung der Flexibilität und Differenziertheit der Korporationen, die im 20. Jahrhundert eine Tendenz zum ungebremstem Wachstum hatten, um dadurch Transaktionskosten zu senken. Sie binden sich mit Verträgen an zahlreiche kleine Firmen, die für sie Dienstleistungen erbringen, indem sie Mitarbeiter beschäftigen, die über spezielle Fachkenntnisse verfügen, oder an Universitäten, die technologische Lizenzen vergeben. In der neuen Wirtschaft können die klassischen Arbeiter nicht mehr darauf rechnen, dass sich die Konjunktur von einst einstellt, als die steigende Nachfrage nach körperlicher Arbeit den Anstieg der realen Gehälter garantierte.⁹ So wie sich mit der Industriellen Revolution Massenerbeitskraft einstellte, nimmt zusammen mit der Revolution in der Informatik ein elitärer Kader von Spezialisten deren Platz ein. Es entstehen neue Berufe, Produkte und Dienstleistungen, aber sie alle erfordern immer weniger menschliche Arbeit. Die billigste menschliche Arbeitskraft wird niemals so billig sein wie die billige Arbeit intelligenter Maschinen. Der Rückgang von Arbeitsplätzen für die typischen Arbeiter ist ein Phänomen, das es in allen modernen, hoch entwickelten Ländern und Unternehmen gibt.

Im Zusammenhang mit der global zunehmenden Arbeitslosigkeit führt Rifkin aus, dass ein Mittel, um diesen Negativtrend zu überwinden, die Arbeitszeitverkürzung, eine andere Verteilung von Arbeit ist. Es wird geschätzt, dass man in der Mitte des XXI. Jahrhunderts weltweit in der Lage sein wird, die gesamte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zu befriedigen, indem nur fünf Prozent der menschlichen Arbeitskraft genutzt werden.¹⁰ In der Industrie ist dies schon absehbar. In den 60er Jahren des 19.

⁹ In den USA sind die Löhne der Fabrikarbeiter seit dreißig Jahren auf dem gleichen Niveau. Auch der Lohnanteil an den Produktionskosten verringert sich. Heute machen sie in den USA kaum 15 Prozent aus, über doppelt so wenig wie vor fünfzig Jahren.

¹⁰ Globaler Feierabend: Mit Jeremy Rifkin spricht Jacek Żakowski. In: Gazeta Wyborcza, 18. 12. 2001.

Jahrhunderts war jeder dritte Amerikaner Industriearbeiter; gegenwärtig ist es nur jeder sechste, obschon wesentlich mehr produziert wird. In den vergangenen Jahren wurden arbeitsintensive Branchen in die ärmeren Länder transferiert. „Die Dritte Welt entwickelte sich, weil sie mit dem Westen konkurrierte, indem sie billige Arbeitskraft verkaufte. Jetzt braucht man keine billige Arbeit mehr. ‚General Motors‘ oder ‚Microsoft‘ werden keine klassischen Fabriken in Indien oder Polen errichten.“ Rifkin unterstreicht, dass „die traditionellen Fabriken, die Tausende Arbeiter beschäftigen, die Schrauben drehen und die Qualitätsstandards nicht halten, von computergesteuerten Robotern ersetzt werden. Die Fabriken kehren aus den armen Ländern zurück, in die sie vor fünfzehn oder zehn Jahren verlagert wurden. Da sowieso alles von Maschinen gefertigt wird, zählt billige Arbeit nicht mehr. Wichtiger ist die Nähe reicher Absatzmärkte.“¹¹ Die Arbeitslosigkeit wächst vor allem wegen des abnehmenden Bedarfs an weniger qualifizierter Arbeitskraft. Fast überall ruft dies ernsthafte Probleme hervor, nicht nur ökonomische, sondern auch soziale und politische. Die Veränderungen in Wissenschaft und Technik verändern die Modelle der Beschäftigung und der Karrieren. Die sich verlängernde aktive Lebensphase zwingt die Mitarbeiter zu mehreren Wechseln in Beruf und Qualifikation. Die Intensität der Veränderungen bewirkt, dass die Wirtschaft die Züge einer „unbeständigen Wirtschaft“ annimmt. Unbeständig sind die Berufe, Arbeitsplätze und Positionen in der Managerhierarchie.

Der Zugang zur Arbeit in Zeiten des zivilisatorischen Umbruchs

Unter den Bedingungen des neuen Entwicklungsparadigmas – der Zivilisation des Wissens – verändern sich die Besitzverhältnisse, was sich aus der Tatsache ergibt, dass im Unterschied zum klassischen Kapitalismus nicht der Besitz an Produktionsmitteln die entscheidende Rolle spielt, sondern das intellektuelle Kapital. Deshalb wird auch der „Zugang“ (access) zur Schlüsselkategorie, dessen Gegenteil des „Ausschluss“ ist. Da die elementare Quelle des strategischen Wettbewerbsvorteils gegenwärtig das intellektuelle Potential ist, sind diejenigen (juristischen und natürlichen) Personen, die darüber nicht verfügen, zum „Ausschluss“ verurteilt. Leider kann es unter den heutigen Bedingungen in vielen Ländern, besonders den ärmeren, relativ leicht dazu kommen, was im übrigen auch recht häufig geschieht. Dies betrifft in erster Linie Länder, die eine Systemtransformation durchlaufen. Ein charakteristisches Beispiel ist hierfür Polen, wo globale zivilisatorische Ursachen mit Faktoren verflochten sind, die sich aus der noch nicht abgeschlossenen Transformation der Wirtschaft sowie aus Problemen, die aus der Integration in die EU folgen, ergeben. Polen ist gegenwärtig drei Revolutionen unterworfen:

- der zivilisatorischen,
- der aus der Systemtransformation resultierenden,
- der die EU-Integration betreffenden.

Die gegenseitige Durchdringung hat einen Komplex sehr turbulenter Erscheinungen zur Folge, deren Beherrschung auf große Schwierigkeiten stößt, umso mehr, als die starken Veränderungen von enormen und weiter anwachsenden Disproportionen der regionalen

¹¹ lbd.

Entwicklung begleitet werden. Dies kommt unter anderem durch die Überlagerung alter mit neueren „Zivilisationswellen“ zum Ausdruck. Unter solchen Bedingungen wächst das Ausmaß an Unsicherheit und Risiko, was von einer ambivalenten Bewertung aktueller ökonomischer, gesellschaftlicher sowie mentaler und technologischer Veränderungen begleitet wird.

Unsicherheit und Ambivalenz

Die sich global vollziehenden revolutionären Veränderungen werden von einer Zunahme der Unsicherheit und des Risikos in fast allen Bereichen des ökonomischen und sozialen Lebens begleitet. Unsicherheit ist im Unterschied zu Risiko nicht messbar. Daher wird bei den Beurteilungen der wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen diese Frage häufig bagatellisiert, was zu ambivalenten Wertungen führt. Diese Ambivalenz findet sowohl auf der makro- als auch auf der mikroökonomischen Ebene, sowohl in der Theorie als auch in der Praxis ihren Ausdruck. Wenn nämlich unter den Bedingungen des neuen Zivilisationsparadigmas der elementare Produktionsfaktor und Motor der Entwicklung das Wissen ist (im Kapitalismus dagegen die Produktionsmittel und der Privatbesitz), und der Eigentümer des Wissens der Mensch ist, dann stellt sich die Frage, wie man ein solches Wirtschaftssystem definieren soll. „Wie soll das kapitalistische System in der Ära des intellektuellen Potenzials funktionieren, wenn dieses Potenzial nicht als Eigentum besessen werden kann?“¹²

Das neue Zivilisationsparadigma, die Wissensgesellschaft, sollte den Menschen in den Mittelpunkt stellen (Humanozentrismus), auch im Bereich des Managements von Wirtschaft und Unternehmen. Allerdings sind weiterhin Erscheinungen, die das Gegenteil des Humanozentrismus darstellen, nicht selten und nehmen manchmal sogar zu. Dagegen hat bereits J. M. Keynes festgestellt, dass, wenn sich die Kapitalisten so um die Arbeiter kümmern würden wie um ihre Maschinen, es keine Krisen gebe. Die Arbeiter verlören ihre Arbeitsplätze nicht und es käme auch nicht zu krisenhaften Einbrüchen bei der Nachfrage. Die Reduktion von Beschäftigung und die daraus resultierende Arbeitslosigkeit ist also eine zweischneidige Waffe. Der Humanozentrismus ist umso notwendiger, als die Gegenwart von einer Ambivalenz des Erfolgs und des Misserfolgs gekennzeichnet wird. „Gegenwärtig kann man“ – wie Soichiro Honda hervorhebt – „Erfolg nur aufgrund sich wiederholender Misserfolge, die man ständig analysieren muss, erzielen. Erfolg macht in Wirklichkeit 1% der Arbeit aus, die zu 99 % aufgrund von Misserfolgen ausgeführt wird.“¹³

Die Ambivalenz des Wirtschaftswachstums

Paradoxerweise ist seit bereits einigen Jahren in den entwickelten Volkswirtschaften eine deutliche Verringerung des Wachstums zu beobachten, obschon das Produktivitäts-

¹² L. C. Thurow: *Przyszłość kapitalizmu*. Wrocław 1999, S. 29-30.

¹³ S. Honda: *Myśli o biznesie*. Warszawa 2000, S. 54

potenzial enorm ist und auch enorm wächst.¹⁴ Im Zusammenhang mit dem zivilisatorischen Umbruch und der damit verbundenen Übergangsphase wird bezweifelt, ob sich ein Wachstum von jährlich 1 bis 3 Prozent verstetigen kann. Jerzy Kleer behauptet zum Beispiel, dass die Ära eines hohen Wirtschaftswachstums, so weit man dies prognostizieren könne, in entwickelten Marktwirtschaften der Vergangenheit angehöre. Gehe man nämlich zu einem Wirtschaftssystem über, bei dem 70 Prozent durch Dienstleistungen erwirtschaftet werden, so könne man kaum erwarten, dass ein hohes Wachstumstempo möglich ist.¹⁵ Und ein solches Wachstumstempo reicht nicht dazu aus, um die Voraussetzungen für die Eindämmung der Arbeitslosigkeit zu schaffen und einen Zuwachs an Arbeitsplätzen zu garantieren.

Die Ambivalenz der Globalisierung

Die heutige Wirtschaft globalisiert sich immer schneller, aber gleichzeitig kommt es zu keiner Globalisierung der Gesellschaften, was sich in wachsenden Disproportionen und Ungleichheiten und den damit verbundenen lokalen und globalen sowie kulturellen und religiösen Konflikten widerspiegelt.

Die Ambivalenz der Globalisierung wird von J. E. Stiglitz sehr deutlich herausgestellt: „Ich schrieb dieses Buch, weil (...) ich mit eigenen Augen sah, wie verheerend der Einfluss der Globalisierung auf Entwicklungsländer sein kann, besonders auf die ärmeren unter ihnen. Ich bin überzeugt, dass die Globalisierung durch die Aufhebung der Barrieren, die den freien Handel behindern, und durch die Integration der Wirtschaft auf internationaler Ebene eine Kraft sein kann, die dem Guten dient und potenziell die Situation aller Menschen auf der Welt verbessern kann, vor allen Dingen der Ärmern. Aber damit dies gelingt, glaube ich, dass die Art, wie sie durchgeführt wird, (...) grundsätzlich neu überdacht werden müsste.“¹⁶ Die Globalisierung ruft, trotz einer Reihe positiver Effekte einen deutlichen Verdrängungseffekt hervor, die Übertragung negativer sozioökonomischer Erscheinungen, wie der Arbeitslosigkeit, von ökonomisch stärkeren Ländern, Regionen und Agglomerationen, aber auch von ganzen Wirtschaftszweigen auf schwächere (Asymmetrie der Rationalität).¹⁷ Dies betrifft ebenfalls die regionalen Strukturen eines Landes, auch die ländlichen Gebiete. Es kann sein, dass es sich hierbei um einen unerwünschten Nebeneffekt handelt, ungeachtet dessen ist er in vielen Ländern (besonders in den schwächer entwickelten) beträchtlich und stellt ein ernstes Problem in der Entwicklungspolitik des Landes dar. „Globalisierung heute, das ist nicht nur ein Strudel, der andauernd neue Bereiche in seine Logik einbezieht, das ist nicht nur eine wachsende Zahl und ein steigendes Tempo von Operationen, also eine „Verdichtung“ von Zeit und Raum, sondern auch eine Kraft, die einzelne Staaten aus ihrer historischen Zeit (aus ihrem Entwicklungsstadium) herausreißt und ihnen zwar rationale Prozeduren und Institu-

¹⁴ E. Mączyńska: Słabnące tempo wzrostu w gospodarce światowej. In: *Ekonomista* (2003), Nr. 5.

¹⁵ Tempo wzrostu gospodarki światowej. Implikacje dla Polski. Raport nr. 44 Rady Strategii Społeczno Gospodarczej przy Radzie Ministrów, 2004, S. 98.

¹⁶ J. E. Stiglitz: *Globalizacja*. Warszawa 2004, S. 7.

¹⁷ J. Staniszkis: *Władze globalizacji*. Warszawa 2003, S. 13-19.

tionen aufzwingt, allerdings für ein anderes Stadium und auf einer anderen Skala. (...) Die Globalisierung, die sich ständig neue Wirtschaften einverleibt (und sie oberflächlich integriert) destabilisiert sich selbst, da sie den Raum für stabilisierende Aktivitäten einschränkt.“¹⁸

Die Ambivalenz des Wissens. Die Ambivalenz des Reichtums

Das beispiellose Tempo der Veränderungen bedingt, dass die Theorie häufig nicht mit der Praxis übereinstimmt, und die Erfahrungen aus der Vergangenheit nicht nur nicht ausreichen, sondern die Fähigkeit zu vergessen zur elementaren Fähigkeit wird. Gleichzeitig wird das Unwissen über das eigene Unwissen zur größten Entwicklungsbarriere. Hierzu passt folgender Gedanke von Konfuzius: „Wissen, dass man weiß, was man weiß, und wissen, dass man nicht weiß, was man nicht weiß, das ist wahrhaftes Wissen.“¹⁹ Die Ambivalenz berührt damit auch das Wissen. Unter den Bedingungen des neuen Entwicklungsparadigmas ist das Wissen alles, und im Ergebnis immenser Veränderungen ist es wiederum nichts, da es ungewöhnlich schnell veraltet. Die Lebenszyklen des Wissens werden nämlich immer kürzer, was gleichzeitig von einer Verlängerung des menschlichen Lebens begleitet wird. Dadurch wird das Wissen auch immer undemokratischer, da es die Subjekte und ihre Chancen extrem ausdifferenziert. Die Wissenszivilisation kann daher zu einer Zivilisation sich verstärkender sozialer Ungleichheiten werden. Die neue Zivilisationswelle „überschwemmt und ertränkt“ die Unvorbereiteten, deren Zahl ständig zunimmt. Sie verschafft hoch qualifizierten Personen Arbeit und verurteilt andere zur Arbeitslosigkeit. Das Problem der Ambivalenz des Wissens und der Innovation hat G. Ritzer sehr anschaulich vor einigen Jahren dargestellt, als er nachwies, dass die modernen Technologien, neben vielen unbestreitbaren Vorteilen, auch ihre dunkle Seite haben.

„Effizienz, Kalkulierbarkeit, Vorhersehbarkeit und das Manipulieren mit Menschen durch die Anwendung von Technologien, die deren Beteiligung nicht benötigen, sind zweifelsohne Charakteristika eines rationalen Systems. Rationale Systeme führen allerdings zwangsläufig zu Nicht-Rationalität.“²⁰

Dies alles spielt sich im globalen Maßstab ab.

Es entsteht also die Frage, welche Strategien von den Wirtschaftssubjekten verfolgt werden sollten, damit es – ohne sie auszuschließen – nicht zu einer „Nicht-Rationalität der Rationalität“ und zu einer Verlangsamung des Wachstumstempos kommt. Auf diese Frage gibt es natürlich keine einfache universelle Antwort, aber generell geht es darum, eine nicht-rationalisierte Nische zu schaffen, wobei der Begriff nicht-rationalisiert hier positiv besetzt ist, als Antonym zu einer nicht-rationalen Rationalisierung (McDonaldisierung).²¹ In einer Situation, in der die Subjekte, auch verhältnismäßig kleine, einem starken globalen Wettbewerb ausgesetzt sind, muss ihre Strategie im Bereich der Ar-

¹⁸ *Ibid.*, S. 7-8.

¹⁹ Wie Fußnote 12, S. 94.

²⁰ G. Ritzer: *McDonaldisierung des Lebens. Warszawa 1999*, S. 39.

²¹ R. F. Kennedy: *Polacy brońcie swoich świąt i kraju*. In: *Gazeta Wyborcza*, 3. 10. 2003.

beitsmethoden, der Technologie, der Finanzen, der Produkte und Märkte, der Informationen und des Humankapitals ebenfalls global sein.²² Gleichzeitig kann die einfache Übernahme von Mustern und Lösungen aus Ländern mit modernsten Technologien eine Art Abkürzung darstellen, deren kurzfristige Effekte zwar spektakulär sind (zum Beispiel durch niedrige Kosten und Warenpreise), die aber auf lange Sicht zu überaus unerwünschten Erscheinungen (sozial, ökologisch) führen. Nicht durchdachte technologische Strategien können im Extremfall zum Bankrott von Wirtschaftssubjekten führen, die technologisch schwächer sind. Für weniger entwickelte Länder ist deshalb eine Art „Froschsprung“ von Bedeutung, allerdings unter Beibehaltung sozial und ökonomisch beachteter Entwicklungsparameter, einschließlich lokaler Produktionsparameter. Bei der Unternehmensführung ist also ein globaler Ansatz unentbehrlich, wobei man ihn gleichzeitig an die lokalen Bedingungen und individuellen Wünsche der Klienten anpassen muss.

Unter den Bedingungen des neuen Paradigmas wird sogar der Wohlstand ambivalent, denn es stellt sich die Frage, woraus er eigentlich besteht. Mit Sicherheit in erster Linie aus Wissen, aber dieses veraltet schnell, und schlecht genutzt oder verwaltet kann es zur Katastrophe führen. Noch katastrophaler können die Folgen fehlenden Wissens sein.

Die Ambivalenz der Demokratie und des Liberalismus. Die Ambivalenz der Arbeit

Die Hyperdemokratie und der Hyperliberalismus können im Extremfall zu ihrem Gegenteil führen, zur Diktatur des Monopols und zur Aufgabe der Wettbewerbsordnung.²³ Die Veränderlichkeit und Komplexität des Rechts weichen diese nämlich auf.²⁴ Demokratie und Recht, und damit ein Leben in Übereinstimmung mit den Normen der Rechtsstaatlichkeit, sind heute keine Synonyme mehr.

Die Ambivalenz des Wettbewerbs. Die Bedrohung der Wettbewerbsordnung

Trotz theoretischer Auseinandersetzungen hinsichtlich der Wirtschaftsordnung wird die Wettbewerbsordnung nicht in Frage gestellt. Allerdings führt sowohl die Idee perfekten Wettbewerbs unter den Bedingungen der Globalisierung als auch die Dominanz transnationaler Korporationen zur Beschränkung und zur Aufhebung des Wettbewerbs und zur Schwächung anderer marktwirtschaftlicher Mechanismen.

Obschon der freie Markt grundsätzlich die Basis und das Instrument ist, mit dessen Hilfe die Konsumenten Rationalität lernen und Rationalität „einüben“, wird dieser Effekt durch die Globalisierung stark eingeschränkt, zuweilen beseitigt. Die unsichtbare Hand des Marktes wird von der „unsichtbaren Hand der Globalisierung“ vernichtet. Die unsichtbare Hand des Marktes wird so zur leblosen Hand des Marktes. Die übertriebene Marktkonfrontation der Wirtschaftssubjekte kann zu unerwünschten Erscheinungen und

²² E. Mączyńska (Hg.): *Restrukturyzacja przedsiębiorstw w procesie transformacji gospodarki polskiej*. Warszawa 2002.

²³ J. Ortega y Gasset: *Bunt mas*. Warszawa 2002, S. 15.

²⁴ *Ibid.*, S. 15.

Bedrohungen führen, zumal „die Grenze zwischen Wettbewerb und Zerstörung kaum feststellbar ist.“ (...) „Die Überzeugung von einer harmonischen Koexistenz von Kooperation und Konkurrenz hat den Wert einer sich selbst erfüllenden Voraussage. Sie bringt große Vorteile in Form von Hilfen seitens der Regierungen und Banken, was eine aggressivere Form des Wettbewerbs ermöglicht.“²⁵

Die Ambivalenz der Rolle des Staates. Die Konkurrenz der Staaten

Die Globalisierung verändert die Rolle der Staatsmacht, führt zu ihrer Fragmentierung und Segmentierung. „Der einstige Staat mit einem klar definierten Zentrum und hierarchisch geordneten, einheitlichen und logischen Abläufen existiert nicht mehr. Er ist zu einem Netzwerk-Staat geworden, mit zahlreichen Verflechtungen, die normative Grenzen häufig überschreiten und zu äußeren Dispositionszentren tendieren.“²⁶ Gleichzeitig schwindet die Grenze zwischen Staat und Markt. Deshalb konkurrieren gegenwärtig nicht nur Unternehmen, sondern auch Staaten, vor allem durch ein System von Regeln, die die Wirtschaft, das Recht, den Arbeitsmarkt und den Zugang zu Informationen regulieren. Letzteres ist für den Markterfolg wichtig, besonders im Lichte der Theorie der asymmetrischen Information und der auf dieser Grundlage von J. E. Stiglitz und A. Weiss formulierten Konzeption des credit rationing, die im übrigen mit der 1957 formulierten These von J. K. Galbraith über die Kreditdiskriminierung kleiner und mittlerer Unternehmen übereinstimmt. Hieraus resultierende Extremfolgen sind die Insolvenzen von Unternehmen. Nicht selten wird dies von einem gigantischen institutionellen Chaos begleitet, aber auch von verstärkter Korruption und einem aktiven rent seeking, was Wohlstandsverluste und Preiserhöhungen zur Folge hat.²⁷

Die Notwendigkeit eines starken, aber schlanken Staates

Um die Aufhebung, zumindest aber Beschränkung der für die Zivilisation des „Technopols“ typischen, ungünstigen Folgen und „Ambivalenzen“ zu ermöglichen und um zwischenstaatlichen Wettbewerb möglich zu machen, muss die Liberalisierung der Wirtschaft von einer Stützung des Staates und seiner Institutionen (auch der Wettbewerbsordnung) begleitet werden, die die Wirtschaftssubjekte durch eine entsprechende Infrastruktur (auch des Arbeitsmarktes) stärkt und nicht ausschaltet. Die in den 80er Jahren in fast allen entwickelten Volkswirtschaften begonnene „Abkehr vom Staat“ erscheint heute, unter den Bedingungen eines zivilisatorischen Umbruchs, sehr problematisch zu sein. Die Stärkung des Staates bedeutet keine größere Ingerenz in die Wirtschaft, vielmehr soll es sich um einen „schlanken“, institutionell effektiven und starken Staat handeln. Daher sollte entgegen einigen Theorien im Hinblick auf die lokalen und globalen Verhältnisse der Gegenwart die Rolle des Staates als rechtliches, insti-

²⁵ C. Hampden-Turner, A. Trompenaars: Siedem kultur kapitalizmu. Warszawa 1998, S. 122.

²⁶ Wie Fußnote 16, S 17.

²⁷ S. Sztaba: Nasilenie zjawiska aktywnego poszukiwania renty w krajach postkomunistycznych na tle wybranych krajów rozwiniętych. Warszawa 2004.

tionelles und die Information betreffendes Regulativ der sozioökonomischen Infrastruktur und als Wächter über die Wettbewerbs- und Sozialordnung nicht ab- sondern zunehmen. Dies erfordert allerdings, dass sich das Potenzial des Staates auf das Erreichen der angestrebten Ziele konzentriert, was einerseits die maximale Harmonisierung der „Staatsmacht“, des „Regierens“ und des „Verwaltens“ voraussetzt, andererseits, dass die Bedeutung struktureller Macht und die Gefahr struktureller Übermacht entsprechend wahrgenommen wird.²⁸

Dies hat auch eine adäquate institutionelle Ordnung zur Voraussetzung, umso mehr, als durch Wirtschaftswachstum keine Arbeitsplätze mehr garantiert werden können. Dessen direkter Einfluss auf die Schaffung von Arbeitsplätzen nimmt deutlich ab. Eine viel wichtigere Rolle kommt gegenwärtig institutionellen Faktoren zu, von denen die Steuer-systematik am wichtigsten ist. Das institutionelle Ausmaß des Schutzes von Beschäftigung, die Effizienz der Arbeitsvermittlung u. ä. tragen gegenwärtig – ähnlich wie bei der Mehrzahl der Staaten Europas – auch in Polen, als einem Land mit rekordverdächtigem Arbeitslosigkeit, nicht zu mehr Beschäftigung bei, sondern eher zur Verfestigung der ungünstigen Situation auf dem Arbeitsmarkt. Eine schwierige Herausforderung für Staaten mit hoher Arbeitslosigkeit und einem relativ niedrigen Wirtschaftswachstum ist die Notwendigkeit, zuweilen dramatische Entscheidungen zwischen verschiedenen Bereichen von Sozialausgaben zu treffen. Dies verdeutlicht gleichzeitig, wie stark das Wirtschaftswachstum und die Orientierung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik voneinander abhängig sind.

D. Cohen hält die „konservative Revolution“ der 80er Jahre sowie die sie begleitende Ablehnung des damals existierenden Staates für ein Symptom dieser Schwierigkeiten und fragt gleichzeitig: „Sollte man davon ausgehen, dass diese Ablehnung solange dauert wie die Krise anhält oder sollte man annehmen, dass die Politik in der Lage ist, sich von den mit dem Wachstum verbundenen Problemen zu lösen und sich ungehindert zu entwickeln.“²⁹

In seiner Antwort hebt er hervor, dass „die politische Gestalt der neuen Welt eher dem Modell der 60er Jahre als dem der 80er Jahre entsprechen würde, allerdings nur unter der Bedingung, dass der Staat sich von der spezifischen Form befreien könnte, die gerade die Hinterlassenschaft der 60er Jahre darstellt und weiterhin die Grundlage für seine Interventionen bildet.“³⁰ Auch Z. Sadowski hält das Streben nach der Minimalisierung der Rolle des Staates für unbegründet, indem er auf das steigende Bedürfnis nach mehr Staat verweist und dabei die Ineffizienz und Schwäche des Staates betont. Daher bestehe die Hauptaufgabe des Staates darin, sich selbst zu erneuern, was die Bedingung zur Erzielung günstigster Synergieeffekte für die heute unabdingbare Kooperation zwischen Staat und Markt sei.³¹

²⁸ Wie Fußnote 16, S. 188.

²⁹ Wie Fußnote 5, S. 3.

³⁰ Ibd.

³¹ Z. Sadowski: *Rynek a państwo we współczesnej gospodarce*. Kraków 2003, S. 11-12.

Die Aktualität des Ordoliberalismus und der Sozialen Marktwirtschaft

Die Komplexität und die Turbulenzen bei den gegenwärtigen Entwicklungen und aktuellen Veränderungen erhöhen die Bedeutung der Gesellschafts- und Wettbewerbsordnung, durch die ökonomische und soziale Interessen effektiv ausgeglichen werden können. Die Grundlagen für eine solche Ordnung bietet die Theorie des Ordoliberalismus sowie das auf ihr basierende Modell der Sozialen Marktwirtschaft. In Polen ist dieses Modell Bestandteil der Verfassung. So besagt Art. 20: „Die auf freier Wirtschaftstätigkeit, auf dem Privateigentum und der Solidarität sowie auf dem Dialog und der Kooperation der Sozialpartner basierende Soziale Marktwirtschaft bildet die Grundlage der Wirtschaftsordnung der Republik Polen.“³² Das Modell der Sozialen Marktwirtschaft wurde auch in die „Verfassung für Europa“ in Titel 1, Art.3.3 aufgenommen: „Die Union strebt ein Europa der nachhaltigen Entwicklung auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstum an, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität. Sie fördert den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt.“³³

Die Soziale Marktwirtschaft findet also in Verträgen höchsten Ranges ihren Platz. Wichtig ist indessen, dass das Modell der Sozialen Marktwirtschaft adäquat verstanden und umgesetzt wird. Die Praxis erweist sich allerdings bislang als wenig erfolgreich, was hohe Arbeitslosigkeit und soziale Verwerfungen zur Folge hat.

³² Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 2. kwietnia 1997 (Dz.U. 1997, Nr. 78 poz. 483).

³³ Entwurf eines Vertrags über eine Verfassung für Europa. Luxemburg 2003, S. 10.

Gerhard Schüsselbauer

Zukunft der EU (25) – wirtschaftspolitische Herausforderungen und Zukunftsszenarien

Nach Abschluss der Erweiterungsrunde und der Aufnahme zehn neuer Mitgliedstaaten steht die Europäische Union nach dem Mammutprogramm der letzten Jahre vor nicht weniger entscheidenden Weichenstellungen. Die neuen EU-Länder, die meisten davon mit ihrem „Gepäck der Östlichkeit“ (so der ungarische Schriftsteller István Eörsi) vom Wartesaal in die heiligen Hallen der Europäischen Union gebeten, entscheiden nun gleichberechtigt über Traktorensitzverordnungen, Standardgrößen für Kondome sowie den Krümmungsgrad einer handelsüblichen Schlangengurke...

Das historische Datum 1. Mai 2004 brachte die EU zwar nicht ans Tor zu einer vielzitierten epochalen Zeitenwende. Vielmehr wird nun eine, wenn auch bedeutsame Frischzellenkur, ein belebendes, aber nicht unproblematisches Facelifting der „alten“ EU wahrgenommen. Ein flüchtiger Blick in die Geschichte genügt, um zu sehen, dass Europa immer eine dynamische Idee, nie ein statisches Konzept, ja nicht einmal ein fest umrissener Kontinent, sondern sehr oft allerdings auf tragische Art und Weise von sich selbst entfremdet war. Europa muss begreifen, dass die Einheit in der Vielfalt liegt und nicht Vielfalt durch eine krampfhaftige Einheit gepredigt wird. Im Kleinen und im Individuellen erweist sich die Zivilisiertheit und Einfachheit. Einfachheit ist nicht gleichzusetzen mit Primitivität oder Rückständigkeit. Dies gilt sowohl für das institutionelle Rahmenwerk, für das die EU-Verfassung zweifellos einen bahnbrechenden Beitrag leisten kann, aber auch für konkrete Politikbereiche wie die Erweiterung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die neu zu definierende Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik oder die Ausgestaltung wirtschaftspolitischer Konzepte. Die Verabschiedung der Verfassung der EU, die finanzielle Vorausschau für die nächste Haushaltsperiode 2007 bis 2013, die Integration der Beitrittskandidaten Rumänien und Bulgarien, mit denen die Verhandlungen inzwischen erfolgreich abgeschlossen werden konnten, sowie die Aufnahme der Verhandlungen mit der Türkei werden die Zukunft der EU ebenso dominieren wie die grundsätzliche Fragestellung nach dem Spagat bzw. dem Ausgleich zwischen Vertiefung und Erweiterung der EU. Immer wieder taucht dabei die Frage der optimalen Größe des supranationalen Integrationsgebildes EU auf.

In diesem Beitrag sollen einige Herausforderungen in der neuen EU (25), die insbesondere die neuen Mitgliedstaaten betreffen, angesprochen werden. Neben der Behandlung wirtschaftspolitischer Fragen werden mögliche Szenarien für die Zukunft der EU entwickelt. Es kann dabei nicht auf alle wichtigen Fragen der Gegenwart und der Zukunft der EU eingegangen werden. Aspekte der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, der institutionellen Reform sowie der Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres bleiben weitgehend ausgespart.

Problemgebiete und zukünftige Herausforderungen für die neuen EU-Staaten

- Demokratische Stabilität und Pluralismus: Auch wenn alle neuen EU-Mitgliedstaaten dem politischen Kriterium entsprechen, spielen mitunter Defizi-

te im Medienpluralismus, der Stellung der politischen Eliten in der Gesellschaft sowie der demokratischen Legitimation von links- oder rechtsextremen Parteien eine nicht zu unterschätzende Rolle. Dies ist jedoch kein spezifisches Problem der neuen EU-Staaten, sondern lässt sich auch in vermeintlich „entwickelten“ EU-Ländern beobachten. Dennoch lässt sich in beinahe allen neuen, postkommunistischen EU-Ländern eine hohe Unsicherheit verbunden mit starken Schwankungen in der Stabilisierung der Parteienlandschaft, der politischen Institutionen und des Akteursverhalten beobachten.

- Integration der Minderheiten bzw. ethnischer Gruppen (bspw. Roma): Auf Druck der EU wurden zwar eine Reihe von Regierungsinitiativen beschlossen und auf den Weg gebracht, um die (soziale) Diskriminierung vor allem der Roma-Gruppen zu beseitigen. Die konkrete Umsetzung vor allem in den Ländern des östlichen Mitteleuropa (Tschechien, Slowakei und Ungarn) sowie Südosteuropas (Rumänien und Bulgarien) bereitet massive Schwierigkeiten. Die beiden baltischen Staaten Estland und Lettland sehen sich nach wie vor dem gravierenden staatsbürgerschaftsrechtlichen Problem gegenüber, die zahlenmäßig großen russischsprachigen Minderheiten zu integrieren.
- Landwirtschaft: Auch nach der Verabschiedung der reformierten Agrarleitlinien und des Modulationsprogramms zur Entkopplung der Flächen- und Tierprämien von der Produktionsleistung bleibt die Agrarpolitik ein „Hauptminnenfeld“ im Rahmen der Verhandlungen um knappe Haushaltsressourcen. Zudem geht es bei der „Phasing-In-Strategie“ der EU, nach der Landwirte der neuen Mitgliedstaaten erst sukzessive über einen Zeitraum von acht Jahren in den Genuss der vollen Direktbeihilfen aus dem Agrarhaushalt der EU gelangen können, um Zeitgewinn für eine marktnahe, generelle Reform des Agrarsektors, zumal dieser Bereich traditionell seit Jahren am stärksten den marktwirtschaftlichen Kräften einer effizienten Allokation von Ressourcen und Produktionsfaktoren entzogen ist und in Wirklichkeit ein Musterbeispiel für staatsinterventionistischen Dirigismus darstellt.
- Übernahme der EU-Umweltstandards: Kein Bereich des EU-Rechts weist so viele Übergangsfristen auf wie die Behandlung der Umweltstandards. Aufgrund des immensen Nachrüst- und Investitionsbedarfs sind hier lange Zeiträume bis weit ins nächste Jahrzehnt eingeplant, um die Mindestanforderungen zu erfüllen. Da sowohl während des Sozialismus als auch weitgehend während der Transformationsphase die Umweltgesetzgebung vernachlässigt wurde, kann im Hinblick auf einen effektiven Umweltschutz eine Internalisierung externer Umwelteffekte über gesetzliche Rahmenbedingungen erst sukzessive initiiert werden.
- Gerichtswesen (Justiz) und staatliche Administration (Inneres): Aufgrund der Umgestaltung und mitunter völligen Neuordnung mangelt es sowohl im Justizwesen als auch in der öffentlichen Verwaltung an Kapazitäten. Eine der größten Herausforderungen besteht nach wie vor nicht in der eigentlichen Übernahme, sondern der gezielten und konkreten Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstandes der EU (*acquis communautaire*) in den jeweiligen ausführenden Ver-

waltungsorganen sowie im Gerichtswesen, wo die Kapazitäten besonders begrenzt sind.

- **Korruption im öffentlichen Leben sowie in der Geschäftswelt:** Ein zentrales Phänomen stellt die nach wie vor weit verbreitete Korruption in vielen ehemals post-kommunistischen Ländern dar. Alle Versuche der Eindämmung von illegalen Praktiken sind bislang von sehr mäßigem Erfolg gekrönt. Im öffentlichen Bewusstsein der Bürger spielt die wahrgenommene Korruption eine zentrale Rolle. Der lähmende Effekt bezieht sich dabei nicht nur auf das öffentliche Verwaltungswesen, sondern auch auf die Wirtschaftstätigkeit der Akteure, da Korruption eine suboptimale Kostenrechnung für Investoren und Nachfrager nach öffentlichen Leistungen nach sich zieht.
- **Soziales:** Der komplexe Bereich der Sozialpolitik und der Reform der Sozialversicherungssysteme zeigt die Problematik der Prioritäten und zeitlichen Abfolge der Systemtransformation sowie der dadurch bedingten (zwangsläufigen) Vernachlässigung dieses Bereichs. Allerdings lassen sich in manchen Ländern (Polen und Ungarn) bahnbrechende Reformen im Rentensystem ausmachen, die den Paradigmenwechsel aufgrund der demographischen Entwicklungen verdeutlichen. Hier könnten sogar Lerneffekte auf „alte“ EU-Länder übertragen werden, die ihrerseits von den Transformationserfolgen der mitteleuropäischen Nachbarländer profitieren könnten.
- **Beschäftigungslage/Arbeitslosigkeit:** Die bedeutsamsten Herausforderungen für viele, insbesondere große EU-Länder stellt die Reform des Arbeitsmarktes und die Überwindung der Arbeitslosigkeit, die zum Großteil strukturell und wesentlich weniger konjunkturell bedingt ist, dar. Besonders in Deutschland zeigen sich seit Mitte der 1990er Jahre eine gravierende Investitionsschwäche und damit Defizite auf der Angebotsseite der Wirtschaft, die keine Experimente keynesianischen Typs zulassen. Die hohen Arbeitslosenraten einiger neuer EU-Länder, vor allem Polens und der Slowakei, legen den Handlungsbedarf offen und zwingen zu mutigen Reformen für eine Verbesserung der Investitionsbedingungen, um so durch Multiplikatorwirkungen auch reale Einkommenseffekte erzielen zu können. Dabei spielt die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft, hervorgerufen durch Steigerungen der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität, eine maßgebliche Rolle. Sozialpartner müssen noch stärker als bislang die Lenkungsfunktion des Reallohnes wahrnehmen, um Produktivitätsgewinne nicht verpuffen zu lassen. Die Versäumnisse bei den Reformen großer europäischer Volkswirtschaften wie Deutschlands oder Frankreichs belegen aufgrund der Mobilität des Faktors Arbeit und vor allem des Faktors Kapital die Notwendigkeit EU-weiter Lösungen, zumal gerade in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion der Arbeitsmarktpolitik eine zentrale Rolle zukommt.

Europäische Verfassung und Europäische Wirtschaftspolitik

Die Verfassung für Europa bildet das Grundlagenwerk der EU, das alle relevanten Bereiche des Primärrechts auf eine vereinfachte, transparente Grundlage stellt. Darüber

hinaus stellt sie durch die Charta der Grundrechte für jeden EU-Bürger einklagbares Recht dar. Nachdem der Streit über die Präambel und die Aufnahme eines direkten Gottesbezuges die Feuilletonisten eingehend beschäftigt hatte, erwachte zusehends eine heftige Debatte über die konkrete institutionelle Ausgestaltung der Kernorgane der EU – Rat der Europäischen Union, Europäisches Parlament und Europäische Kommission. Dieser Streit konnte erst nach zähem Ringen im Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs beigelegt werden. In wirtschaftswissenschaftlicher Hinsicht lohnt es sich, einen Blick zu werfen auf die Ziele und Instrumente der Vertragsgrundlagen, die die europäische Wirtschaftspolitik betreffen.

Im ersten Abschnitt der Verfassung überwiegen neben institutionellen und politischen Aspekten auch Fragen der gemeinschaftlichen Wirtschaftspolitik. Insbesondere Art. I-3, Absatz 3 der EU-Verfassung beschreibt in beinahe klassisch neokeynesianischer, „globalsteuernder“ Tradition die Ziele der EU-Wirtschaftspolitik:

- Ausgewogenes Wirtschaftswachstum bei gleichzeitiger Einhaltung der Preisniveaustabilität !
- Vollbeschäftigung in den einzelnen EU-Volkswirtschaften !
- Konsolidierung der öffentlichen Finanzen !

Die Handschrift lässt vermuten, dass die weitreichenden Erfahrungen mit den Zielkonflikten des magischen Vierecks keine Berücksichtigung fanden. Zu groß war offenbar die Versuchung, einer sozialtechnischen Machbarkeit zu folgen und weniger dem Wettbewerb und den Möglichkeiten der effizienten Faktorallokation mehr Freiraum zu gewähren. Allerdings lässt sich in der Realität Friedrich A. von Hayeks bekannte Einschätzung beobachten, nach der die wirtschaftliche Entwicklung viel eher das Ergebnis des konkreten wirtschaftlichen Handelns als des menschlichen Entwurfs darstellt. Die maßgeblichen Instrumente für die Realisierung der oben festgelegten Ziele sind: (1) die Weiterentwicklung und Vertiefung des Binnenmarktes, (2) die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion EWWU, sowie (3) die enge Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik. Seit der Umsetzung der letzten Phase der EWWU im Jahre 1999 stieg der Koordinationsbedarf vor allem in der Haushalts-/Fiskalpolitik. Ein Erfolg der wirtschaftspolitischen Strategien kann nur bei einem gemeinsamen Ordnungsrahmen für die Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik („Wettbewerbsverfassung der EU“) gewährleistet werden, zumal die Europäische Union als Wirtschaftsunion auf einer dezentralen Grundstruktur basiert. Dem Subsidiaritätsprinzip (EU-Verfassung Art. I-9 Abs. 3) folgend liegt die Wirtschaftspolitik primär in der Verantwortung der Mitgliedstaaten. Außer in der Außenhandels-, der Wettbewerbs-, der Agrar- und schließlich der Regional- und Strukturpolitik hat die EU keine vertraglichen Kompetenzen für eine zentrale Wirtschaftspolitik. Tatsächlich zeigt hingegen die Praxis, dass eine Fülle von EU-Richtlinien, die in nationale Gesetze umgesetzt werden müssen, eine Einengung von nationaler oder regionaler wirtschaftspolitischer Verantwortung bedeuten. Regelungen zum Umgang mit externen (Umwelt-)Effekten, in der Abfallwirtschaft sowie Standards in der Sozialpolitik zählen dazu ebenfalls wie die Regelung industriepolitischer Konzepte und Interventionen.

Die unterschiedlichen Ansätze der Wirtschaftspolitik in den EU-Mitgliedstaaten spiegeln die divergierenden Traditionen der einzelnen Wirtschaften wider. Frankreichs lange

Tradition der zentralistischen Wirtschaftslenkung, die allerdings seit Anfang der 1980er Jahre einem starken Reformdruck ausgesetzt war, ließ sich ebenso wenig aufrecht erhalten wie Deutschlands Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ (Eucken, Müller-Armack, Erhard), das eine ordoliberalen, normative Leitlinie für eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung bildete. Dieses Modell in seiner Reinform ging in Deutschland im Labyrinth des politischen Machbarkeitswillens verschiedener parteipolitischer Richtungen unter. Den kontinentaleuropäischen Ansätzen stand Großbritanniens wirtschaftsliberaler Kurs (Thatcher) und in den letzten Jahren der „Dritte Weg“ (Blair) gegenüber: eine Art Amalgam aus neoliberalen Mainstream und sozialdemokratisch orientierten Ansätzen der sozialen Ausgleichs. Seit Maastricht bekannte sich die EU formell zur offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb als Basis der Wirtschaftsordnung der Gemeinschaft. In der zu verabschiedenden Verfassung lautet die Kompromisslinie das Erreichen eines hohen Grades an Wettbewerbsfähigkeit einer sozialen (sic!) Marktwirtschaft, eine Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts sowie die Betonung des Umweltschutzes.

Das Jahr 2005 wird in Brüssel maßgeblich von zwei wirtschaftspolitischen Fragen dominiert:

1. *Finanzielle Vorausschau für die nächste Haushaltsperiode 2007 bis 2013*: Die Diskussion um das nächste Haushaltsrahmenwerk wird auf der Ausgabenseite bestimmt von der Verteilung der knappen Strukturfonds zwischen den „neuen“ und den „alten“ beihilfeberechtigten Ländern und Regionen sowie von der Reform des Agrarhaushaltes. Auf der Einnahmenseite dominieren die Debatten um die Höhe der BSP-Eigenmittelanteile der Einzelstaaten sowie die Nettozahlerposition einzelner Länder die Verhandlungen. Aufgrund der fiskalpolitischen Verwerfungen einiger Mitgliedstaaten dürfte die Forderung nach einer besseren finanziellen Ausstattung der EU bei zugleich gestiegenem Aufgabenaufwand nur äußerst schwer durchzusetzen sein. Es gleicht dabei einer Quadratur des Kreises, immer mehr Aufgaben an die EU abgeben, die dazugehörigen Finanzmittel jedoch nicht bereitstellen zu wollen.
2. *Stabilitäts- und Wachstumspakt*: Entstanden war der Pakt durch die Initiative Deutschlands, um übermäßige fiskalische Defizite in anderen EU-Ländern einzudämmen. De-facto befindet sich der Pakt, aufgrund des EU-Ministerratsbeschlusses Ende 2003 im „Vakuum“. Deutlich wurde, dass der Pakt, der geltendes und einklagbares EU-Recht darstellt, kein Problem der rechtlichen Ausgestaltung, sondern der konkreten Umsetzung in den Mitgliedstaaten aufweist. Die Aussetzung des Strafautomatismus bei gleichzeitiger Verpflichtung zur Haushaltskonsolidierung bis 2005 machte eine Neuregelung des Stabilitätspaktes Anfang des Jahres 2005 notwendig. Danach ist eine flexiblere Interpretation der Regelungen möglich, sodass faktisch einzelstaatliche fiskalpolitische Entscheidungen fallweise wegen möglicher Koalitionen großer „Sünderländer“ im Ecofin-Rat im Gegensatz zur Einhaltung des Gemeinschaftsrechts überwiegen könnten und so Sanktionen unmöglich gemacht werden. Für Deutschland sieht die EU-Kommission auf der Basis der gegenwärtig zur Ver-

fügung stehenden Prognosedaten Risiken, welche die angestrebte Konsolidierung in diesem Jahr betreffen. Die Gesamtverschuldung übersteigt die Konvergenzmarke von maximal 60 Prozent des BIP. Die Wachstumsprognose der Bundesregierung wird als unrealistisch eingestuft, wobei die EU-Kommission von höchstens 1,5 Prozent realer Wachstumsrate ausgeht. Die Belastungen durch Arbeitsmarktreformen, durch das Renten- und Gesundheitssystem steigen weiterhin, sodass eine Konsolidierung des entscheidenden Stabilitätskriteriums, des Nettohaushaltsdefizits der öffentlichen Hand (Bund, Länder und Kommunen), aus heutiger Sicht unrealistisch ist.

Das Resümee nach fünf Jahren „Lissabon-Strategie“, nach der die EU spätestens 2010 zum stärksten Wirtschaftsraum avancieren sollte, fällt ernüchternd aus. Zum einen wirken sich wirtschaftliche Unsicherheitsfaktoren (Erdölpreisentwicklung, Aufwertung des Euro) und globale politische Risiken sehr stark auf kurzfristige Perspektiven aus und verzögern die langfristige wirtschaftliche Erholung. Zum anderen weisen die initiierten Reformen in den wichtigsten EU-Staaten zwar in die richtige Richtung, können aber kurzfristig nicht die erhofften makroökonomischen Erfolge nach sich ziehen. Obgleich wichtige Zwischenziele wie die Öffnung der Energiemärkte, die Schaffung eines einheitlichen Luftraums sowie eines integrierten Finanzmarktes erreicht werden konnten, zeichnet sich bei Halbzeit ab, dass die „Lissabon-Strategie“ als Königsweg für den Abbau des enormen Ungleichgewichts auf den Arbeitsmärkten wenig geeignet erscheint. Dem ehrgeizigen Ziel, 5 Mio. neue Arbeitsplätze steht die Bilanz gestiegener Arbeitslosenquoten in Deutschland, Frankreich, Italien sowie in den Niederlanden und Belgien gegenüber. Zwar erhöht die EU-Erweiterung das langfristige Potenzial für Wachstum durch ökonomische Integrationseffekte, zugleich aber auch den Anpassungsdruck für „alte“ EU-Länder. Zudem verpflichtete sich die EU zur Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und sozialpolitischer Integration gleichmäßig in allen EU-Ländern.

Zukunftsszenarien

Zukunftsszenarien gehören mittlerweile zum Standardrepertoire der Einschätzung der weiteren Entwicklung der Europäischen Union und finden in der Wissenschaft zusehends Beachtung. Sie unterscheiden sich von Prognosen dahingehend, dass sie weit mehr als einen kurzen Zeithorizont betrachten und nicht auf den bloßen Erwartungswert einer Eintrittswahrscheinlichkeit abzielen. Von Utopien unterscheidet sie der Aspekt der Machbarkeit und Beeinflussbarkeit. Szenarien sind mithin Hilfestellungen zur Bewusstmachung von möglichen Entwicklungslinien, die in erster Linie vom politischen Willen der beteiligten Akteure abhängen, also vor allem von endogenen Prozessen innerhalb der EU. Die folgenden fünf Szenarien stellen lediglich einen kurzen Aufriss möglicher „Zukünfte“ der EU dar und sind keineswegs erschöpfend.

Szenario 1 „Freihandelszone / Zollunion de luxe“

War in den vergangenen Jahrzehnten der ökonomische Hebel die Haupttriebfeder der EU-Integration, so soll mit der Verabschiedung der Verfassung die politische und insti-

tutionelle Einigung vorangebracht werden. Allerdings ist keineswegs gewährleistet, dass in einer Union der 27 (ab 2007) aufgrund der stark gestiegenen Verhandlungs- und Transaktionskosten in allen wichtigen Politikfeldern Einigung erzielt wird. Die Mitgliedstaaten könnten versucht sein, heikle politische Fragen auszuklammern, dafür Lösungen auf der Ebene der Einzelstaaten suchen und auf EU-Ebene lediglich das Binnenmarktmotiv der Integration in den Vordergrund rücken. Fortschritte in der Politischen Union wären dann bei bis zu 30 Staaten nur noch im Millimetertempo zu erzielen. Gerade die Ziele in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) wären davon besonders betroffen. Bei der Dominanz dieses Szenarios würde die politische Zuständigkeit der europäischen Einzelstaaten auf Kosten des solidarischen Grundgedankens vorrangig betont werden.



Szenario 2 „Europa à la carte“

Kennzeichen eines Europa à la carte ist die variable Geometrie, die fallweise Interessenallianzen zulässt. Je nach Priorität entscheiden die Einzelstaaten über die Abgabe von Souveränitätsrechten und die Schaffung von gemeinsamen Regelungen auf supranationaler Ebene. Die Suche und die Bildung von Koalitionen statt solidarische Einstimmigkeit bestimmen den Alltag in den Entscheidungsgremien der EU. Statt Solidarität und finanziellem Ausgleich über Strukturfonds herrschen einzelstaatlicher Gestaltungswille

und Verteilungskämpfe zwischen Länder(gruppen). Dem identitätsstiftenden EU-Parlament kommt bei diesem Szenario lediglich die Rolle eines Schattenparlaments zu bei gleichzeitigem Überwiegen fallweiser Abstimmungscoalitionen im zweiten legislativen Organ, dem Rat der EU. Die Rolle der Europäischen Kommission als Hüterin der Verträge (und später der Verfassung) würde entscheidend erschwert, zumal ein System der variablen Geometrie ein Mehrfaches an Handlungsbedarf mit sich brächte.

Szenario 3 „Kerneuropa“

Bei diesem Szenario dominiert die normative Kraft der unterschiedlichen Geschwindigkeiten der Integration. Um einen festen Kern von besonders integrationswilligen Ländern können konzentrische Kreise von mehr oder weniger stark mit dem Kern verbundenen Ländern identifiziert werden. Die letztgenannten Länder entscheiden fallweise über die Teilhabe an einstimmig gefassten Integrationsbeschlüssen. Die EU-Verfassung regelt in Art. I-43 Abs.1 die Stärkung einer Pioniergruppe, die bei überein-

stimmendem Willen weitere Integrationsschritte im Alleingang vollziehen kann. Damit trägt die Verfassung einer Entwicklung Rechnung, die faktisch schon längst eingetreten ist. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) mit der Einführung des Euro in zwölf EU-Staaten sowie die Regelungen im Rahmen des Schengener Abkommens sind prominente Beispiele für ein Abrücken von der bislang dominierenden solidarischen Gemeinschaftsmethode nach Monnet. Ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten ist keine programmatische Idee, sondern Realität der unterschiedlichen Interessenlagen. Einzelstaaten entscheiden selbstständig, inwieweit sie sich dem „Kerneuropa“ anschließen wollen.

Szenario 4 „Verfassungsgemeinschaft“

Eine erfolgreiche Ratifikation des Verfassungsvertrages in Verbindung mit Volksabstimmungen in denjenigen Ländern, in denen Referenda vorgesehen sind, könnte den Weg ebnen für das „Europa der Zukunft“, in dem die Erweiterung der jetzigen EU (25) sowie eine gleichmäßige Integrationsvertiefung hin zu einer Politischen Union vorangebracht werden könnten. Auch der Beitritt des schwierigen Kandidaten Türkei, mit der die EU in Kürze Verhandlungen aufnehmen wird und damit zweifellos Neuland betritt, könnte sich in diesem, nun institutionell reformierten Rahmen vollziehen. Damit käme die EU der Verpflichtung im Hinblick auf die eigene Erweiterungsfähigkeit nach. Dieser Konflikt hätte im Grunde genommen schon vor dem Beitritt der zehn jetzigen neuen Mitglieder gelöst werden müssen. Im Kern steht die weitere Ausdehnung des zentralen Abstimmungsprinzips der doppelten qualifizierten Mehrheit im Rat der EU („55-65-Regel“) und die Weiterentwicklung der Lissabon-Strategie verbunden mit einem echten Souveränitätsverzicht in vielen Politikbereichen. Der Gestaltungswille manifestiert sich im „Verfassungspatriotismus“ der Mitgliedstaaten, mithin dem Willen, stets Kompromisslösungen auf EU-Ebene nationalstaatlichen Alleingängen vorzuziehen. Vielfach wird daraus die überaus ambitionierte Idee einer „Supermacht Europa“ abgeleitet. Diese Idee entspringt jedoch vielmehr dem Konkurrenzdenken der Supermacht USA gegenüber. In Wirklichkeit kann die EU auch bei fortschreitendem Aufbau einer Politischen Union keine bloße Kopie der Vereinigten Staaten von Amerika werden, sondern muss ein eigenständiges Identitätsprofil entwickeln.

Szenario 5 „Titanic“

Ein Scheitern des Verfassungsprojektes und eine Zuspitzung der einzelstaatlichen Interessen könnte im „worst case“ Tür und Tor öffnen für eine Renationalisierung vieler Politikbereiche. Zu beobachten wäre dann eine substanzielle Schwächung der EU-Institutionen durch die permanente Aushöhlung des Gemeinschaftsprinzips und –rechts. Dem Europäischen Gerichtshof fiel dann die regulierende judikative Rolle nicht mehr zu. Diese Entwicklung könnte auf der politischen Ebene einhergehen mit einer Dominanz des politischen Populismus in Europa, zumal die EU auch heute schon für „alles Negative“ in Europa instrumentalisiert werden kann. Die Folgen wären der Zerfall der EU-Institutionen und ein radikaler Abbau der erreichten Integrationsschritte. In diesem Titanic-Modell käme es zu einer Destabilisierung und Rückkehr zu längst überwunden geglaubten nationalstaatlichen Verhaltensmustern. Selbst ökonomische Fortschritte

würden sich nicht zwangsläufig einstellen und wären sogar nachhaltig gefährdet, wenn die ordnungspolitische Rahmensetzung verletzt würde.

Weiterführende Literatur

DIETER CASSEL, PAUL J.J. WELFENS (Hrsg.). *Regionale Integration und Osterweiterung der Europäischen Union*, Stuttgart 2003.

JAN DELHEY. *Osteuropa zwischen Marx und Markt*, Hamburg 2001.

Kafka – Zeitschrift für Mitteleuropa. Hrsg. vom Goethe-Institut Inter Nationes e.V.

RENATE OHR, THERESIA THEURL (Hrsg.). *Kompendium Europäische Wirtschaftspolitik*, München 2001.

OVID. *Metamorphosen. Das Buch der Mythen und Verwandlungen*. Hrsg. in der Prosaübersetzung von Gerhard Fink, Zürich und München 1989.

OSTEUROPA. *Die Einigung Europas – Zugkraft und Kraftakt*, 54. Jg., Heft 5-6, Mai-Juni 2004.

FERDINAND SEIBT. *Die Begründung Europas*. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2002.

Hubert Luszczyński

Der Beitritt der MOE-Staaten zur EUROPÄISCHEN-UNION - eine neue Herausforderung für unsere Schulpartnerschaften? Eine Länderperspektive aus Rheinland-Pfalz

Ob sich mit dem Beitritt der MOE-Staaten zur EUROPÄISCHEN UNION eine neue Herausforderung für unsere Schulpartnerschaften stellt, werden sicherlich die meisten Kenner der Szene, ohne viel nachzudenken, mit einem Ja beantworten. Vielleicht erscheint manchen unter Ihnen das JA voreilig, Es mag aber auch sein, dass eben jene Insider sich ein kurzes Nachdenken erbitten, weil ihnen die Bedingungen und das Sinngefüge, unter denen Schulpartnerschaften gestalten werden können, noch wichtiger sind als der Zauber des Neuen vom 1. Mai 2004.

Bevor ich diese Frage nach der neuen Herausforderung für unsere Schulpartnerschaften beantworte, möchte ich von der ihr zugrunde liegenden Einsicht von der friedenspolitischen Notwendigkeit bi- und multinationaler Zusammenarbeit ausgehen und meine Darlegungen in drei Abschnitte einteilen. Darin werden drei scheinbar banale Fragen zu behandeln sein. Sie alle haben etwas zu tun mit der wesentlichen friedenspolitischen Betrachtung der Entwicklung der Staaten- und Gesellschaftsgemeinschaft auf unserem europäischen Kontinent seit dem Aufkommen der Nationalstaaten und der hieraus erwachsenden Notwendigkeit, Schulpartnerschaften als einen möglichen Beitrag zur langfristigen Friedenssicherung in Europa zu sehen:

- 1.Frage: Woher kommen wir?
- 2.Frage: Wo stehen wir?
- 3.Frage: Wohin gehen wir?

Zur 1. Frage: Woher kommen wir?

Bei der Behandlung dieser Frage nach der Geschichte von Frieden und Freiheit in Europa geht es mir nicht um historische Details, sondern um die internationalen historischen Entwicklungsströme in Mittel- und Osteuropa in ihren Zusammenhängen mit der Entwicklung in Deutschland. Wer diese Ströme bewusst zur Kenntnis nimmt, wird vieles verstehen, was wir heute unter dem Aspekt von Vorurteilen oder aktuellen nationalen Haltungen gegenüber Nachbarländern wahrnehmen. Dabei bin ich überzeugt: Wer diese großen Entwicklungsströme übersieht, wird aktuelle politische Motive weder richtig einordnen noch unter den Bedingungen politischer Bildung pädagogisch angemessen behandeln können.

Um welche internationalen historischen Entwicklungsströme in Mittel- und Osteuropa geht es?

Ganz gewiss könnten wir bei der Behandlung dieser Frage in ganz unterschiedlichen Jahrhunderten beginnen. Ich möchte bei der Entstehung der modernen Nationalstaaten in Folge der Französischen Revolution und der Napoleonischen Feldzüge anfangen – einer Entwicklung, die mit dem Wiener Kongress in eine vorläufige und repressiv gesicherte, eben restaurative europäische Friedensordnung gegossen wurde. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang, dass nahezu alle mittel- und osteuropäischen Staaten unter den Hegemonialmächten Deutschland, Österreich und Russland ihrer staatlichen Existenz beraubt waren und damit faktisch zu existieren aufhörten. In der Folge jeder Äußerung des Volkswillens enthoben kam es zu Aufständen in nahezu allen dieser ehemaligen Staaten.

Erst der Vertrag von Versailles gab 1919 diesen Staaten ihre alte nationale staatliche Souveränität zurück. Das ebenfalls imperialistische und auf Unterwerfung angelegte Terrorsystem der deutschen Nazi-Diktatur im europäischen Maßstab griff sozusagen wieder zurück auf die alte Ordnung des Jahres 1815, allerdings mit zwei neuen Zielen: Erstens der Ausdehnung der Ostgrenze bis nach Russland hinein, so dass die ehemaligen Teilungsmächte Polens im Dritten Reich aufgehen sollten, und zweitens mit dem arroganten und bestialischen Ziel der Ermordung von Menschen in diesen Gebieten, die entweder jüdischen Glaubens waren oder wegen ihrer Zugehörigkeit zur slawischen Rasse als Untermenschen zu behandeln seien. Dahinter steckt das perfide Ziel, im Zuge eines irgendwann einmal formal durchzuführenden Volksbegehrens die mehrheitliche Zustimmung zum Deutschen Reich in den auf diese Weise beherrschten Gebieten zu sichern. Die von den in Teheran, Jalta und Potsdam vertretenen Alliierten beschlossenen Maßnahmen zur Bevölkerungsverschiebung und Vertreibung sind die Antwort eben dieser Alliierten auf jene Politik von Nazi-Deutschland. Daher kann es nicht sein, dass gegenwärtig Vertriebenenverbände von den heutigen nationalen Regierungen Entschädigungen für Vertreibungen fordern, die von eben diesen nicht beschlossen wurden, wohl aber mit zu vollziehen waren.

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war nun aber geprägt von zwei völlig entgegengesetzten Prinzipien politischer Machtentfaltung: Westlich der Oder- und Neiße dem

freiheitlichen Demokratieprinzip unter Wahrung der Volkssouveränität in einer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Ordnung; östlich der Mauer vom Suprematieprinzip einer Einparteiherrschaft, die sich letztlich einer weltrevolutionären Ideologie verpflichtet sah und sowohl die Volkssouveränität als auch ihre gesellschaftliche und rechtsstaatliche Ordnung unter den Willen eben dieser marxistisch-leninistischen Einheitspartei stellte. Hieraus ergaben sich entscheidende und langfristige Folgen für die internationale Ordnung im geteilten Europa: Dazu zählte vor allem die Verpflichtung Deutschlands, die nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt zu dienen. Damit unterwirft sich Deutschland dem internationalen Recht als dem tragenden Grundprinzip zwischenstaatlicher und internationaler Ordnung. Für die in der EWG und später in der Europäischen Union zusammengeschlossenen Staaten ist der Beitritt zu eben diesem System stets ein Akt des freien politischen Willens zur Sicherung von Frieden und Freiheit, der sich im Prinzip nicht gegen Dritte richtet. Anders östlich der Oder und der Neiße: Der Zusammenschluss der Warschauer Pakt Staaten und des RGW stand stets unter dem Vorbehalt der Generallinie der KPDSU. Das für die Außenpolitik der UdSSR konstitutive Prinzip des proletarischen Internationalismus begründete ideologisch eine eingeschränkte Souveränität der Paktstaaten zur Wahrung der Grundsätze des Internationalismus und der Volkssouveränität. Das bedeutete hier, dass ein Eingreifen von Warschauer Paktstaaten in die Unabhängigkeitsbestrebungen Ungarns 1956 ebenso möglich war wie ihr Eingreifen in die als „Prager Frühling“ in die Geschichte eingegangenen Freiheitsbewegungen in der damaligen ČSSR des Jahres 1968 oder – wenn man so will: Auch die Begründung des polnischen Generals Jaruzelski zur Einführung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 in der Volksrepublik Polen.

Die weiteren internationalen Bewegungen auf dem Weg zur Mitgliedschaft in die Europäische Union des Jahres 2004 lassen sich in Etappen nachzeichnen, für die folgende Jahreszahlen exemplarisch stehen:

1961: Bau der Mauer in Berlin; 1969/70 Ostverträge der Regierung Brandt; 1976 KSZE-Helsinki - Akte – besonders das im Korb III formulierte Recht auf freien Austausch von Menschen, Meinungen und Informationen; 1979 Kampf der polnischen Solidarnosc und Wahl Karol Wojtylas zum Papst, 1981 Kriegsrecht in Polen; November 1989 Fall der Mauer in Berlin; danach bilaterale Verträge mit den MOE-Staaten; im Hinblick auf die Förderung der Schüler- und Jugendbegegnungen die Einrichtung des DPJWs und DTJWs „Tandem“, 1996 und 2001. Und was die europapolitische Bedeutung von Rheinland-Pfalz unterstreicht, der Regionalpartnerschaftsvertrag zwischen Rheinland-Pfalz und der polnischen Woiwodschaft Oppeln und seit 2003 der Vierer-Netzwerk-Vertrag zwischen Rheinland-Pfalz, der Woiwodschaft Oppeln, Zentralböhmen und Burgund.

Blicken wir zurück auf 200 Jahre europäischer Politik so lassen sich aus heutiger Sicht folgende internationalen Strömungen und Bewegungen ausmachen:

1. Im Widerstreit zwischen europäisch-nationaler Hegemonialpolitik und einer Politik der freiwilligen Konföderation souveräner Nationalstaaten hat das konföderative System den Sieg davon getragen.
2. Im Widerstreit zwischen diktatorisch-totalitärer und freiheitlicher demokratischer Systeme entspricht das freiheitliche System am ehesten einer konföderierten europäischen Friedensordnung.
3. Im Widerstreit zwischen einer Friedenspolitik, die allein auf militärische Präsenz und Einsatzbereitschaft gründet, und einer Friedenspolitik auf der Grundlage des internationalen Völkerrechts, zeigte sich zuletzt auch im Irakkrieg, dass einer Politik unter den Bedingungen des internationalen Rechts der Vorrang einzuräumen ist, wenn Frieden und Sicherheit global zu gewährleisten sind.
4. Eine Politik der Okkupation eines Staates oder mehrerer Staaten durch eine Hegemonialmacht führt zwar vordergründig zu einer friedlichen Ordnung. Sie entwickelt sich jedoch nicht im Einklang mit den Bürgern der beherrschten Völker, sondern im Zweifel gegen sie. Sie ist eine Politik unter den Bedingungen der Polizeigewalt, in der die Macht des Stärkeren im Zweifel über das Recht siegt. Es ist eine Politik der Unfreiheit, die zum nationalen Aufbegehren gegen den Unterdrücker führt und den Keim eines neuen Krieges, einer Revanche, in sich trägt.
5. Eine Politik des freiwilligen Zusammenschlusses von freien Staaten unter den Bedingungen des Rechts und der Freiheit sichert auch die freiheitliche Ordnungen in den Mitgliedsstaaten selbst und schafft für die Bürger Rahmenbedingungen und Anreize zur Entwicklung vielfältiger gemeinsamer Ideen und Projekte.

Betrachtet man die beiden zuletzt genannten Feststellungen, dann fällt auf, wie sehr sie über zwei entgegengesetzte politischen Makroströmungen auch unter pädagogischen Vorzeichen als Mikroströmungen für eine einzelne Schule ebenso getroffen werden können wie hinsichtlich der Gestaltung einer pädagogischen Zusammenarbeit zwischen Partnerschulen.

Das bedeutet: Wer internationale Schülerbegegnungen allein dem Diktat eines Lehrers oder eines Faches unterwirft, wer also nicht mehr die jungen Menschen im Blick hat, sondern vielleicht nur vordergründig die Zwänge und Erfordernisse sieht, denen man nun einmal als Schule gerecht werden muss, dem werden vielleicht noch beim ersten Mal Schülerinnen und Schüler folgen, beim nächsten Mal aber kaum noch welche, weil die „Mund-zu-Mund-Propaganda“ auf dem Schulhof schon längst die negativen Folgen dieses Ansatzes diskutiert hat und zu der allgemeinen, aber stillen Übereinkunft führte, dass entweder keiner mehr auf Grund des Gruppendrucks des Pausenhofs daran teilnehmen wird oder dass sich andere als stiller Ausdruck ihres Widerstandes schlicht ver-

weigern. Vielmehr hat sich gezeigt, dass der gegenläufige Ansatz der erfolgreichere ist, eine Schulpartnerschaft über Jahre vital erhält und sie für ganze Schülergenerationen zum festen Angebotsprofil der Schule gehört.

Unter diesen Bedingungen widerstreitender Ideologien und Systeme haben wir mit den Schulpartnerschaften zu einer Zeit angefangen, die sich heute im Ost-West-Verhältnis als eine Phase der Systemtransformation darstellen lässt. Viele von denen, die damals in den frühen 80er Jahren mit ersten Kontakten begonnen haben, waren davon überzeugt, dass sie etwas wichtiges leisten für die Hoffnung der jungen Menschen in den MOE-Staaten, für die Hoffnung auf einen Frieden in Freiheit, auf Gerechtigkeit und Solidarität und auf mehr Wohlstand.

Um so interessanter ist es jetzt, nach dem Beitritt von zehn neuen Ländern aus Süd-, Mittel- und Osteuropa zur EU der Frage nachzugehen:

Wo stehen wir heute in Rheinland-Pfalz?

Wenn wir von Rheinland-Pfalz, dem Land im Westen Deutschlands ausgehen, dann können wir feststellen, dass unsere grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit unseren westlichen Nachbarn in Frankreich, Luxemburg und Belgien oder auch unsere Regionalpartnerschaft mit Burgund, die es seit mehr als 40 Jahren gibt, einen großen Erfahrungsschatz darstellt. Unsere Schulpartnerschaften initiierten, begleiteten und unterstützten in besonderem Maße diese Entwicklung.

Ähnlich war es mit den Nachbarländern im Osten. So war ich anlässlich eines besonderen Jubiläums kürzlich zu Gast beim privaten Martin-Butzer-Gymnasium in Dierdorf: Die Schule beging sehr feierlich die 25. Wiederkehr des Beginns ihrer Schulpartnerschaft mit dem Hugo-Kołłątaj-Lyzeum in Krotoszyn. Seit dieser Zeit gibt es immer mehr Schulen in Rheinland-Pfalz, die mit Schulen in den MOE-Staaten, besonders aber in Polen, partnerschaftliche Beziehungen begonnen haben und nun pflegen. Es sind heute mehr als 140 Schulen; und was das Besondere ist: Seit dem Beitritt der MOE-Staaten fragen erstmals immer mehr rheinland-pfälzische Schulen wegen einer Partnerschulen im Osten an. Dagegen mussten wir früher große Vermittlungsbemühungen in die Wege leiten, um rheinland-pfälzische Schulen für MOE-Partner suchen. Bereits das ist eine neue und sehr gute Entwicklung, die wir dem 1. Mai 2004 zu verdanken haben.

Es wird nun aber darauf ankommen, diese jungen Partnerschulen zu beraten und ihnen Wege in erfolgreiche Partnerschaften zu zeigen.

Mit besonderem Interesse verfolgten wir natürlich neben der Beitrittsdiskussion die Debatte über den Vertrag über eine gemeinsame europäischen Verfassung. Schließlich sollte diese Verfassung die große gemeinsame Plattform der Grundwerte und Grundüberzeugungen in ganz Europa sein. Interesse fanden auch einzelne Abschnitte der Verfassung, die die Zusammenarbeit im Bildungsbereich regeln.

Am 25. Juni 2004 trafen sich in Brüssel die Vertreter der Regierungen und Mitgliedsstaaten zu einer gemeinsamen Konferenz über die „Vorläufige konsolidierte Fassung des Vertrags über eine Verfassung für Europa“. Die für unsere Zusammenarbeit im Bildungsbereich entscheidenden Artikel finden sich dort im Abschnitt 4: Allgemeine Bildung, Jugend, Sport und berufliche Bildung. Dort wird gefordert

- Die Entwicklung einer qualitativ hoch stehenden Bildung durch Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten.
- Die Entwicklung der europäischen Dimension im Bildungswesen, insbesondere durch Erlernen und Verbreitung der Sprachen der Mitgliedstaaten.
- Die Förderung der Mobilität von Lernenden und Lehrenden, auch durch die Förderung der akademischen Anerkennung der Diplome und Studienzeiten.
- Die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen.
- Der Ausbau des Informations- und Erfahrungsaustauschs über gemeinsame Probleme der Bildungssysteme der Mitgliedstaaten.
- Die Förderung des Ausbaus des Jugendaustauschs.
- Die verstärkte Beteiligung der Jugendlichen am demokratischen Leben in Europa.
- Die Förderung der Zusammenarbeit mit Drittländern.
- Die Förderung der Zusammenarbeit mit den für den Bildungsbereich und den Sport zuständigen internationalen Organisationen.

Vergleicht man diese Forderungen mit unserer interregionalen Zusammenarbeit in Europa, so können wir für unser Bundesland und unsere europäische Region Rheinland-Pfalz mit Stolz feststellen, dass wir bereits seit einigen Jahren auf alle Entwicklung- und Förderungsfeldern tätig sind, die im nun vorliegenden Entwurf der europäischen Fassung beschrieben werden. Dies war und ist zum einen möglich auf Grund eines beachtlichen und überdurchschnittlichen Engagements der Lehrerinnen und Lehrer im Bereich der Schulpartnerschaften in allen Schularten; zum anderen dadurch, dass Rheinland-Pfalz das erste Bundesland war, das bereits 1987 Haushaltsmittel zur Förderung von Schulpartnerschaften mit den MOE-Staaten eingestellt und später den Erfordernissen angepasst und erhöht hat.

Der bereits genannte Vertrag mit der Woiwodschaft Oppeln aus dem Jahre 2001, der auch die ältere Zusammenarbeit mit Małopolska (Krakau) mit einschließt, bildet eine sehr zentrale Grundlage für die Ausgestaltung der Beziehungen im Bildungsbereich. Dazu zählen u.a.

- gemeinsame Seminare für Koordinatoren von Schulpartnerschaften, die Teilnahme von Koordinatoren aus MOE-Schulen an mehrtägigen Seminaren an landeseigenen Lehrerfortbildungsinstituten,
- die seit 1997 besonders erfolgreiche bi- und multinationalen Schülerseminare „Europäische Impulse“ im Europa-Haus in Bad Marienberg oder vergleichbare Seminare in der Fridtjof-Nansen-Akademie in Ingelheim,

- die gemeinsamen Seminare für Schulaufsichtsbeamte seit 1998 über Fragen der Schulaufsicht,
- die bundesweit ersten Seminare für Schulleiter aus den jeweiligen Partnerschulen in Rheinland-Pfalz und in der Ww. Oppeln sowie in Malopolska (Kleinpolen) zur weiteren Vertiefung der Schulpartnerschaften,
- die Unterstützung der Schulen bei ihrer partnerschaftliche Zusammenarbeit durch die Mitarbeit an COMENIUS- und Sokrates-Programmen der EU,
- die Einladung von immer mehr Schulen zu ihren Treffen mit Partnern aus Drittländern innerhalb und außerhalb Europas,

Wir können also nicht nur behaupten, dass die Erweiterung der EUROPÄISCHEN-UNION Vorteile gebracht hat für die jungen Menschen bei uns und in den MOE-Staaten. Vielmehr haben wir dafür auch vielfältige Beweise.

Wie aber kann das, was sich offensichtlich so gut anlässt, weitergehen.

Daher komme ich zu meiner dritten und letzten Frage:

Wohin gehen wir?

Wenn wir die Schlussfolgerungen ernst nehmen wollen, die wir aus dem demokratischen Zusammenwachsen der europäischen Nationalstaaten in Frieden und Freiheit als einer zentralen Voraussetzungen für ein friedliches und freies Europa auf der Grundlage der Menschenrechte und unter strikter Wahrung der Prinzipien des Völkerrechts ziehen, dann sind das vor allen Dingen drei Eckpunkte:

1. Wir müssen in unseren Begegnungsprogrammen mehr denn je auch das Recht auf altersgemäße Mitbestimmung und demokratische Beteiligung der Schülerinnen und Schüler beachten.
2. Wir dürfen Freundschaft nicht verordnen, sondern müssen sie pädagogisch so ermöglichen, dass aus fremden jungen Menschen Freunde werden.
3. Wir müssen dafür sorgen, dass junge Menschen in gemeinsamer Arbeit und Freizeit prägende Sinn- und Freiheitserfahrungen machen. Partnerschafts- und Projektidee sind hierfür richtungsweisend.

Ich habe unter Berücksichtigung eben dieser drei Eckpunkte kürzlich in einem Seminar im EUROPA-HAUS in Bad Marienberg gemeinsam mit jungen Deutschen, Polen, Tschechen und Ungarn im kleinen Kreis an einem Projekt gearbeitet, das ich Ihnen gern vorstellen möchte.

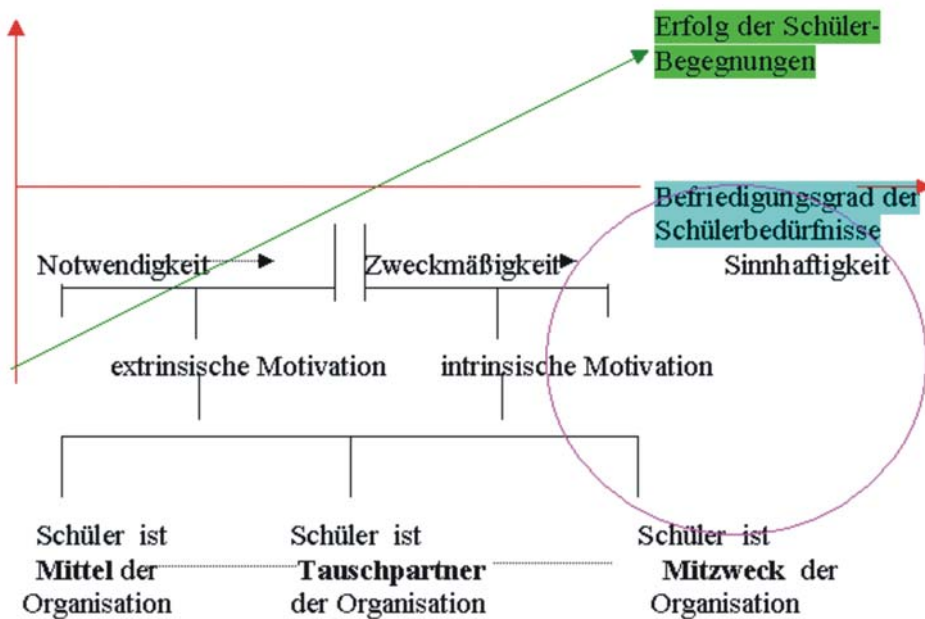
Ausgangspunkt für dieses Projekts „Schulpartnerschaften müssen Sinn ergeben“ sind zentrale Erkenntnisse der Motivationslehre. Die besagen, dass eine Heranführen an Arbeit durch intrinsische Motivation, also einer, die im Menschen selbst zu finden ist, erfolgreichere Arbeit verspricht als extrinsische, also einer, die ihm von außen vorgesetzt oder verordnet wird. Und das bedeutet: Je mehr es mir gelingt, mit meinen Organisationsvorhaben „Schülerbegegnungen“ die Bedürfnisse und Ideen meiner Schülerinnen

und Schüler zu befriedigen, letzten Endes also auf diese Weise Sinnhorizonte ihres Lebens anzusprechen, desto erfolgreicher ist die gemeinsame Arbeit für alle Beteiligten:

Schulpartnerschaften mit den MOE-Staaten

Schulpartnerschaften müssen Sinn ergeben

Erfüllungsgrad der Anforderungen an Schulpartnerschaften



Wer die Motivationslagen der sinnerschließenden und daher erfolgreichen europäischen Freiheitsbewegungen erforscht, wird viele Parallelen antreffen zwischen hoher intrinsischer Motivation und größtmöglichem Erfolg. Wenden wir diese Erkenntnisse auf interregionale Schülerbegegnungen an, dann bedeutet das vor allem eines: Wenn wir etwas von den erfolgreichen demokratischen Freiheitsbewegungen lernen wollen, die unseren Kontinent zusammenwachsen und befrieden ließen, dann ist es ein Basiskonzept, das es in unseren Schulen und in unseren Schulpartnerschaften zu beachten gilt:

Schulpartnerschaften können nicht verordnet werden. Sie entstehen aus freiem Willen und der Einsicht, dass wir die Verpflichtung haben, junge Menschen aus unterschiedlichen Ländern zur Sicherung ihrer Zukunft in Freiheit zusammenzuführen. Die sich hierbei entfaltende Konvergenz fördert das Verständnis füreinander und lässt uns füreinander eintreten.

Wo aber Schulpartnerschaften bis hinein in die Einzelheiten ihrer Gestaltung von Lehrenden verordnet und vorgeschrieben werden, fühlen sich jungen Menschen instrumentalisiert und wenden sich von dieser Form der internationalen Zusammenarbeit ab. Womöglich werden sie sogar damit beginnen, auf Grund dieser Methoden in den ehemaligen Partnern die Schuldigen für das pädagogische Diktat ihrer Lehrer zu sehen und sie zusammen ihren Lehrern ablehnen, vielleicht sogar mit rechtsradikalen Sprüchen bekämpfen

Und darum gibt uns der Beitritt der MOE-Staaten zur EU nicht nur eine gute Gelegenheit, neu über Sinn und Zweck von Schulpartnerschaften nachzudenken. Vielmehr bestätigt der Beitritt der MOE-Staaten zur EU auf der Grundlage einer neuen Verfassung die Lehrerenden, die Schulpartnerschaften fördern und dafür eintreten, auf das Beste in der Richtigkeit und der Notwendigkeit ihres pädagogischen Wirkens. Ihnen gilt daher zum Schluss meine Hochachtung, mein Dank und meine besondere Wertschätzung.

Julian Pfäfflin

Das Präsidentenamt im polnischen Regierungssystem

I. Einleitung

Die Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa vollzogen sich seit den Umwälzungsprozessen der Jahre 1989/90 mit enormer Geschwindigkeit. Die Republik Polen trat der Europäischen Union am 1. Mai 2004 bei, damit ist sie am Ziel eines seit der „ausgehandelten Revolution“ 1989 eingeschlagenen Weges der Konsolidierung. In dieser Zeit schaffte Polen die demokratischen Strukturen und Voraussetzungen für eine Umgestaltung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, die die Aufnahmekriterien der Europäischen Union erfüllten.¹

Die Republik Polen ist ein Musterbeispiel der vergleichenden Demokratie- und Transformationsforschung, an Hand derer sich vorbildlich die drei Phasen der Liberalisierung, der Demokratisierung und der Konsolidierung festmachen lassen.²

Im Bereich der Konsolidierung der neuen Demokratien, insbesondere bei den in Mittel- und Osteuropa häufig vorkommenden semipräsidentiellen Regierungssystemen³, spielt das Präsidentenamt eine bedeutende Rolle.

Die formelle Schaffung des heutigen polnischen Regierungssystems durch die Vereinbarungen des *Runden Tisches* zwischen der herrschenden Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) und der Opposition, allen voran die *Solidarność*, gilt dabei als Paradebeispiel eines „ausgehandelten Systemwechsels“.⁴

In der vorliegenden Arbeit soll die Entstehung des heutigen Regierungssystems Polens, insbesondere die Entwicklung des Präsidentenamtes in der Verfassungsgebung und der konkreten Ausgestaltung durch die Amtsinhaber untersucht werden. Dabei steht in Kapitel II die Frage nach der typologischen Einteilung des Regierungssystems zwischen den Idealtypen der Vergleichenden Regierungslehre, dem parlamentarischen und dem präsidentiellen Regierungssystem, mit den verschiedenen Ausprägungen und Begrifflichkeiten im Vordergrund. Der Weg der Verfassungsgebung vom *Runden Tisch* über die *Kleine Verfassung* bis zur heute gültigen *Neuen Verfassung* wird in Kapitel III be-

¹ Vgl.: Süddeutsche Zeitung, 3. Mai 2004, S. 1.

² Merkel, Wolfgang/ Puhle, Hans-Jürgen: Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade, Opladen 1999, S. 12.

³ Vgl. dazu Kap. II.

⁴ Widmaier, Ulrich/Gawrich, Andrea/Becker, Uta (Hrsg.): Regierungssysteme Zentral- und Osteuropas, Opladen 1999, S. 119.

handelt. Anschließend soll in Kapitel IV die Verfassungspraxis der Amtsinhaber und ihr Einfluss auf die Verfassungsgestaltung untersucht werden. Als Fazit sollen drei wesentliche Aspekte festgehalten werden: (1) der Ablauf des Konsolidierungsprozesses in Polen, (2) der Prozess der Verfassungsgebung von 1989 bis 1997, sowie (3) der Einfluss der Präsidenten und ihrer unterschiedlichen Amtsführung auf diesen Prozess.

II. Strukturtypen parlamentarischer und präsidentieller Regierungssysteme

Grundsätzlich werden demokratische Regierungssysteme in präsidentielle- und parlamentarische Systeme unterteilt, wie es Winfried Steffani und davor Ernst Fraenkel mehrfach dargestellt haben.⁵ Als primäres Unterscheidungsmerkmal der beiden Systemtypen führt Steffani das Kriterium der „Abberufbarkeit der Regierung durch das Parlament“⁶ aus politischen Gründen an. Dieses ist bei parlamentarischen Systemen erfüllt, bei präsidentiellen dagegen nicht. So sind in den USA Parlament und Regierung institutionell getrennt und besitzen jeweils eine eigene demokratische Legitimation. Dagegen sind die Regierungen in London und Berlin dem Parlament gegenüber politisch verantwortlich und können durch ein Misstrauensvotum aus ihrem Amt entlassen werden. Dies gilt auch für das polnische Regierungssystem:

„Der Sejm spricht dem Ministerrat mit der Mehrheit der gesetzlichen Abgeordneten-zahl das Misstrauen aus. [...] Wird der Beschluß vom Sejm (polnisches Parlament, J.P.) angenommen, nimmt der Präsident der Republik Polen den Rücktritt des Ministerrates entgegen“.⁷

Folglich gehört es nach Steffani zu den parlamentarischen Regierungssystemen.

Um die verschiedenen Ausprägungen des jeweiligen Regierungssystems jedoch nicht zu vernachlässigen fügte Klaus von Beyme weitere Kriterien zu Unterscheidung bei, etwa das Recht der Abgeordneten Minister zu werden oder die Demissionierung der Regierung bei einem Vertrauensverlust des Parlamentes.⁸

Eine Sonderstellung weist dabei das französische Regierungssystem auf, das bei Steffani als „Parlamentarismus mit Präsidialdominanz“⁹, bei von Beyme als „Mischsystem“¹⁰, bei Kaltefleiter als „bipolare Exekutive“¹¹ betitelt wird. Umstritten ist der Begriff des Semi-Präsidentialismus oder auch „semi-präsidentielles Mischsystem“ nach Maurice

⁵ Steffani, Winfried: Zur Unterscheidung parlamentarischer und präsidentieller Regierungssysteme, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen Nr. 9 (1983), S. 390-401; Fraenkel, Ernst: Parlamentarisches Regierungssystem, in: ders./Bracher, Karl-Dietrich (Hrsg.): Staat und Politik, Das Fischer Lexikon Bd. 2, Frankfurt a. M. 1964, S. 240.

Vgl.: Hartmann, Jürgen: Westliche Regierungssysteme, Opladen 2000, S. 20.

⁶ Steffani (1983), S. 395.

⁷ Vgl.: Die Verfassung der Republik Polen (Art. 158, Abs. 1), deutsche Übersetzung, Warschau 1997, S. 62.

⁸ Vgl.: von Beyme, Klaus: Die parlamentarische Demokratie. Entstehung und Funktionsweise, Opladen 1999, S. 41-44.

⁹ Vgl.: Steffani, Winfried: Parlamentarisch-präsidentielle Mischsysteme?, in: Luchterhand, Otto: Neue Regierungssysteme in Osteuropa und der GUS, Berlin 2002, S. 17-63.

¹⁰ Von Beyme (1979), S. 46.

¹¹ Vgl.: Kaltefleiter, Werner: Die Funktionen des Staatsoberhauptes in der Parlamentarischen Demokratie, Köln/Opladen 1979.

Duverger, der heute neben den parlamentarischen und den präsidentiellen Regierungssystemen als dritte Unterscheidungsform verwendet wird.¹²

Hierbei übt der Präsident als direkt vom Volk gewählt ähnliche Funktionen aus wie sie im präsidentiellen Regierungssystem vorkommen, ist aber im Unterschied zu einem reinem präsidentiellen System durch verschiedene verfassungsrechtliche Einschränkungsklauseln in der Ausübung seines Amtes eingeschränkt. Duverger beschränkt sein Konzept auf drei hauptsächliche Verfassungsbestimmungen: der direkt vom Volk gewählte Präsident (1), das mit bedeutenden Zuständigkeiten ausgestattete Amt des Präsidenten (2) und ein auf das Vertrauen des Parlaments angewiesener Regierungschef mit seiner Regierung (3).¹³

Die Besonderheit ist die doppelte Verantwortung der Regierung gegenüber dem Parlament und dem Präsidenten, wodurch je nach Parteikonstellation im Präsidentenamt und im Parlament die Regierungsfunktionen entweder durch die parlamentsgestützte Regierung oder den Präsidenten und seinen jeweiligen Premier ausgeübt werden. Diese besondere Form des semipräsidentiellen Systems, nach Duverger ist dies sein eigentliches Charakteristikum, ist die *Cohabitation*¹⁴. Die Problematik des Begriffs zeugt von der Schwierigkeit das Verfassungsrecht und dessen jeweilige Praxis typologisch zu erfassen und zu beschreiben. Bei der Typologisierung der Ost- und Mitteleuropäischen Regierungssysteme wird aber mittlerweile von semi-präsidentiellen Regierungssystemen als Untertyp eines parlamentarischen Regierungssystems gesprochen.¹⁵

Die sehr unterschiedlichen Ausprägungen der semi-präsidentiellen Systeme in Ost- und Mitteleuropa führten zu der Unterscheidung zwischen parlamentarisch-präsidentiellen und präsidentiell-parlamentarischen Regierungssystemen.¹⁶ Im Unterschied zum präsidentiell-parlamentarischen Regierungssystem hat der Präsident im parlamentarisch-präsidentiellen System nicht die Möglichkeit das Parlament aufzulösen oder den Regierungschef und einzelne Minister zu entlassen. Im spezifischen Fall von Polen änderte sich das Regierungssystem sukzessive. Eine genaue Einteilung in die jeweiligen Kategorien, insbesondere nach Shugart/Carey, soll nun eine nähere Untersuchung der jeweiligen Verfassungstexte und deren praktische Umsetzung durch die Präsidenten zeigen.

III. Vergleich der drei polnischen Verfassungen

1. Die Vereinbarungen am „Runden Tisch“ 1989

Die Vereinbarungen des „Runden Tisches“, die so genannte Runde-Tisch-Verfassung (RTV), zwischen den kommunistischen Machthabern der PZPR und den oppositionellen Gruppen, allen voran die Solidarność unter Führung des späteren Präsidenten Lech

¹² Vgl.: Duverger, Maurice: Les systèmes semi-présidentiels, Paris 1986, S. 471-485.

¹³ Duverger (1986), S. 46.

¹⁴ Nohlen, Dieter (Hrsg.) Lexikon der Politikwissenschaft, Bd.1, München 2002, S. 104.

¹⁵ Widmaier/Gawrich/Becker (1999), S. 26-29; Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2003, S. 20.

¹⁶ Shugart, Matthew Soberg/Carey, John M.: Presidents and Assemblies. Constitutional Design and Electoral Dynamics, Cambridge 1992, S. 23f.; Merkel, Wolfgang: Institutionalisierung und Konsolidierung der Demokratie in Ost- und Mitteleuropa, in: ders./Sandschneider, Eberhard/Segert, Dieter (Hrsg.): Systemwechsel 2, Opladen 1996, S. 73-112, hier S.77.

Wałęsa, schufen ein starkes Präsidentenamt. Es sollte eine Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes garantieren und dem innenpolitischen Reformdruck entgegenkommen, gleichzeitig aber der PZPR ihre Machtposition sichern. Der erste Präsident, General Wojciech Jaruzelski, wurde gemäß der Vereinbarungen des Runden Tisches vom Sejm und dem neu eingerichteten und frei gewählten Senat bestimmt. Er verfügte damit nur über eine schwache Legitimationsbasis.

Die Kompetenzen, insbesondere bei der Abgrenzung zur Regierung, wurden bewusst vage formuliert, um eine gewisse Flexibilität bei der Ausgestaltung der Institutionen zu ermöglichen. Der Präsident wurde zum höchsten Repräsentanten des polnischen Staates in inneren und äußeren Angelegenheiten, der über die Einhaltung der Verfassung und die Unverletzlichkeit des Territoriums wachte (Art. 32 RTV).¹⁷ Er hatte das alleinige Initiativrecht den Premierminister zu ernennen, dieser musste bei der Regierungsbildung den Präsidenten konsultieren. Weiter konnte das Parlament nach eigenem Ermessen auflösen, wenn es (1) den vorgeschlagenen Premierminister und dessen Regierung nach drei Monaten nicht bestätigte, (2) wenn der Sejm innerhalb von drei Monaten keinen Haushalt vorweisen konnte und (3) wenn der Sejm Gesetze verabschiedete, die die Erfüllung der präsidentiellen Pflichten unmöglich machten (Art. 30, Abs. 2 RTV).¹⁸

Darüber hinaus besaß der Präsident die alleinige Kompetenz den Verteidigungsfall und den nationalen Ausnahmezustand ausrufen. Durch ein Veto war es ihm möglich Gesetze an das Parlament zurückzuweisen, durch eine zwei Drittel Mehrheit konnte der Sejm wiederum das präsidentielle Veto überstimmen.

Die RTV ist als Logik der Machtteilung zwischen den alten Eliten und der Opposition zu verstehen, die in den institutionellen Regelungen ihren Niederschlag fand. Für die ersten freien Sejm-Wahlen sicherten sich die Kommunisten von vorn herein 65 Prozent der Sitze in Sejm und Senat, im Gegenzug wurden für die restlichen Sitze freie Wahlen ausgeschrieben, die, bis auf einen Sitz, die Opposition für sich entscheiden konnte. Damit war der Weg für eine weitere Konsolidierung der polnischen Verfassung frei.

In dieser ersten Phase der Demokratisierung besaß Polen ein starkes Präsidentenamt, das man, präsidentiell-parlamentarisch, als einen Untertyp des semi-präsidentiellen Systems bezeichnen kann. Die zurückhaltende Amtsführung des ersten Präsidenten Wojciech Jaruzelski nutzte diese Machfülle jedoch nicht voll aus, sodass die parlamentarischen Züge stärker hervortraten.

2. Die „Kleine Verfassung“ 1992

Erst in der „Kleinen Verfassung“¹⁹ (KV) vom 17. Oktober 1992 wurden die Kompetenzen des Präsidenten klarer formuliert. Diese zweite Etappe der Verfassungsgebung wurde durch den so genannten „Kontrakt-Sejm“ eingeleitet, der aus den ersten Wahlen im

¹⁷ Die zitierten Artikel der RTV stammen aus: Ziemer, Klaus/ Matthes, Claudia-Yvette: Das politische System Polens; in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2003, S. 185-237.

¹⁸ Rüb, Friedbert: Schach dem Parlament. Regierungssysteme und Staatspräsidenten in Demokratisierungsprozessen Osteuropas, Wiesbaden 2001, S. 180-182: diese Bestimmungen bezogen sich auf die internationalen und militärischen Pflichten im Warschauer Pakt und andere Verträge mit der UdSSR., in der KV spielten diese keine Rolle mehr.

¹⁹ Der Begriff Kleine Verfassung leitet sich von der Verfassung von 1919 her, die nur eine Seite füllte und ebenfalls als Provisorium diente; vgl.: Ziemer/Matthes (2003), S. 189.

Juni 1989 hervorgegangen war. Dieser hatte bereits am 29. Dezember 1989 eine Verfassungsnovelle verabschiedet, der die bis dahin festgeschriebene Vormachtstellung der PZPR aufhob und den Staat Polen in eine Republik (Rzeczpospolita Polska) umwandelte sowie seine Symbole änderte. Ferner wurden die Grundsätze des Pluralismus, des Konstitutionalismus und der Marktwirtschaft festgeschrieben (Art. 10-15 KV).²⁰

Der Präsident besaß weiterhin ein Initiativrecht bei der Ernennung des Premiers und der Minister, jetzt jedoch nur noch für die Minister für Inneres, Äußeres und Verteidigung²¹ sowie des Notenbankchefs (Art. 18, Abs. 3 und 4 KV). Ferner wurden ihm die Leitung der Innen- und Außenpolitik unterstellt (Art. 32 und 34 KV).²²

Die Ernennung des Premierministers pendelte von nun an zwischen dem Präsidenten und dem Sejm, wobei die letzte Entscheidungsinstanz nach wie vor beim Präsidenten lag. Verweigerte der Sejm dem vom Präsidenten vorgeschlagenen Premier das Vertrauen, konnte der Sejm einen eigenen Kandidaten aufstellen. Wurde dieser Kandidat wiederum vom Präsidenten abgelehnt musste der Präsident wiederum dem Sejm einen Kandidaten vorschlagen. Scheiterten diese Schritte, das heißt, bestätigte der Sejm den vorgeschlagenen Premierminister und dessen Regierung innerhalb von drei Monaten nicht und konnte der Sejm innerhalb dieses Zeitraums keinen Haushalt vorweisen, war der Präsident berechtigt das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben (Art. 57 bis 62 KV und Art. 64).²³

Der Präsident fungierte weiterhin als oberster Repräsentant Polens, wahrte die Einhaltung der Verfassung, die Souveränität und Sicherheit des Staates sowie die Unverletzlichkeit und Unabhängigkeit seines Gebietes (Art. 28 KV). Eine wichtige Kompetenz gegenüber dem Sejm war sein Recht Gesetzesinitiativen einzubringen (Art. 15, Abs. 1 KV). Umgekehrt hatte er ein Vetorecht bei vom Sejm vorgeschlagenen Gesetzesinitiativen. Das Veto musste vom Sejm mit zwei Drittel Mehrheit zurückgewiesen werden.²⁴

In der KV gab es durch die fehlenden Kompetenzerweiterungen des Verfassungsgerichts nach wie vor keine Instanz zur Konfliktregelung zwischen den Institutionen.²⁵

Insgesamt bedeutete die KV eine Schwächung des Präsidentenamtes wobei sie als Produkt der politischen Anpassungs- und Lernprozesse zu verstehen ist. Die institutionelle Ausgestaltung der Ämter versuchte die Effektivität des Regierungssystems zu verbessern. Die Machtverteilung zwischen dem Präsidenten und dem Parlament mit der Regierung wurde zu Gunsten letzterer gestärkt, jedoch besaß das Präsidentenamt immer noch große Kompetenzen und wird deshalb nach wie vor als präsidientell-parlamentarisch bezeichnet.

²⁰ Maćków, Jerzy: Verfassungsnorm und – Praxis in der polnischen Verfassungsgebung 1989 bis 1997: das Ende einer Asymmetrie, in: ZfParl Nr. 4 (1998), S. 660-675.

²¹ Es ist umstritten, ob diese Befugnisse von Lech Wałęsa so ausgelegt wurden oder ob der Premier in der Pflicht stand den Präsidenten bei der Auswahl lediglich zu konsultieren; Furtak, Robert K.: Zum Verhältnis von Staatspräsident und Regierung in Polen, in: Luchterhand (2002) S. 146.

²² Die Artikel der KV sind zitiert nach: Maćków (1998) und Furtak (2001), S. 144-149.

²³ Vgl.: Furtak (2002), S. 144-158.

²⁴ Vgl.: Widmaier/Gawrich/Becker (1999), S. 121-124; Ziemer/Matthes (2003), S. 188; Furtak (2002), S. 144-149.

²⁵ Ziemer/Matthes (2003), S. 189.

Der Präsident im Zeitraum der KV war der durch seine extensive Amtsausübung auffallende Lech Wałęsa. Die Art und Weise seiner Interpretation der KV hatte Einfluss auf den Inhalt der Neuen Verfassung und führte zu weitreichenden Änderungen in der Kompetenzverteilung zwischen Präsident und Sejm.²⁶

3. Die Neue Verfassung 1997

Die neue polnische Verfassung (NV) wurde am 2. April 1997 durch den Sejm und den Senat verabschiedet und durch ein Referendum am 25. Mai 1997 bestätigt. In der KV wurden bereits die Weichen für die Erarbeitung der NV gelegt, die verschiedenen Verfassungsentwürfe verarbeitete der verfassungsgebende Ausschuss. Die Auslegung des Präsidentenamtes durch Wałęsa zwischen Dezember 1990 und November 1995 sowie die Diskussionen innerhalb der Parteien um Charakter und Inhalt beeinflussten die Entstehung der Verfassung maßgeblich.²⁷

Das Präsidentenamt wurde in der NV in seiner Funktion geschwächt, der Premier durch die ausdrückliche Leitung der Regierungsgeschäfte gestärkt und die Beziehung der beiden Ämter zueinander klarer formuliert. Die nach wie vor herausgehobene Stellung des Präsidenten wird auch in der NV deutlich. Er ist demnach „der oberste Vertreter der Republik Polen und der Hüter des Fortbestandes der staatlichen Ordnung“ (Art 126 Abs. 1 NV)²⁸, er „wacht über die Einhaltung der Verfassung, hütet die Souveränität und die Sicherheit des Staates sowie Integrität und Unteilbarkeit des Staatsgebietes“ (Abs.2 NV), weiter übt er „seine Aufgaben im Umfang und gemäß den in der Verfassung und Gesetzen bestimmten Grundsätzen aus“ (Abs.3 NV). Mit der Bindung des Präsidenten an Verfassung und Gesetz wird eine einseitige Machtüberschreitung, wie unter Wałęsa geschehen, verhindert, das Präsidentenamt also geschwächt, beziehungsweise stärker institutionell eingebunden.

Die Unklarheiten bei den Befugnissen innerhalb der Innen-, Außen und Sicherheitspolitik werden nun klar zu Gunsten des Ministerrats ausgelegt, das durch Lech Wałęsa so ausgelegte und beanspruchte Mitspracherecht in diesen Bereichen wird damit unmöglich gemacht: „Der Ministerrat leitet die Innen- und Außenpolitik der Republik Polen“ (Art. 146, Abs. 1 NV).

Die wichtigste Neuerung hinsichtlich der Einschränkung der Rechte des Präsidenten ist die Gegenzeichnungspflicht aller Akte des Präsidenten durch den Premierminister, der damit seine Position gegenüber dem Präsidenten erheblich stärken konnte (Art. 144 NV). Die 30 Ausnahmen sind klar geregelt.²⁹

Die Möglichkeiten des Präsidenten den Sejm aufzulösen bleiben erhalten: bei Nichtzustandekommen eines Haushaltes innerhalb von vier Monaten (Art. 225 NV) und bei fehlgeschlagener Regierungsbildung (Art. 155, Abs. 2 NV). In der KV *konnte* der Präsident das Parlament auflösen, in der NV *muss* er dies tun.

²⁶ Ausführlicher dazu Kapitel IV.

²⁷ So z.B. die Frage nach dem kirchlichen Bezug des Staates.

²⁸ Alle Zitate der NV aus: Die Verfassung der Republik Polen, deutsche Übersetzung, Warschau 1997.

²⁹ U.a. die Anordnung von Wahlen, Vorschlag einer Volksabstimmung, Berufung von Richtern und Mitgliedern des nationalen Sicherheitsrats.

Durch die Einführung des konstruktiven Misstrauensvotums konnte die Position des Premierministers weiter gestärkt werden, dadurch wird auch hier dem Präsidenten die Möglichkeit genommen, wie es in der KV noch möglich war, bei einem erfolgreichen Misstrauensvotum den Sejm aufzulösen, da direkt ein neuer Premierminister gewählt werden muss (Art. 158, Abs.1 NV).

Das auch in der NV wichtigste Instrument des Präsidenten ist seine Möglichkeit Gesetzesvorschläge des Sejms mit einem Veto zurückzuweisen. Er hat dabei die Wahl zwischen der Weiterleitung des Gesetzes an den Verfassungsgerichtshof zur Überprüfung der Verfassungskonformität oder der Zurückweisung an den Sejm. Dieser kann das Veto mit einer drei Fünftel Mehrheit zurückweisen, in der KV waren dies noch zwei Drittel, der Präsident ist daraufhin verpflichtet das Gesetz zu unterzeichnen (Art. 122 NV).

Den Kriegs- oder Ausnahmezustand kann der Präsident nur noch auf Antrag des Ministerrates und mit der Zustimmung des Sejms verhängen (Art. 229 bis 232 NV).³⁰

Das Parlament hat keine Möglichkeit den Präsidenten abzusetzen, die Ausnahme bildet ein Amtsenthebungsverfahren bei einer Straftat.

Die NV geht einen Schritt weiter auf das parlamentarisch-präsidentielle System zu, indem es die Kompetenzen des Präsidenten in den wichtigsten Punkten weiter beschneidet und alle vorherrschenden Missverständnisse ausräumt. Sie kann als das Ergebnis eines Lernprozesses gesehen werden, bei dem die konstitutionellen Grundregeln des politischen Prozesses zwischen den jeweiligen Ämtern noch umstritten und im Entstehen waren. Mit der NV wurde schließlich auch der Grundstein für den EU-Beitritt gelegt.

IV. Die Verfassungspraxis in Polen

Die jeweiligen Amtsinhaber prägten das Präsidentenamt auf eine bestimmte Weise, wodurch sie die institutionelle Ausgestaltung jeweils entscheidend beeinflussten.

1. Wojciech Jaruzelski (Juni 1989 bis Dez. 1990)

Die stark präsidentiell geprägte RTV bestand in der Ära Jaruzelski nur auf dem Papier. Die ersten (halb)freien Wahlen für den Sejm und den Senat brachten einen Erdrutschsieg des Post- Solidarność Lagers, das trotz der in der RTV festgeschriebenen Vormachtstellung der PZPR im Sejm alle Sitze bis auf einen im Senat und alle der ausgehandelten 35 Prozent der Sitze im Sejm gewinnen konnte.³¹

Somit entstand eine Situation in der der Sejm, und vor allem der Senat demokratisch legitimiert waren, der Präsident jedoch lediglich auf Grund der „Runden-Tisch-Vereinbarung“ ins Amt gekommen war und damit nur über eine schwache Legitimationsbasis verfügte. Die Situation verschärfte sich dadurch, dass die Vereinigte Bauernpartei (ZLS), der Polnische Katholisch-Soziale Verband (PZKS) und die Demokratische Partei (SD) zum Solidarność-Lager übergetreten waren und die Opposition damit eine faktische Mehrheit von 57 Prozent der Sitze besaß. Jaruzelski akzeptierte diese Situation

³⁰ Vgl.: Rüb (2001), S. 191f; Ziemer/Matthes (2003), S. 189-195; Furtak (2002), S. 147-149; Widmayer/Gawrich/Becker (1999), S. 121-124; in der politischen Praxis erweist sich auch die drei Fünftel Mehrheit als schwer zu überwindendes Hindernis.

³¹ Ziemer/ Matthes (2003), S. 193.

und machte von seinen verfassungsrechtlichen Kompetenzen kaum Gebrauch, sodass der erste nicht kommunistische Premierminister, Tadeusz Mazowiecki, von Jaruzelski bestätigt wurde.

Somit lässt sich in dieser ersten Phase von Juni 1989 bis Oktober 1991 in der Verfassungspraxis die Tendenz zu einem parlamentarischen System aufzeigen, obwohl die RTV ein starkes Präsidentenamt vorsah, dass in der Einteilung nach Shugart/Carey als präsidentiell-parlamentarisch einzuordnen ist.³² Dabei wird besonders deutlich, dass die Verfassungswirklichkeit die Verfassungsgebung stark beeinflusst hat.

2. Lech Wałęsa (Dez.1990 bis Nov. 1995)

Nachdem Lech Wałęsa bei den ersten freien Präsidentenwahlen im Dezember 1990 die Mehrheit erlangte, nutzte er diese Legitimationsbasis gegenüber dem durch halbfreie Wahlen zusammengesetzten Sejm. Er konnte seinen Kandidaten, Jan Krzysztof Bielecki, für das Ministerpräsidentenamt durchsetzen. Nach den ersten freien Sejmwahlen im Oktober 1991 trat ihm der neu legitimierte Sejm gegenüber. Wałęsa blieb auch nach den Wahlen in einer starken Position gegenüber dem, mit aus 29 Parteien zusammengesetzten, stark zersplitterten Sejm. Bei einer Wahlbeteiligung von nur 43 Prozent kam keine der Parteien über 14 Prozent der Stimmen im Parlament. Die Unklarheiten in der Runden-Tisch-Verfassung ergaben zusammen mit der Fraktionierung des Sejm eine instabile politische Lage, die in offenen Streitigkeiten und Schlagabtauschen zwischen Wałęsa, dem Sejm und zwischen den Parteien mit ihren brüchigen Fraktionen mündeten.³³ Den von Wałęsa vorgeschlagenen neuen Premier Bronislaw Geremek lehnte der Sejm ab, Wałęsa wiederum weigerte sich den Kandidaten des Sejm, Jan Olszewski, zu bestätigen.³⁴

Die Konflikte um Regierungsbildung und die Kompetenzstreitigkeiten zwischen Parlament und Präsident schwächten das Parlament und verzögerten eine demokratische Konsolidierung des polnischen Regierungssystems. Aus dieser Situation heraus entstand die nach wie vor unklare KV von 1992. Angesichts der Zersplitterung des Sejm kann die Annahme der KV mit einer Zweidrittel-Mehrheit nur aus der Sorge um eine weitere Ausweitung der präsidentialen Kompetenzen in der Verfassungspraxis erklärt werden.³⁵

Mit den Wahlen vom 19. September 1993 begann die erste „cohabitation à la polonaise“ (September 1993 bis November 1995). Die Konflikte zwischen dem Präsidenten und dem Sejm spitzten sich unter dieser Konstellation zu.³⁶ Wałęsa äußerte sich immer öfter negativ über die Verfassung, er forderte mehr Kompetenzen für sein Amt und war of-

³² Vgl.: Merkel (1996), S. 73-112; Shugart/Carey (1992), S. 23f.

³³ Insgesamt gab es unter Wałęsa sechs Premierminister, vgl.: Ziemer/Matthes (2003), S. 206.

³⁴ Rüb (2001), S. 213f.

³⁵ Maćków (1997), S. 667; in der KV war noch ein einfaches Misstrauensvotum vorgesehen, dass u.a. zum Sturz der Regierung Hanna Suchocka bei nur einer fehlenden Stimme führte. Der abwesende Minister erklärte sein Fernbleiben mit natürlichen Bedürfnissen.

³⁶ Durch die Einführung der 5% Klausel für Parteien und der 8% Hürde für Wahlkoalitionen kamen statt vormals 23 nur noch 7 Parteien in den Sejm, die Koalitionsfindung und die Regierungsbildung (Koalition zwischen SLD und PSL) wurde seitdem sehr viel leichter.

fenbar bereit für einen „Kampf am Rande des Gesetzes“, den er jedoch mit der Wahlniederlage 1995 verlor.³⁷

Das Präsidentenamt hatte sich unter Lech Wałęsa klar in eine präsidentiell-parlamentarische Richtung entwickelt, obwohl die KV faktisch eine Schwächung des Präsidentenamtes, insbesondere im Vergleich zur RTV vorgesehen hatte. Die extensive Auslegung der Unstimmigkeiten der RTV und der KV durch Wałęsa schaden dem Konsolidierungsprozess Polens. Je bedeutsamer die Rolle des Präsidenten bei der Regierungsbildung und bei der Bestimmung der Politik insgesamt war, desto wahrscheinlicher schien die Verabschiedung einer Verfassung, die auf die Präsidialdominanz hinauslaufen würde. Je wahrscheinlicher dies wiederum erschien, desto größer waren auch die Bemühungen der politischen Gegner, eine solche Verfassung zu verhindern.³⁸

3. Aleksander Kwaśniewski (ab Nov. 1995)

Die Niederlage Wałęsas gegen den SDS Herausforderer Aleksander Kwaśniewski bei den Präsidentschaftswahlen 1995 beendete die erste Phase der *Cohabitation*. Eine seiner ersten Amtshandlungen bestand in der Unterstützung eines Gesetzes zur Klärung der Stellung des Verteidigungsministers und des Generalstabs, das Wałęsa zuvor an den Verfassungsgerichtshof übergeben hatte, weil er darin eine Beschneidung seiner Befugnisse sah.³⁹

Bis zur Verabschiedung der NV im Mai 1997 übte Kwaśniewski sein Amt zunächst defensiv aus. Dadurch waren die institutionellen Konflikte, besonders unter den unklaren Verhältnissen der KV schwächer ausgeprägt.

Eine erneute Phase der *Cohabitation* läuteten die Wahlen vom September 1997 ein, aus der das Wahlbündnis Solidarność (AWS) und die liberale Freiheitsunion als Sieger hervorgingen.⁴⁰ Angesichts der stabilen Mehrheiten im Sejm beschränkte sich Kwaśniewski auf die in der NV vorgesehenen Kompetenzen. Während der kurzen Amtszeit unter der KV machte er sich bereits die Leitlinien der antizipierten Neuen Verfassung zu eigen, die am 25. Mai 1997 durch ein Referendum verabschiedet wurde. Sein Veto setzte Kwaśniewski nur bei für ihn wichtig erscheinenden Gesetzesvorschlägen des Sejm ein. So wies er ein Gesetz über die Entprivilegierung der Renten für bestimmte Berufsgruppen an den Sejm zurück und konnte es erfolgreich verhindern. Im November 1999 verhinderte der Präsident eine Reform des Einkommenssteuergesetzes, da es gegen den Verfassungsgrundsatz der sozialen Gerechtigkeit verstoßen habe.⁴¹

Die Präsidentschaftswahlen im Oktober 2000 brachten ihm eine stabile Mehrheit von 53,9 Prozent der Stimmen. Mit den Sejmwahlen am 23. September 2001 endete die *Co-*

³⁷ Die Formulierung stammt vom Chef der Kanzlei Wałęsas, Lech Falandysz, vgl.: Maćków (1997), S. 669; seine Kontakte zur Armee sieht Maćków als ein weiteres Anzeichen der Gefährdung der Demokratie, vgl.: Linz, Juan J.: Presidential or Parliamentary Democracy: Does it make a difference?, in: ders./Valenzuela, Arturo: The Failure of Presidential Democracy, Baltimore/London 1994, S. 57 f.; eine andere Eigenart Lech Wałęsas war sein Vorbild Józef Piłsudski, der 1926 mit einem Staatsstreich ein autoritäres Regime in Polen errichtet hatte, vgl.: Ziemer/Matthes (2003), S. 193f.

³⁸ Vgl.: Maćków (1997), S. 675.

³⁹ Vgl.: Furtak (2002), S. 155.

⁴⁰ Vgl.: Jäger Dabek, Brigitte: Polen. Ein Nachbarschaftskunde, Ausgabe der BPB, Bonn 2003, S. 62.

⁴¹ Vgl.: Furtak (2002), S. 156.

habitation, das Wahlbündnis von SLD und UP erreichte 41,04 Prozent der abgegebenen Stimmen, die Koalitionsvereinbarung zwischen SLD und PSL unter dem Premierminister Leszek Miller brachte die Mehrheit im Sejm.⁴²

Kwaśniewski gilt, vor allem im Vergleich zu Wałęsa, als „schwacher“ Präsident.⁴³ Sein Amtsverständnis war von Anfang an ein anderes, seine Einstellung gegenüber den Parteien im Parlament nicht von Misstrauen geprägt. Selbst in der Zeit der *Cohabitation* verstand er sich als ein vom Volk legitimierter Präsident, der aber den in der Verfassung vorgesehenen Aufgaben nachkam und diese nicht übermäßig strapazierte. Nicht zuletzt sein Einsatz für den NATO- und den EU-Beitritt verhalfen ihm zu hohem Ansehen. Sinnbildlich erreichte Wałęsa dagegen gerade noch 1 Prozent der Wählerstimmen bei den Präsidentschaftswahlen 2000, bei denen Kwaśniewski mit 53,9 Prozent der Stimmen wieder gewählt wurde.

Die Verfassung von 1997 trug zusammen mit der Amtsführung Kwaśniewskis zur Stabilisierung des parlamentarisch-präsidentiellen Regierungssystems Polens bei. Wiederum führte das Amtsverständnis des Präsidenten zu einer Stärkung des Parlaments, die Befürworter eines starken Präsidenten waren mit Wałęsa verstummt.

IV. Fazit

Die Konsolidierung des polnischen demokratischen Regierungssystem von 1989 bis 1997 und darüber hinaus bis zum Beitritt zur Europäischen Union 2004 veranschaulicht einen politischen Lernprozess der handelnden Akteure und deren institutioneller Konflikte.

Bei der Transformation des polnischen Regierungssystems von einem stark präsidentiell ausgelegten Regierungssystem zu einem parlamentarisch-präsidentiellen System innerhalb von nur einem Jahrzehnt waren die politischen Akteure stark gefordert. Die jeweiligen Präsidenten Jaruzelski, Wałęsa und Kwaśniewski und ihr Umgang mit der ihnen zugesprochenen, beziehungsweise der von ihnen beanspruchten Macht, trugen wesentlich zur Ausformung und Gestalt der heutigen Verfassung Polens bei.

Der Präsident der Runden Tisch Vereinbarung, Wojciech Jaruzelski, verstand seine Amt als eine Übergangslösung innerhalb der Demokratisierung des polnischen Regierungssystems. Seine außerordentlichen Kompetenzen setzte er nicht ein und vermied damit die Konfrontation mit der durch die Wähler unterstützten Opposition.

Lech Wałęsa nutzte die ihm durch die unklare Runde Tisch Verfassung und seine durch Direktwahlen erlangte Legitimationsbasis, um die präsidialen Kompetenzen beständig auszuweiten und den Konflikt mit dem Sejm zu suchen. Er verstand sich als „Retter des Vaterlandes“ wenn er in die Regierungsbildung eingriff oder sein Veto einlegte. Damit blockierte er nicht nur das sich erst in der Entwicklung befindende Regierungssystem, sondern schadete auch der weiteren Konsolidierung der Demokratie, ebenso wie dem Präsidentenamt. Unter seiner Amtszeit bekam das Regierungssystem einen stark präsi-

⁴² Vgl.: Wilkiewicz, Zbigniew: Die polnischen Parlamentswahlen 2001 und die EU-Erweiterung, in: Aktuelle Ostinformation, Nr. 1 (2002), S. 1-11.

⁴³ Vgl.: Rüb (2001), S. 329.

dentiellen Charakter bis hin zu einer Gefährdung des demokratischen Regierungssystems durch seine Äußerungen und seine Kontakte zur Armee.

Aleksander Kwaśniewski wiederum trat im Vergleich zu Wałęsa als ein schwacher Präsident auf, der den Konflikt mit dem Sejm, selbst in der Zeit der Cohabitation, mied. Dies nicht nur weil er durch die Neue Verfassung in seinen Kompetenzen eingeschränkt wurde und dies auch hinnahm, sondern auch, weil er ein anderes Verständnis von seiner Rolle als Staatspräsident hatte. Er akzeptierte die Regelungen der institutionellen Konfliktaustragung in der Verfassung und verhalf dem Präsidentenamt wieder zu Ansehen, was nicht zuletzt seine Wiederwahl zeigte.

Die institutionelle Festigung der parlamentarischen Spielregeln lässt sich an Hand der Verfassungsgebung von der Runden Tisch Verfassung mit ihrem „ausgehandelten Systemwechsel“, über die provisorische und von Lech Wałęsa bestimmte Kleine Verfassung bis zur heute maßgebenden Neuen Verfassung aufzeigen. Die Unstimmigkeiten und Überschneidungen der Kompetenzen zwischen Präsident und Sejm wurden sukzessive aufgelöst, sodass sich mit der Neuen Verfassung ein stabiles parlamentarisch-präsidentielles Regierungssystem eingestellt hat.

Trotz der positiven Entwicklung steht das polnische Regierungssystem auch mit der Neuen Verfassung vor Problemen, wie die Abstimmungsniederlage des von Aleksander Kwaśniewski vorgeschlagenen Premierministers Marek Belka im Sejm im Mai 2004 zeigt. Nachdem der Sejm die Frist zur Aufstellung eines eigenen Kandidaten verstreichen ließ sind Neuwahlen nicht mehr auszuschließen. In Warschau wird spekuliert, dass Kwaśniewski genau dies verhindern will, um 2005 Spitzenkandidat der SLD zu werden, die derzeit in einem Stimmungstief steckt.⁴⁴ Es bleibt abzuwarten wie das polnische Regierungssystem sich innerhalb der Europäischen Union weiterentwickeln wird.

V. Abkürzungsverzeichnis

AWS/AWSP	Wahlaktion Solidarność
KV	Kleine Verfassung 1992
NV	Neue Verfassung 1997
PSL	Polnische Bauernpartei
PZKS	Katholisch-Sozialer Verband Polen
PZPR	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
RTV	Runde Tisch Verfassung 1989
SD	Demokratische Partei Polen
SLD	Demokratische Linksallianz (2001: SLD-UP)
UP	Arbeitsunion
UWS	liberale Freiheitsunion
ZLS	Vereinigte Bauernpartei

⁴⁴ Vgl. Süddeutsche Zeitung Nr.113 (17. Mai 2004), S. 4 und 7; SZ Nr. 123: Urban, Thomas: Polens Fehlstart in die EU, S. 8

Helmut Skowronek

Zur Ausstellungseröffnung Oneg Schabbat am 09. 01. 2005 in Bielefeld

Meine Einführung besteht aus drei Teilen: Zuerst werde ich eine Charakterisierung des Archivs und seines Gründers Ringelblum geben. Dann werde ich den historischen und sozialen Kontext des Warschauer Ghettos und sein Schicksal von Herbst 1940 bis Mai 1943 beschreiben. Im letzten Teil möchte ich unter dem Titel „Erinnern als Aneignen“ versuchen die Frage zu beantworten, wo wir heute im kollektiven Erinnerungsprozess stehen.

Das Warschauer Ghettoarchiv 1940 - 1943

Das Geheimarchiv des Warschauer Ghettos (ARG = Archiwum Getta), nach seinem Begründer und Organisator auch Ringelblum-Archiv benannt, ist ein bedeutender Bestand des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau und gilt weltweit als die „wichtigste Sammlung von Archivalien zur Geschichte der Vernichtung des europäischen Judentums“ (Katalog S.7). 1999 hat die Unesco das Archiv in sein Verzeichnis „Memory of the World“ aufgenommen. In der Zeit seiner Entstehung wurde es mit der Bezeichnung Oneg Schabbat (Schabbat -Vergnügen) getarnt. Dieser Name geht auf eine Bewegung junger Juden in Palästina nach dem Ersten Weltkrieg zurück, die dem ausklingenden Ruhetag mit Singen und Gesprächen eine gewisse säkulare Weihe gaben.

Zwar sind auch Archive der Ghettos in Białystok und Łódź angelegt worden, aber die besondere Bedeutung des Warschauer Archivs unterstreichen drei Umstände:

Erstens hatte Warschau die größte Konzentration städtischer Juden, darunter viele in intellektuellen, künstlerischen und freien Berufen, die bevorzugt als Lieferanten von Berichten und anderen Archivmaterialien in Frage kamen. Zweitens spiegeln die Materialien die gesamte Entwicklung des Ghettos, mit der zunehmenden Verelendung seiner Bewohner von Herbst 1940 bis zur totalen Zerstörung im Mai 1943. Das Archiv fungierte zudem als Sammler von Nachrichten über Vernichtungsmaßnahmen, auch für andere Teile Polens, und als Übermittler dieser an die polnische Exilregierung und die Weltöffentlichkeit. Drittens wurden Materialien zu den unterschiedlichsten Aspekten des Ghettolebens gesammelt, von Bekanntmachungen der Besatzungsbehörden, religiösen Dokumenten, Berichten über besondere Vorgänge bis zu Untergrundzeitungen und Umfragedaten aus verschiedenen Ghettomilieus, so dass ein sehr konkretes Bild vom täglichen Überlebenskampf zu gewinnen ist. Auf den Ausstellungstafeln findet man Lebensmittelkarten, Schüleraufsätze zum Thema ‚Was wir auf der Straße sehen‘ oder Karten, die von Deportierten aus den Zügen geworfen wurden. Die Ausstellung kann natürlich die Fülle des Materials nur mit wenigen Beispielen belegen. „Keine sterbende jüdische Gemeinschaft hat gleichermaßen bewegende Spuren hinterlassen – weder in den Jahren der planmäßigen Vernichtung der europäischen Juden noch jemals zuvor.“ (Katalog, S.9)

Wie kaum ein anderer war der Historiker Emanuel Ringelblum auf diese Aufgabe vorbereitet. Er hatte 1932 mit der Arbeit „Die Juden in Warschau von den Anfängen bis 1527“ promoviert und später weitere Arbeiten zum Warschauer Judentum vorgelegt. Das umfassende Programm des Ghetto-Archivs wäre ohne seine frühe und inspirierende

Zusammenarbeit mit dem Jidischer Wisnschaftlecher Institut (YIVO) in Wilna/Litauen nicht denkbar. Diese Einrichtung war seit ihrer Entstehung der jüdischen Arbeiterbewegung verbunden; sie erforschte zunächst jiddische Sprache und Kultur und verpflichtete sich dabei einem interdisziplinären Ansatz, im Schnittfeld von Geschichte, Ethnographie, Soziologie und Ökonomie. Ringelblum gehörte auch zu den Begründern eines Filialunternehmens, nämlich der Warschauer Kommission für die Geschichte der Juden in Polen. Anfang 1943, wenige Wochen vor Beendigung der Arbeit am Archiv schrieb er: „Jeder Mitarbeiter von Oneg Schabbat wusste, dass seine Mühen und Qualen, seine harte Arbeit und sein Leid und schließlich der Einsatz seines Lebens beim Befördern der Materialien ... und zwar an jedem Tag, 24 Stunden lang, einer großen Idee dienen, und dass die Gesellschaft dies am Tag der Freiheit zu würdigen wissen und mit den höchsten Auszeichnungen belohnen würde, die einem freien Europa zu Gebote stehen.“ (Katalog, S.19) Gegründet hatte er das Archiv am 22. November 1940, also unmittelbar nach Errichtung des Ghettos. Nach knapp zwei Jahren, die Deportationen vor Augen, wurde eine erste Partie am 3. 8. 1942, in Blechkisten verpackt, auf dem Gelände einer Ghetto-Schule vergraben. Die zweite Partie folgte am selben Ort Ende Februar 1943. Nach dem Krieg wurde dieser Bestand aufgrund der Angaben des allein überlebenden Mitarbeiters Hersz Wasser, geborgen. Der dritte Teil, der die im Rest-Ghetto nach der Deportationswelle gesammelten Archivalien enthielt und erst in der Nacht vor dem Ghettoaufstand vergraben wurde, ist bisher nicht aufgefunden worden.

Emanuel Ringelblum war der Deportation durch rechtzeitige Flucht in ein Versteck außerhalb des Ghettos entkommen. Aus diesem Versteck kehrte er im April 1943 in das Restghetto zurück, wurde von der SS gefasst und im Lager Trawniki inhaftiert. Ein Offizier der polnischen Heimatarmee konnte ihn befreien und er kehrte wiederum in sein Warschauer Versteck, zu Frau und Sohn, zurück. Anfang 1944 wurde er auch dort aufgespürt. Die SS ermordete ihn zusammen mit seiner Familie und seinen polnischen Beschützern.

Zum Ghetto Warschau:

Man muss von vornherein wissen, dass Polen und Juden ein ähnliches Schicksal zuge-dacht war. Bevor die Endlösung Anfang 1942 beschlossen war, ging es um Dezimierung durch Erschießen, Krankheit, Hunger, und um Massendeportationen, in den zu erobern-den Osten, um Raum zu schaffen für die Expansion des germanischen Großreichs. „Eure Bedrohung war auch unsere Bedrohung. Die unsrige wurde nicht in einem solchen Ausmaß durchgeführt, die Zeit hat dazu nicht ausgereicht. Dieses furchtbare Opfer der Ausrottung habt ihr erbracht...“ so der polnische Papst Johannes Paul II. 1987. bei einem Treffen mit Vertretern des Judentums (Bartoszewski, 2000, S. 26).

Im Vorkriegspolen waren gut 10% der etwa 35 Mill. Einwohner Juden, in der Haupt-stadt Warschau machten sie mit knapp 400 000 sogar mehr als ein Viertel der Einwoh-nerschaft aus. Polen war also ein Kernland des europäischen Judentums; nirgendwo sonst lebten, prozentual wie absolut, seit Jahrhunderten so viele Juden. Man hat ge-schätzt, dass unter den 16 Mill. Juden der Welt jeder Zweite in erster, zweiter oder drit-ter Generation aus Polen stammt.

Die Warschauer Juden wohnten überwiegend westlich der Weichsel, in einem Gebiet der Nordstadt, das ab 1940 zu großen Teilen das von der SS errichtete Ghetto ausmachte. Das Viertel war besonders dicht bebaut, mit bescheidener Bausubstanz, engen Straßen, sozial und kulturell ziemlich homogen, mit Jiddisch als Umgangssprache. Von der Stadt außerhalb des Viertels sprach man als von „jene gasn“, die „dortigen Straßen“, d.h. dort, wo keine Juden wohnten (vgl. I.B. Singer). Natürlich wurden die Beziehungen mit der Außenwelt dichter, je weiter das XX. Jahrhundert fortschritt. Nicht wenige verließen täglich das Viertel, um ihrer Arbeit nachzugehen, und Polen kamen zum Einkauf bevorzugt in die belebte Karmelicka.

Nach dem Blitzsieg vom September 1939 wurde Polen zunächst, im Ribbentrop-Molotow-Pakt, zwischen Deutschland und der Sowjetunion aufgeteilt. Ab Juli 1941, nach dem Beginn des Russlandfeldzugs, war Polen wieder ungeteilt in deutscher Hand, und damit auch alle polnischen Juden.

Die Polen hatten zu dieser Zeit bereits erkannt, dass sie als Nation ausgelöscht werden sollten. Der deutsche „Generalplan Ost“ wurde ihnen zwar erst mit den Nürnberger Prozessen bekannt, aber seine tödliche Einleitung hatten sie seit Herbst 1939 erlebt. Der Generalplan sah vor, dass nach dem Endsieg die Grenze des Großdeutschen Reiches um 1.000 km ostwärts verschoben würde und dafür etwa 20 Mio. Polen nach Russland und Sibirien zu vertreiben seien. Nach dem Willen der nationalsozialistischen Führung waren alle Maßnahmen der Besatzer als Schritte zu diesem ultimativen Ziel zu verstehen. Einer der ersten Schritte war die Vertreibung der Polen aus den von Deutschland annektierten Gebieten (Ostoberschlesien, Pommern-Westpreußen, Wartheland). Und wenn Polen, nach einem Wort von Himmler, zu einem „führerlosen Arbeitsvolk“ werden sollte, musste es seiner Intelligenz beraubt werden. Das geschah dann auch konsequent. Von Herbst 1939 bis Herbst 1940 liefen systematische Aktionen zur Liquidierung der politischen und intellektuellen Eliten, teils nach Listen, die bereits Monate vor Kriegsbeginn gefertigt worden waren. Gymnasien und Universitäten wurden aufgehoben, vermeintlich für immer. Polnisches Kulturgut wurde systematisch zerstört, so z.B. die Bibliothek der Universität Posen. Terror war allgegenwärtig: Öffentliche Exekutionen auf Marktplätzen, kaum verborgene in den Wäldern bei Warschau und Tschenstochau, massenhafte Inhaftierungen, z.B. des gesamten Lehrkörpers der Krakauer Universität im KZ Sachsenhausen, die Errichtung des KZ Auschwitz im Juni 1940 für polnische politische Häftlinge und überfallartig durchgeführte Vertreibungsaktionen ließen keine Illusionen über die nationalsozialistischen Kriegsziele aufkommen. Die tödliche Bilanz am Ende der deutschen Okkupation: Polen hatte fast jeden vierten seiner Staatsbürger verloren, der relativ höchste nationale Blutzoll dieses Krieges (Długoborski 1986, Skowronek 2002 b).

Die polnischen Juden mögen sich 1940 noch der existentiellen Bedrohung weniger bewusst gewesen sein – hatten sie doch Jahrhunderte von Diskriminierung und Verfolgung überlebt. So war ihnen vielleicht verwehrt, die Vorzeichen der Vernichtung, vor allem die Konzentration der jüdischen Bevölkerung in geschlossenen Ghettos, frühzeitig zu lesen. In Warschau wurde das schon beschriebene Gebiet im Spätherbst 1940 isoliert und mit einer drei Meter hohen Mauer, angeblich der Seuchengefahr wegen, abgesperrt. Obschon die bald einsetzende Depravierung der Lebensbedingungen und die Verelen-

dung der Mehrheit der weniger wohlhabenden Juden bedrohlich wirken mussten, waren doch die meisten bereit, sich in die Situation zu schicken, weil, so glaubten sie, mit Anpassung das Überleben vieler gesichert werden könnte. Zudem hofften 1940 noch Juden wie Polen auf eine baldige Niederlage der Deutschen. Ende 1941, nachdem also die ostpolnischen Gebiete wieder von Deutschen besetzt waren, erreichten zwar erste Nachrichten über Massenerschießungen von Juden in ebendiesen Gebieten, sowie über die Einrichtung und den Betrieb des (ersten) Vernichtungslagers Chelmino (Kulmhof) das Ghetto, doch nur Wenige nahmen sie ernst. Marek Edelman, einer der zehn überlebenden Kämpfer aus dem Ghetto-Aufstand 1943, beschrieb 1945 diese Stimmung: „Das Warschauer Ghetto glaubte diesen Informationen nicht. ... Allein die organisierte Jugend, die das allmähliche Anwachsen des deutschen Terrors aufmerksam beobachtete, hielt diese Berichte für wahr, glaubte an die Tatsache dieser Vorgänge und beschloss, eine breite Propagandaaktion zur Aufklärung der Bevölkerung durchzuführen.“ (Bartoszewski 1983, S.24). Der Unglaube war möglicherweise auch eine Folge der Apathie, der zu dieser Zeit wohl schon viele Ghetto-Bewohner verfallen waren. Denn die Lebensverhältnisse wurden immer unerträglicher, auf Hunger- und Seuchentod geradezu angelegt – sozusagen eine Vorhölle der Vernichtungslager. 400 000 Menschen waren auf engem Raum zusammengepfercht, was bedeutete, dass pro ha. 1.110 Menschen lebten, im übrigen Stadtgebiet 70 pro ha. Die Zeitung einer polnischen Widerstandsgruppe widmete im Mai 1941 den Zuständen im Ghetto einen Leitartikel: „Das Abgeschnittensein von der Außenwelt machte die Zufuhr von Lebensmitteln unmöglich und erschwerte erheblich deren Schmuggel. ... Die Enge ist unvorstellbar. In einem Wohnraum leben durchschnittlich 6 Personen, manchmal jedoch bis zu 20... (Es) haben kaum zwischen 10 und 20% eine Beschäftigung in Läden oder Werkstätten ... Wenn man bedenkt, dass die Juden nur Brot auf Karten bekommen, und zwar 750 g. wöchentlich, und wenn man dazu noch das völlige Fehlen von Heizmaterial im Winter hinzunimmt – dann kann man sich die Entsetzlichkeit der Lage ... vorstellen.“ (Bartoszewski 1983, S. 20f.) Vor allem Tuberkulose breitete sich aus. Die Sterblichkeit stieg auf mehr als das Zehnfache der Vorkriegszahlen, insbesondere bei Kindern und alten Menschen. Insgesamt starben durch Hunger und Krankheit etwa 100.000 Ghetto-Bewohner. Fluchtversuche in eine illegale Existenz außerhalb des Ghettos nahmen zu. Viele Polen halfen dabei, obschon der Flüchtige wie der Fluchthelfer oder sonstige Unterstützer, laut einer Verordnung des Generalgouverneurs Hans Frank, mit dem Tode bedroht waren. Für die Erschießung konnte schon die Hingabe einer Scheibe Brot an einen Juden reichen. Dennoch riskierten es viele Polen, Ghettoflüchtlingen eine illegale Existenz auch über längere Zeit zu sichern. Zu den so geretteten Juden zählte u.a. Marcel Reich, heute Marcel Reich-Ranicki.

Die definitive Entscheidung über die sog. „Endlösung“ war am 20. Januar 1942 in der Wannsee-Konferenz gefallen. Entsprechend kursierten seit Sommer 1942 Gerüchte über die Liquidierung des Warschauer Ghettos. Am 22. Juli schließlich brachte eine Bekanntmachung des Judenrates Gewissheit. Warum ein „Judenrat“ in dieser autoritativen Stellung? In einer perfiden Strategie war allen Ghettos eine Selbstverwaltung auferlegt worden, die das leitende Organ Judenrat zur Unterzeichnung und Ausführung aller Anweisungen der deutschen Behörden zwang, auch der zur Deportation. So wurde auch der

jüdische Ordnungsdienst neben SS und Polizei in die Treibjagd auf täglich 6 bis 10 Tsd. Ghettobewohner einbezogen. Vom sog. Umschlagplatz – heute Gedenkstätte – wurden die Gejagten ins Vernichtungslager Treblinka deportiert, das eigens für die Warschauer Juden errichtet worden war. Der Vorsitzende des Judenrates, der Obmann des Judenrates, Adam Czerniawski, wusste aus dem Untergrund, dass Deportation in den Osten den Tod in Treblinka bedeutete, nahm sich am Tag nach der Bekanntmachung das Leben. Mitte September 1942 war das Warschauer Ghetto praktisch liquidiert. Offiziell verblieben von ursprünglich 400 Tsd. noch 35 Tsd. Juden, die in verschiedenen Funktionen für die Deutschen arbeiteten; sie hatten aber in den nächsten Monaten mit ihrer Deportation zu rechnen. Weitere 50 Tsd. Juden dürften sich zunächst innerhalb und außerhalb des Ghettos, verborgen gehalten haben. In einzelnen Gruppen der im Ghetto überlebenden Juden, insbesondere der Jungen zwischen 20 und 30, reifte der Entschluss, im Falle weiterer Deportations- und Mordaktionen bewaffneten Widerstand zu leisten. Arie Wilner, ein Mitglied der Ende 1942 entstandenen Kampforganisation ZOB, erklärte einem polnischen Vertrauten: „Wir wollen nicht unser Leben retten, Wir wissen, dass keiner von uns lebendig hier herauskommt, aber wir wollen die *menschliche Würde* retten.“ (Bartoszewski 1983, S.71f.). Am 19. April, dem Morgen nach dem Palmsonntag, brach der Aufstand los, nachdem mehrere Hundert SS-Leute unter dem Schutz von Panzerwagen in das Ghetto eingerückt waren, offenbar um die verbliebenen Juden zu deportieren. Der Kampf der weit unterlegenen jüdischen Kräfte dauerte bis zum 8. Mai 1943, als die SS den zentralen Bunker entdeckte. Zehn jüdischen Kämpfern gelang die Flucht aus dem Ghetto durch das Kanalsystem. Vom Ghetto blieben mitten in Warschau 400 ha. Trümmerwüste.

Erinnern als Aneignung. Wo stehen wir heute im kollektiven Prozess des Erinnerns?

Ihr, die ihr gesichert lebet
 In behaglicher Wohnung;
 Ihr, die ihr abends beim Heimkehren
 Warme Speise findet und vertraute Gesichter:
 Denket, ob dies ein Mann sei,
 Der schuftet im Schlamm,
 Der Frieden nicht kennt,
 Der kämpft um ein halbes Brot,
 Der stirbt auf ein Ja oder Nein.
 Denket, ob dies eine Frau sei,
 Die kein Haar mehr hat und keinen Namen,
 Die zum Erinnern keine Kraft mehr hat,
 Leer die Augen und kalt ihr Schoß,
 Wie im Winter die Kröte.
 Denket, dass solches gewesen.

Es sollen sein diese Worte in eurem
 Herzen.
 Ihr sollt über sie sinnen, wenn ihr
 sitzt
 in einem Hause, wenn ihr geht auf
 euren Wegen,
 wenn ihr euch niederlegt, und wenn
 ihr aufsteht;
 Ihr sollt sie einschärfen euren Kin-
 dern.
 Oder eure Wohnstatt soll zerbre-
 chen,
 Krankheit soll euch niederringen,
 eure Kinder sollen das Antlitz von
 euch wenden
 Primo Levi, 1946

Sind wir, nach 60 Jahren als Kinder und Enkel der Täter-, Mitläufer- und Zeugengeneration, nicht dazu verdammt, über der schieren Masse und Abstraktheit der Opferzahlen indifferent zu werden und schließlich zu vergessen? Getötet wurden mehr als zwölf Mil-

lionen Nicht-Kombattanten: die Juden Europas, Offiziere und Intelligenz Polens, russische Gefangene, Zwangsarbeiter, Sinti und Roma, Homosexuelle, Zeugen Jehovas, Kranke und Behinderte, politische Gegner, Systemkritiker und Mitglieder des Widerstands. Sich in das historisch ferne Grauen einzufühlen, übersteigt das nicht die Möglichkeiten der menschlichen Psyche? Fallen wir nicht, je mehr Zeit verstreicht, auf rituelle Gesten zurück? Wir können das Grauen nicht ungeschehen machen, wir müssen nicht, wie die Aufständischen des Warschauer Ghettos, die menschliche Würde mit der Waffe in der Hand verteidigen. ***Aber wir können und sollen menschliche Würde durch Erinnern verteidigen.*** „Im Blick auf Auschwitz“, schreibt der Theologe Johann Baptist Metz, „bleibt für mich ... die Frage, wie ein Grauen, das sich der historischen Anschauung immer wieder zu entziehen droht, gleichwohl im Gedächtnis behalten werden kann. Das gelingt vermutlich nur einer d.h. Geschichtsschreibung, die ihrerseits von einer anamnesticen Kultur (Erinnerungskultur) gestützt ist, die auch um jenes Vergessen weiß, das noch in jeder Vergegenständlichung herrscht. Diese anamnesticen Kultur könnte jene Abstraktion überwinden, die in der puren moralischen Entrüstungs- oder Betroffenheitsrhetorik im Umgang mit dem Holocaust steckt und der es allzumeist nur allzu schnell den großen Atem verschlägt.“ (Naumann, S.118) Wie weit sind wir vorangekommen in der Ausbildung jener Erinnerungskultur? Die moralische Entrüstung, von der Metz als unzureichend spricht, hatte und hat in dem Versuch, mit dem Dritten Reich und seinen Verbrechen ins Reine zu kommen, ihre unverzichtbare Funktion. Die Empörung wurde geradezu das Signum der zwei Jahrzehnte nach 1968. Die nach dieser Nachkriegs - Zäsur benannte Generation setzte sich ab und verweigerte sich einer Republik, die seit ihrer Gründung ihr Heil eher in Restauration, im Beschweigen der verheerenden Bilanz des Dritten Reiches, seiner Täter und Mitläufer suchte. Denn nachdem 1948 die Bundesrepublik aus den Händen der Siegermächte die staatliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus übernommen hatte, gaben Forderungen nach dem großen „Schlussstrich“ – Schluss mit der Entnazifizierung und den Kriegsverbrecherprozessen, Schluss mit der Umerziehung – den Ton an. Aber auf Dauer ist, wie wir nun aus der Erfahrung von fast 60 Jahren sagen können, das Heil nicht in mehr oder weniger schuldhaftem Beschweigen, Vergessen und Geschichtsflucht zu finden. So wie eine persönliche Existenz lebbarer und befreiter wird, wenn wir uns auch dunkler, schmerzhafter Erfahrungen erinnern, so ist auch die kollektive Existenz einer nationalen oder ethnischen Schicksalsgemeinschaft auf die Dauer darauf angewiesen, ihre historischen Lasten anzueignen und in die eigene Verantwortung zu übernehmen.

Es begann also 1948, psychologisch nicht unverständlich, mit einer Strategie der „Exterritorialisierung“ des Dritten Reichs und des Abschiebens von Verantwortung: es sei ein schicksalhaftes Verhängnis gewesen, hereingebrochen über Deutschland, deutschem Geist zutiefst fremd, Hitler war ein Wahnsinniger und seine Oligarchen abnorme Persönlichkeiten. Derartige Deutungen überlebten nicht lange die kritische Prüfung. Der psychiatrische Gutachter, der Eichmann während des Jerusalemer Prozesses untersucht hatte, befand ihn als normal – „normaler jedenfalls als ich es bin, nachdem ich ihn untersucht habe.“ (Arendt 1990, S.102) Ob an der Spitze oder in unteren Rängen, die Täter waren in einem klinisch-psychiatrischen Sinne weder krank noch auffällig (Hillberg, S.64). Je brüchiger also derartige Exkulpierungen und je unannehbarer das staatlich

sanktionierte Umdeuten wurde, umso mehr wuchs der moralisch motivierte Widerspruch: „Das moralisch Unerträgliche der Situation – wiedereingesetzte Richter, die sich erneut als Kommunistenfresser betätigten, hoch belastete „131er“, die mit skandalösem Erfolg auf „Wiedergutmachung“ bestanden, während Überlebende der „Endlösung“ mit Almosen abgespeist wurden, weil sie verlorenen Besitz nicht nachweisen konnten -, das alles hatte schon nach einem Jahrzehnt (seit Gründung der BRD), wenn auch nur langsam wachsend, Kritik hervorgerufen, und je länger sich nichts änderte, desto höher stiegen die Erwartungen.“ (Frei 2003, S.203) - und umso stärker die moralische Empörung der Nachkriegsgeneration der 68'er.

Die Welle kritischen Nachfragens nach 1968 hatte einige mutige Vorläufer: Über die „Endlösung“ informierte man sich etwa bei dem US-Autor Reitlinger (1953), ehe 1960 die erste umfangreiche Darstellung eines deutschen Historikers (W. Scheffler) erschien. Im Jahr zuvor hatten Westberliner Studenten in Karlsruhe, am Ort unserer höchsten Gerichte, eine Ausstellung über „Ungesühnte Nazi-Justiz“ veranstaltet, mit Dokumenten aus DDR-Archiven. Dieser Umstand trug den Studenten wütende Attacken ein; die änderten aber nichts an der Echtheit der Dokumente.

Judenretter kannte man lange nicht. Erst 1976 nahm die Bundesregierung offiziell Kenntnis von deren Existenz, fand aber nur wenige eines Verdienstordens für würdig. Oskar Schindler ging es eher schlimmer. 1983 übersetzte der C. Bertelsmann Verlag den kurz zuvor in den USA erschienenen romanhaften Bericht „Schindlers Liste“ von Keneally, hatte aber m. W. damit keinen Verkaufserfolg. Gut verkauft wurde erst in den 90'er Jahren die Taschenbuchausgabe, nachdem der Spielberg-Film „Schindlers Liste“ zum Kinohit geworden war.

Warum die wirksame Rezeption erst mit und nach dem Medium Film? Die von J.B. Metz angemahnte Entwicklung einer anamnesticen Kultur, gegen Geschichtsvergessenheit, braucht anschauliche Konkretion, emotionale Beteiligung und stellvertretendes Erleiden menschlicher Schicksale, wie sie das Medium Film, ein Roman, das persönliche Gespräch mit einem Betroffenen bieten, oder aber öffentliche Kontroversen, die in ihrem Verlauf individuelle oder Familienerinnerungen freilegen. Die amerikanische Holocaust-Serie, die zuerst nur in Dritten Programmen versteckt werden sollte, die Tagebücher des jüdischen Professors Klemperer, und die Walser-Bubis Debatte sind weitere Beispiele. Exemplarisch und nachhaltig hatten ab 1995 die sog. Wehrmachtsausstellungen, deren zweite Version hier 2002 gezeigt wurde, die gemeinten katalytischen Wirkungen. In den vier Bänden des Gästebuchs, das in der Bielefelder Ausstellung geführt wurde, finden sich Einträge älterer Besucher der Kriegsgeneration, die von quälenden Alpträumen, von der Last des selbstaufgelegten Schweigens sprechen, von Befreiung durch die Ausstellung; es gibt freilich auch Einträge, die Rechtfertigung und Aufrechterhaltung suchen (Skowronek 2002 a). Die nächsten Generationen, heute 60+, sprechen von der Sprachlosigkeit der Eltern, wenn es um Nazi-Zeit und Kriegsgeschehen ging (vgl. Bar-On 2003). Das Schweigen betraf offenbar bis ins letzte Jahrzehnt auch Schulen, so notieren die Enkelgenerationen. Die Ausstellungen präsentierten, wohlgemerkt, Fakten und Zusammenhänge, die von der Wissenschaft seit den 60'er Jahren recherchiert und publiziert worden waren, die aber erst nach der medialen Präsentation und daran sich entzündenden Kontroversen um Wahrheit oder Fälschung das öffentliche Bewusstsein

erreichten. „Die Besucher hatten das Gefühl, dass das, was in der Ausstellung zu sehen war, etwas mit ihnen zu tun hatte, unabhängig davon, ob sie der Ausstellung positiv oder negativ gegenüberstanden. Der Ausstellungsbesuch war für viele mit der Erfahrung verbunden, die schlimmsten Ahnungen und Phantasien bestätigt zu finden.“ (Jureit 2004, S.86)

Inzwischen hatte sich, etwa seit 1990, nicht ohne ursächlichen Zusammenhang mit dem Verfall des kommunistischen Blocks und der deutschen Vereinigung, eine neue Phase der erinnernden Vergegenwärtigung der Nazi-Zeit angekündigt. Die zweite Version der Ausstellung signalisierte selbst diesen Übergang. Sie wirkte – ohne die Grundthese des Vernichtungskrieges im Osten abzuschwächen - weniger missionarisch, informierte umfassender und kühler, und fokussierte mit dem Block „Handlungsspielräume“ die persönliche Verantwortung des Einzelnen, die auch in Extremsituation verpflichtet. Diese dritte Phase der Entwicklung unserer öffentlichen und privaten Erinnerungskultur nennt Jörn Rüsen „Historisierung und Aneignung“, d.h. wir übernehmen jene schwarze Zeit, von der wir uns bisher distanziert hatten: „Der wachsende Abstand zum Holocaust ... eröffnet nun die Chance, den mentalen Bruch zu schließen, der die Deutschen von heute von ihren Vätern und Großvätern .. trennt. Die Täter des Holocaust waren die *Anderen*. Aber diese Anderen waren zugleich diejenigen, die sich mit ihnen im Generationswechsel der deutschen Geschichte nicht (oder nur negativ) ins Benehmen setzen konnten.“ (Rüsen 2001, S.254) Aneignen heißt sich zu Eigen machen. Diese Chance wird paradigmatisch wahrgenommen von Enkeln oder Kindern, die Täterbiographien von Familienangehörigen recherchieren, zu Papier bringen und sich damit von quälenden Familienschatten befreien. Charakteristische Titel aus den letzten Jahren: „Meines Vaters Land“; „Schweigen die Väter, reden die Enkel“; „Am Beispiel meines Bruders“; „Unscharfe Bilder“. Demnächst werden wir die Filme „Der neunte Tag“ (Konflikt eines in Dachau inhaftierten Priesters) und „Napola“ sehen, letzterer produziert von einem Regisseur der Enkelgeneration. In der Recherche in das Leben eines nahen, „normalen“ Verwandten, von dessen Fleisch und Blut man ist, entdeckt man etwa, wo die erste, vielleicht unscheinbare Abweichung von einer humanen Verpflichtung lag, der dann - bis zu einem Punkt, wo keine Umkehr mehr möglich war - immer schwerwiegendere Kompromittierungen der eigenen Menschlichkeit und die rechtfertigende Dehumanisierung der rassistisch Minderwertigen und Ausgestoßenen folgten. Vielleicht war im konkreten Fall das erste Datum jener 1. April 1933, als der Boykott jüdischer Geschäfte inszeniert wurde und praktisch niemand der Nicht-Betroffenen protestierte. wo man es doch noch risikolos hätte tun können. Am Ende könnte für den Recherchierenden die Einsicht stehen, wie sie der Hitlerbiograph Kershaw formuliert hat: „Hitler hat uns auf schlimme Weise gezeigt, wozu wir Menschen fähig sind.“ Kaum vermeidbar dann die selbstkritische Frage: Wie hätte *ich* mich in ähnlicher Lage verhalten? – und nach Hitler wissen wir genauer, dass wir eine zweite, komplementäre Frage zu beantworten haben: Welche politischen und sozialen Institutionen haben wir zu pflegen und zu entwickeln, damit wir nicht unserer menschlichen Schwachheit verfallen? So sehen wir uns schließlich, ohne persönliche Verantwortung oder Schuld aufzuweichen, mit den „Anderen“, den Tätern in ein historisches „Wir“ eingebunden. Unüberbietbar prägnant hat das Klaus von Dohnanyi, Mitglied einer Familie, die im Dritten Reich Widerstand geleistet hat, in der

Walser – Bubis – Debatte ausgedrückt: „Wer in unseren Tagen zu diesem Land in seiner ganzen Tragik und mit seiner ganzen Geschichte wirklich gehören will, ... der muss sagen können: **Wir** haben den Rassismus zum Völkermord gemacht; **wir** haben den Holocaust begangen; **wir** haben den Vernichtungskrieg im Osten geführt.“ (Rüsen 2001, S. 257)

Sehen wir diese Ausstellung also, nach der Wehrmachtsausstellung, als einen weiteren Baustein in dem unabschließbaren Prozess des persönlichen und kollektiven Erinnerns – zum Nutzen unserer eigenen Menschlichkeit.

Literatur:

- Arendt, H 1990. Eichmann in Jerusalem. Leipzig.
- Bar-On, Dan, 2003. Die Last des Schweigens. Gespräche mit Kindern von NS-Tätern. Hamburg.
- Bartoszewski, W. 1983. Das Warschauer Ghetto – wie es wirklich war. Frankfurt.
- Bartoszewski, W. 2000. Gemeinsam unter einem Himmel. In: Więż, Sonderausgabe Warschau.
- Frei, N. Hg. 2003. Hitlers Eliten nach 1945. München.
- Hillberg, R. 1992. Täter – Opfer – Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933-1945. Frankfurt/M.
- Jüdisches Historisches Institut, 2000. Katalog der Ausstellung „Oneg Schabbat“ Warschau.
- Jureit, U. 2004. Zeigen heißt Verschweigen. Mittelweg 36, 13, Nr. 1.
- Keneally, 1983. Th. Schindlers Liste. München.
- Naumann, Michael. 2001. Die schönste Form der Freiheit. Berlin.
- Rüsen, J. 2001. Holocaust, Erinnerung, Identität. In: Welzer, H. Hg. Das soziale Gedächtnis. Hamburg, S.243-259.
- Skowronek, H. 2002 (a) Praktizierte Aufklärung nach langem Beschweigen der Vergangenheit. Bielefelder Universitätszeitung , 28. 5.
- Skowronek, H. 2002 (b) „Gedächtnislöcher“ im deutsch-polnischen Verhältnis. Die nationalsozialistische Hochschulpolitik im besetzten Polen. In Pysz, P. Hg. Auf dem Wege zu Gesamteuropa. Dortmund. S.306-331.

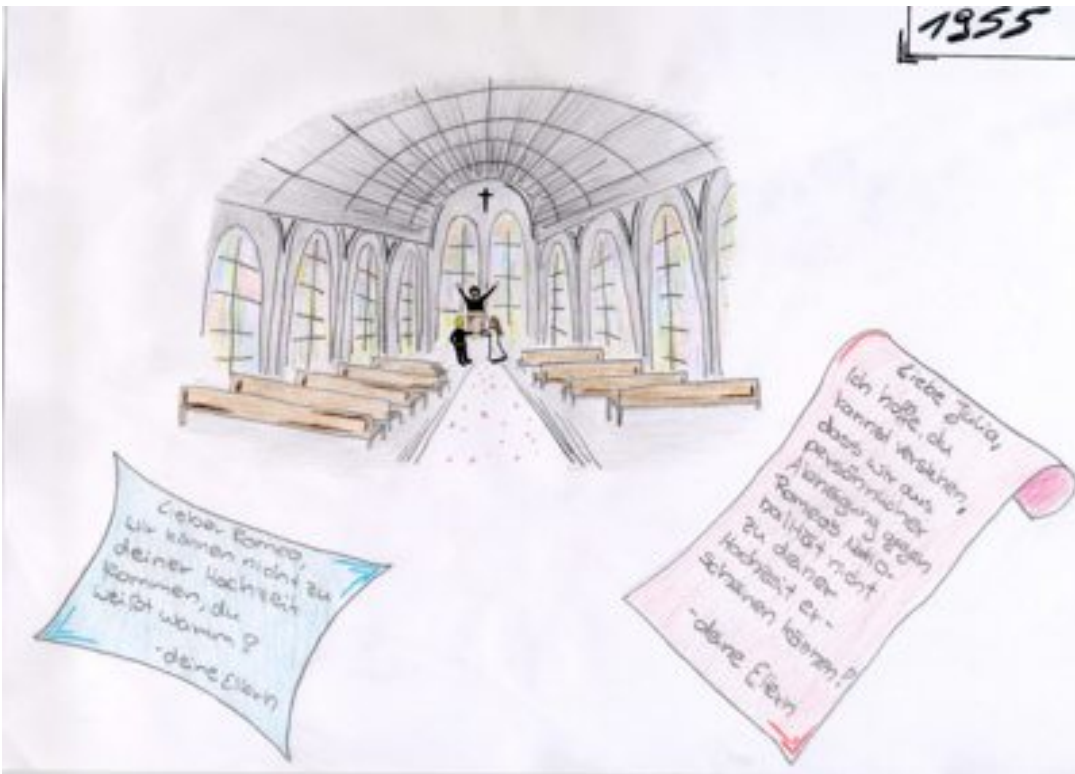
O-Ton

*Zwei Häuser in Verona, würdevoll,
Wohin als Szene unser Spiel euch bannt,
Erwecken neuen Streit aus altem Groll,
Und Bürgerblut befleckt die Bürgerhand.
Aus beider Feinde unheilvollem Schoß
Entspringt ein Liebespaar, unsternbedroht,
Und es begräbt – ein jämmerliches Los –
Der Väter langgehegten Streit ihr Tod.
(William Shakespeare, Romeo und Julia)*

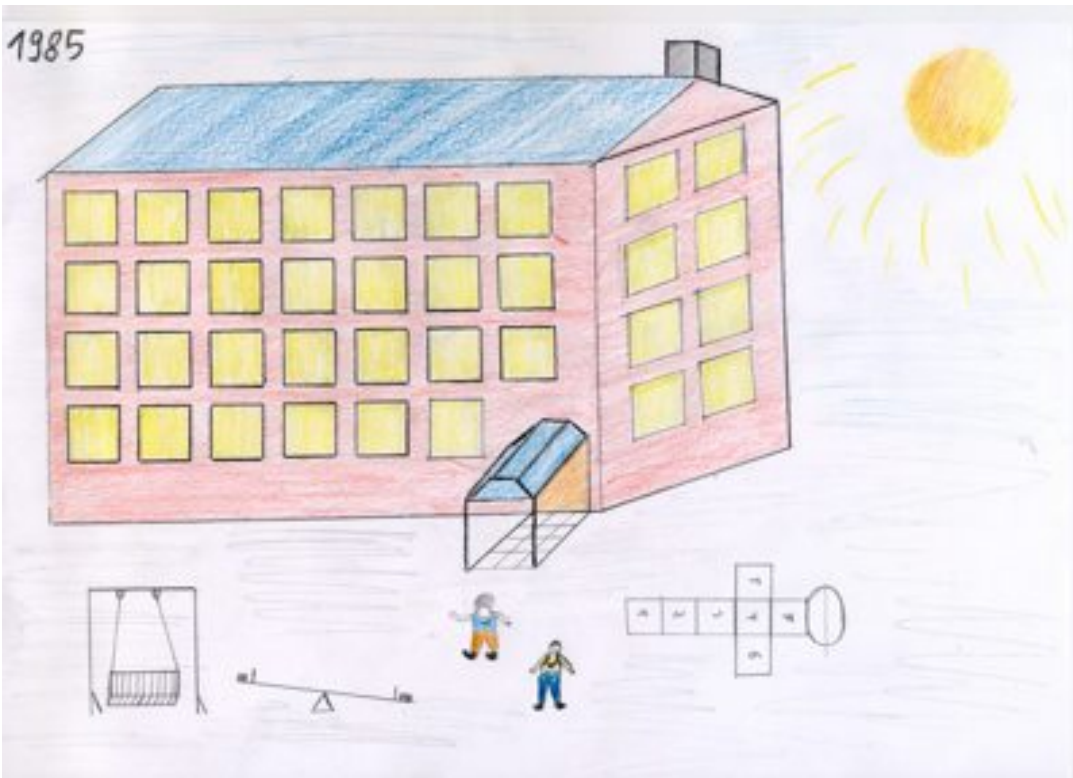
Romeo & Julia – Deutschland und Polen gestern heute und morgen

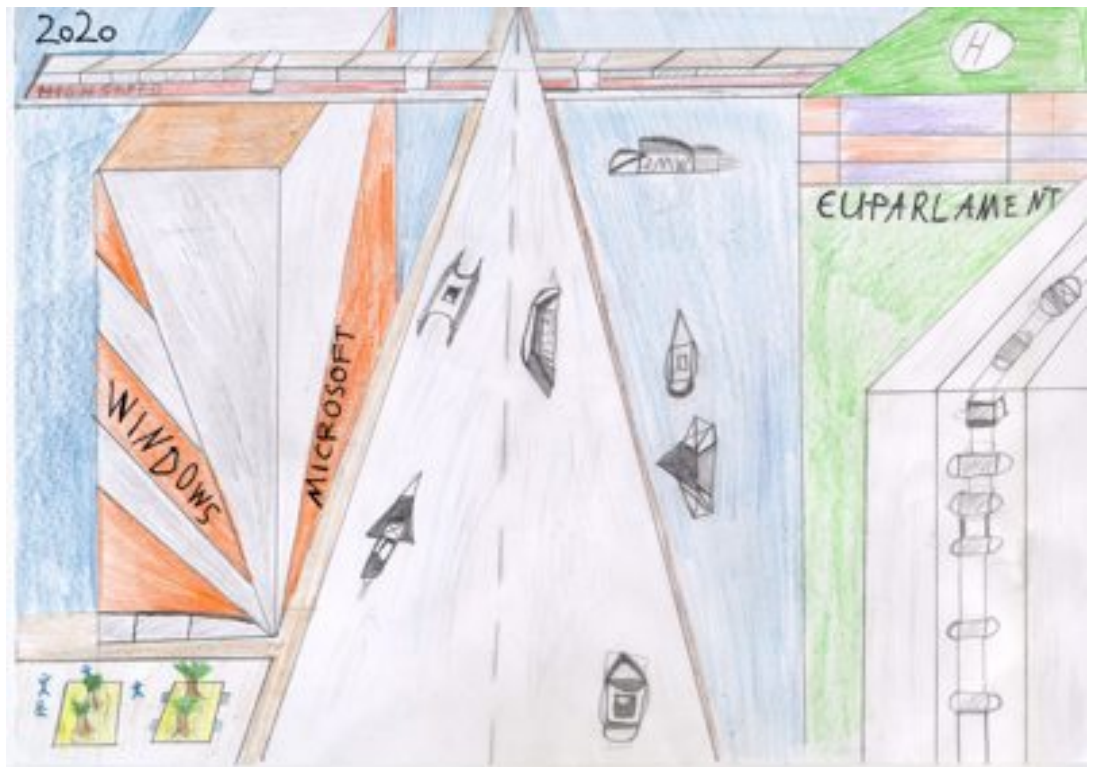
Die folgenden Zeichnungen sind das Ergebnis eines Kreativ-Workshops, entstanden im Rahmen eines Jugendseminars mit polnischen und deutschen Teilnehmenden aus Lubartów und Magdeburg im Dezember 2004. Inspiriert wurden die Jugendlichen durch den polnischen Film „Uprowadzenie Agaty / Die Entführung der Agata“, der in Anlehnung an Shakespeare's Tragödie die Geschichte eines jungen Liebespaares im Polen der 1990er Jahre nachzeichnet. Die Jugendlichen wagen dabei nicht nur einen Blick ins Gestern und Heute, sondern auch in die (gemeinsame?) Zukunft in Europa.











Berichte

Manfred Sellmayer

Multiplikatorenseminar beim Gesamteuropäischen Studienwerk in Vlotho vom 17. bis 19.12.2004 zur Theorie, Praxis und Umsetzung deutsch-polnischer Begegnungsseminare

Teilnehmer aus den verschiedensten Bereichen schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit waren der Einladung zu diesem vom DPJW Warschau und GESW Vlotho organisierten Seminar gefolgt. Teilnehmer auch mit den unterschiedlichsten Voraussetzungen: Leiterinnen und Leiter mit langjährigen Erfahrungen im deutsch-polnischen Jugendaustausch waren ebenso gekommen wie junge Lehrerinnen und Lehrer, die gerade erst einen Schüleraustausch an ihrer Schule aufbauen wollen. Einig waren sich alle in dem Interesse, in der Vorstellung von Methoden und Techniken bei interkulturellen Begegnungen und im Erfahrungsaustausch möglichst viele neue Informationen zu erhalten, die für die Praxis des deutsch-polnischen Jugend- und Schüleraustauschs konkret anwendbar sind.

Schon ein Blick auf die Programmgestaltung zeigt die betont praxisnahe Ausrichtung dieses fast dreitägigen Seminars: Nach der interaktiven Seminareinleitung durch Dr. Zbigniew Wilkiewicz zur Frage der „Deutsch-polnischen Stereotypen und Vorurteile in der Karikatur“ erklärte Jörg Stemmer anhand von konkreten Beispielen aus der politischen Jugendbildung „Durchführung und Wirkung von Integrationsspielen bei deutsch-polnischen Jugendbegegnungen“. Weitere Schwerpunkte lagen dann in dem Vortrag von Dr. Gerhard Schüsselbauer zu den „Inhalten und Rahmenbedingungen deutsch-polnischer Begegnungsseminare“ und in Bernd Stegmanns Referat zur „Europäischen Dimension deutsch-polnischer Begegnungsseminare.“ Schon bei diesen Themen erhielten die Teilnehmer eine Fülle nützlicher Hinweise für deutsch-polnische Jugendbegegnungen: „Ice-breaking-activities“ unterschiedlichster Art in Form von spielerischen Begegnungen in der Gruppe und ein gezielter jugendgemäßer Informationserwerb und -austausch wie beim „Lernzirkel Europa“ oder bei einem kreativ gestalteten „Zukunftsszenario Europa“, dessen Ergebnisse im Internet kommuniziert werden können, sind hier nur einige „Schlaglichter“.

Der Hauptschwerpunkt der inhaltlichen Arbeit lag dann in vier Workshops, die ganz konkret auf die gegenseitige Information über bewährte Maßnahmen und neue Ideen zur Austauschgestaltung abzielten. Besonderes Gewicht wurde hierbei auf die Frage der Motivation der Austauschteilnehmer zu gemeinsamen Aktionen und zur Zusammenarbeit an selbst bestimmten Projekten gelegt. So wurden z. B. Projekte deutsch-polnischer Gemeinschaftsarbeit aus den Bereichen Umweltschutz, Politik - Gesellschaft - Geschichte, Kultur - Theater - Musik - Literatur, Sport und „Neue Medien“ vorgestellt und diskutiert.

Wie alle diese Aktionen unterstützt werden, erklärte anschließend Natalia Hoffmann vom DPJW aus Warschau. Fragen zur Antragsstellung und Finanzierung beim DPJW beantwortete sie ebenso wie Fragen zu neuen EU-Fördermöglichkeiten. Besonders wichtig waren hier auch ihre Hinweise zu dem neuen, im Januar 2005 gestarteten EU-Partnerschaftsprojekt „etwinning“ (www.etwinning.de) und zu dem vom 8.5.2005 bis zum 8.5.2006 datierten „Deutsch-Polnischem Jahr“.

Dass die Teilnehmer nach diesem Seminar beschlossen, auch weiterhin in Kontakt zu bleiben und ihre Erfahrungen miteinander auszutauschen, ist sicher nicht das schlechteste Ergebnis dieses Seminars, das einen hohen Grad von Informationsvermittlung mit einer sehr angenehmen Atmosphäre verband. Ein herzlicher Dank dafür an die Organisatoren!

Zbigniew Wilkiewicz

Sicherheitspolitische Chancen und Risiken der Europäischen Integration

1. Zielgruppe: Das Seminar wurde im Rahmen des Bildungsurlaubs mit Polizistinnen und Polizisten aus Hamburg und Bremen durchgeführt. Es handelte sich dabei um Teilnehmende, die den unterschiedlichsten Fachgebieten und Rängen angehörten und alle in der Deutschen Polizeigewerkschaft organisiert sind.

2. Lernziel: Die Teilnehmenden sollten mit den Folgen des Integrationsprozesses der EU aus sicherheitspolitischer, sozialer und wirtschaftlicher Sicht vertraut gemacht werden. Da die Osterweiterung der EU zum 1. Mai 2004 ganz aktuell war, stand die Beschäftigung mit Risiken und Chancen dieses Prozesses im Vordergrund. Aufgrund der starken Belastungen der EU-15 durch grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (Schleugungen, Geldfälschung, Kriminalität im www) ging es insbesondere darum, die Formen der Kooperation europäischer Behörden (EUROPOL, OLAF) zu erörtern. Dies diente ebenfalls dazu, bestehende (nationale) Vorurteilsstrukturen und Ängste zu relativieren, besonders im Hinblick auf eine verstärkte Arbeitsmigration nach Deutschland und in die EU-15. Schließlich ging es um die intensiv diskutierte Frage der zukünftigen Ausgestaltung europäischer Sicherheit im europäischen Verfassungsentwurf.

3. Inhalte und Methoden:

In der einleitenden Einheit „Europol - Die Europäische Polizeibehörde“ referierte Jörg Lauenroth von der Polizeigewerkschaft in Hamburg über die übernationale Arbeit von Europol, die organisierte Kriminalität sowie deren Bekämpfung auf europäischer Ebene. Der Referent berichtete zunächst über die Grundsätze dieser Kooperation und verdeutlichte, dass im Rahmen von Europol gegenseitig informiert und unterstützt werde, dass aber in den einzelnen EU-Staaten die nationalen Polizeien für die strafrechtliche Verfolgung von Straftätern zuständig seien. Anhand zweier Lehrfilme vom BKA wurde die Komplexität der Arbeit – angesichts einer global operierenden und organisierten Verbrechensszene veranschaulicht.. Anhand von Beispielen aus der poli-

zeilichen Praxis konnten die Seminarteilnehmer nachvollziehen, wie schon jetzt die Zusammenarbeit der Polizeibehörden in funktioniert und Europa immer weiter zusammenwächst. Es folgte eine lebhafte Diskussion, in der es in erster Linie um die Frage einen weiteren Verzahnung der Kooperation ging.

Herr Schmidt, international anerkannter Experte in Sachen Geldfälschung, stellte am nächsten Morgen mit Hilfe einer anschaulichen Power-Point-Präsentation vor, wie sich die international agierende Geldfälscherszene nach Einführung des Euro verändert hat und warum es mittlerweile immer schwieriger wird, das Aufkommen von Falschgeld, also dessen Herstellung und Verteilung, einzudämmen. Dabei wurde auch deutlich, dass ohne internationale polizeiliche Zusammenarbeit auf EU-Ebene kaum nachhaltige Erfolge zu erzielen sind. Die Osterweiterung der EU stelle in diesem Kontext eine besondere Herausforderung dar, da die Falschgeldströme in der Regel nicht mehr aus Süd- und Westeuropa (Italien, Frankreich), sondern aus Nordost- und Südosteuropa (Litauen, Bulgarien) kämen.

Im nächsten Vortrag beschäftigte sich Jörg Stemmer mit der Prävention illegaler Zugriffe im Internet. Den Teilnehmenden wurden die Fakten zur Nutzung der Internetdienste sowie die unterschiedliche Kriminalitätsformen im Netz vorgestellt, um dann die Möglichkeiten der illegalen Zugriffe zu erörtern. Mit Hilfe der Moderationsmethode wurden mit der Gruppe möglichen Lösungsansätze zur Prävention diskutiert.

In der sich am nächsten Morgen anschließenden Einheit über die zu erwartende Arbeitsmigration aus den neuen Beitrittsländern ging der Seminarleiter, Dr. Zbigniew Wilkiewicz, zunächst auf das Problem von Wanderungen ein, wobei er die gängigen Pull- und Push-Faktoren erläuterte. Dabei wurde deutlich, dass es sich um ein allgemeines, globales Problem handelt, das den ökonomischen und demografischen Asymmetrien zwischen West und Ost sowie Nord und Süd geschuldet ist. Europa und die EU bilden so betrachtet lediglich einen Teilausschnitt dieser weltweiten Prozesse. Auf Grundlage mehrerer ökonomischer Schätzungen des DIW und anderer Wirtschaftsinstitute wurde die Problematik einer möglichen Zuwanderung aus Ostmitteleuropa quantifiziert und auf ihr sehr wahrscheinliches, durchaus überschaubares Ausmaß reduziert. Demnach entsprechen die gerne vorgetragenen und wiederholten (populistischen) Krisenszenarien durchaus nicht der zu erwartenden Wirklichkeit. Zumal durch Übergangsfristen von sieben Jahren und durch eine restriktive Zuwanderungspolitik in Deutschland dafür gesorgt wird, dass es kaum zu ungesteuerter Zuwanderung kommen kann. Die Arbeit wurde am Nachmittag in vier Arbeitsgruppen vertieft, wobei Texte mit sich durchaus widersprechenden Grundaussagen bearbeitet und ebenso kontrovers diskutiert wurden.

In seinem Vortrag zum Thema „Wirtschaft und Kriminalität in Deutschland und in Europa heute“ gab der Referent, Dr. Gerhard Schüsselbauer, einen Überblick über die aktuelle wirtschaftliche Situation in Deutschland und in Europa und erläuterte den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Wirtschaftskriminalität. Dabei ging er auf solche Sachverhalte wie Schattenwirtschaft, Wirtschaftsdelikte wie Betrug, Unterschlagung, Bilanzfälschung, Korruption und Geldwäsche ein. Im Anschluss daran wurde in Workshops zu den Themen: Wirtschaftskriminalität - integrativer Bestandteil der Gesellschaft, Wirtschaftskriminalität in deutschen Unternehmen und ihre Wahrnehmung, Anti-Betrugsbehörde „OLAF“ auf EU-Ebene und Bekämpfung der

Wirtschaftskriminalität in der EU gearbeitet. Die lebhafte Diskussion ergab, dass die Meinungen über die Effizienz von „Olaf“ sehr geteilt sind, da die Ermittlungs- und Verfolgungsbehörden größte Probleme hätten, mit den global operierenden Wirtschaftskriminellen Schritt zu halten.

Zum Abschluss beschäftigte sich Bernd Stegmann mit der Frage der inneren und äußeren Sicherheit im EU-Verfassungsvertrag. Dabei referierte er die Entwicklungslinien der gemeinsamen Innen- und Justizpolitik (JI), der Gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).

Danach wurden anhand von Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln drei Arbeitsgruppen zu folgenden Themen gebildet:

1. *Gestern Kosovo, heute Kongo, morgen die ganze Welt? Braucht unsere offene Gesellschaft die GASP und die ESVP.*

2. Terrorismusbekämpfung versus Menschenrechte – Wann beschränkt Sicherheit unsere Freiheit?

3. Fußball-WM 2006 – Wie viel Sicherheit braucht die schönste Nebenbeschäftigung der Welt?

Auch wenn das Thema von den Teilnehmenden zum Teil als schwierig empfunden wurde – vor allem die Bestimmungen im EU-Verfassungsvertrag – beteiligten sie sich rege an der Diskussion. In den Beiträgen wurde neben der Wichtigkeit der Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Linie immer wieder betont, wie nötig eine solche Linie die persönliche Freiheit der Bürger sowohl in Europa als auch in möglichen Einsatzgebieten achten müsse.

Die schriftliche Auswertung des Seminars ergab, dass die Teilnehmenden sowohl die Referenten als auch die Methodenvielfalt (Vorträge, Power-Point-Präsentationen, Diskussionen, Lehrfilme, Folien und Workshops) positiv bewerteten. Zufrieden war man auch mit den unterschiedlichen Zugängen der einzelnen Referenten sowie mit den zur Verfügung gestellten Materialien.

4. Bemerkenswertes:

Die detaillierten Informationen über einzelne Sachgebiete sowie die EU- bezogene Entwicklungen haben sicherlich dafür gesorgt, dass die Teilnehmenden mit zahlreichen Zusatzinformationen versorgt wurden, andererseits führten sie sicherlich auch dazu, dass es differenzierteren Diskussions- und Meinungsbildungsprozessen kam. Angesichts des Berufsprofils der Teilnehmenden muss davon ausgegangen werden, dass es aufgrund der notwendigen und zunehmenden Internationalisierung sicherheitspolitischer Maßnahmen - sowohl in innen- als auch außenpolitischer Hinsicht – erhebliche Unsicherheiten und Vorbehalte gibt.

Anna Chmielak

(Hochschule für Finanzen und Management in Białystok)

Konferenz der Polnischen Ökonomischen Gesellschaft (PTE) „Die Rolle des Staates in der Wirtschaft und Gesellschaft“ am 5. April 2004 in Warschau

In den europäischen Transformationsländern wird gegenwärtig immer öfter und intensiver die Problematik des marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmens der Volkswirtschaft diskutiert. Der am 1. Mai dieses Jahres erfolgte EU-Beitritt der Mehrheit europäischer, postsozialistischer Länder gab diesen Diskussionen noch einen zusätzlichen Schub. Ein ordnungspolitisches Schlüsselproblem ist dabei zweifelsohne die Rolle des Staates. Dieses Thema griff die diesjährige Konferenz der Polnischen Ökonomischen Gesellschaft in Warschau auf. Neben führenden polnischen Ökonomen und Soziologen wurden zu dieser Veranstaltung auch Referenten aus Deutschland eingeladen.

Horst Friedrich Wünsche (Geschäftsführer der Ludwig-Erhard-Stiftung in Bonn) versuchte in seinem Vortrag die Frage nach der Rolle des Staates im Rahmen der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft zu beantworten. Diesbezügliche Überlegungen führten ihn zu den fundamentalen Prämissen des liberalen ökonomischen Denkens, das der Erhard'schen Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft zugrunde liegt. Nach Meinung des Referenten kann die Wirtschaftspolitik grundsätzlich konservativ auf die Bewahrung des status quo oder progressiv auf seine Veränderung ausgerichtet sein. Nach Auffassung der wahren Liberalen sollen nur selbstständige und souveräne Entscheidungen der Individuen in Betracht gezogen werden. Für Liberale gebe es konsequenterweise keine Wirtschaftspolitik, da der Lauf der Dinge in der Wirtschaft sich selbst überlassen werden solle. So betrachtet bildet der Liberalismus keine Grundlage für eine moderne liberale Wirtschaftspolitik. Die zeitgenössischen Liberalen akzeptieren diese Prämissen des Liberalismus nicht, weil sie punktuelle Interventionen des Staates in das Wirtschaftsleben zulassen. Zu den Folgen dieser Politik zählt unter anderem der Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie der inneren und äußeren Verschuldung, die Nichtauslastung eines Teils des vorhandenen volkswirtschaftlichen Produktionspotentials, die Mehrung sozialer Ungerechtigkeiten und schließlich die Verarmung einiger Bevölkerungsschichten. Nirgendwo gebe es eine konsequente liberale Wirtschaftspolitik. Überall gebe es Staatsinterventionen in das Marktgeschehen. Allgegenwärtig sind allerdings die Folgen des „unechten Liberalismus“ vor dem die „wahren“ Liberalen immer wieder warnten. Das Hauptproblem der Gegenwart sei das Fehlen von ordnungspolitischen Fundamenten für die Vorbereitung und Durchsetzung der Wirtschaftspolitik. Daraus zog der Referent die Schlussfolgerung, dass eine Rückkehr zu der auf echt liberalen Fundamenten entwickelten Erhard'schen Politik der Sozialen Marktwirtschaft wesentliches zur Lösung der gegenwärtigen Funktionsprobleme der marktwirtschaftlichen Ordnungen beitragen könnte.

Auf die Frage nach der Rolle des Staates in der ordoliberalen Konzeption der Wirtschaftspolitik ging in seinem Referat Piotr Pysz (Universität Oldenburg) ein. Der Vortragende wies darauf hin, dass die Nationalstaaten immer mehr die Fähigkeit verlieren, eine eigenständige Ordnungspolitik zu betreiben. Denn immer größer werde in diesem Bereich der Einfluss von externen Faktoren, den Ereignissen auf dem Weltmarkt, den Eingriffen internationaler Organisationen mit politischer Macht wie Europäische Union, Internationaler Währungsfonds oder übermächtiger internationaler Konzerne. Auf der internationalen Ebene entwickeln sich also spontan Elemente einer supranationalen Ordnung, die sich allerdings von dem ordoliberalen Leitbild einer Wettbewerbsordnung

immer weiter fortbewege. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, die Gestaltung der Wirtschaftsordnung von der Ebene der Nationalstaaten auf die internationale Ebene zu verlagern. Eine zumindest teilweise Verlagerung, der „Kompetenz der Kompetenz“, über die Staatsgrenzen hinaus werfe allerdings eine Menge nur schwer zu beantwortender Fragen auf. Welchen Umfang sollte eine international ausgerichtete Ordnungspolitik haben? Wer soll zum Subjekt dieser Politik werden? Mit welchen Methoden könnte diese Politik in der Wirtschaftspraxis umgesetzt werden? Von den Antworten auf diese Fragen hänge im wesentlichen ab, ob es gelingen kann, die ordoliberalen Konzeption der staatlichen Wirtschaftspolitik für die Schaffung eines internationalen Ordnungsrahmens wirksam einzusetzen. Von dem Erfolg einer solchen Politik sei wiederum abhängig, ob es gelingt, die traditionellen Werte des Ordoliberalismus, die Freiheit und Verantwortung des Individuums in Verbindung mit einem relativen materiellen Wohlstand, auch im 21. Jahrhundert aufrecht zu erhalten.

Zbigniew Wilkiewicz (Gesamteuropäisches Studienwerk in Vlotho) stellte die provozierende Frage, ob der deutsche (kooperative) Föderalismus und die Soziale Marktwirtschaft in der modernen Welt Auslaufmodelle seien, an den Anfang seines Vortrags. Der Referent gab einen Überblick über die in Deutschland seit etlichen Jahren diskutierte Frage nach der Reformierbarkeit des Föderalismus und der Sozialen Marktwirtschaft. Er stellte die These auf, dass beide Systeme auf den zentralen Begriffen der Solidarität und der Subsidiarität fußen und dass die unterschiedlichen Reformer (von den Sozialdemokraten bis hin zu den Liberalen) diesen Prinzipien verpflichtet sind. Die Ausführungen des Referenten führten schließlich zu der vorsichtig formulierten These, dass es sich bei beiden Ordnungssystemen durchaus nicht um Auslaufmodelle handeln müsse. Allerdings sei eine (in erster Linie quantitative, die Umverteilungssysteme betreffende) Anpassung an die Modalitäten der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts notwendig. Werde diese Voraussetzung durch einen möglichst zügigen Umbau des Sozialstaats sowie eine auf mehr wirtschaftliche und politische Effizienz zielende Reform des kooperativen Föderalismus geschaffen, so können beide in der Vergangenheit so erfolgreiche ordnungspolitischen Ansätze, die bei der Diskussion um die Finalität der EU weiterhin eine nicht unbedeutende Rolle spielen sollten, durchaus zukunftsträchtig bleiben.

Als Korreferent für die deutschen Gastvorträge trat der bekannte polnische Nationalökonom Tadeusz Kowalik auf. Kowalik wies mit Nachdruck auf die hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hin. Der Referent führte dies auf den Umstand zurück, dass der deutsche Staat in verhältnismäßig großem Umfang öffentliche Güter herstelle, die der Wirtschaft indirekt mehr Wettbewerbsstärke verleihen. Vor allem deshalb, weil das in Westeuropa dominierende Modell des Wohlfahrtsstaates den sozialen Frieden sichere. In Deutschland dominiere das westeuropäische Gesellschaftsmodell, obwohl sicherlich diskutabel sei, ob es zwischen Oder und Rhein wirklich eine Soziale Marktwirtschaft gebe? Zugleich stimmte Kowalik der These von Pysz zu, dass die zeitgenössischen Volkswirtschaften von der Existenz einer internationalen Wirtschaftsordnung immer noch sehr weit entfernt seien.

Der Präsident der Polnischen Ökonomischen Gesellschaft PTE, Zdzisław Sadowski, ging in seinem Referat von der These aus, dass der Staat für die Wirtschaft immer noch unentbehrlich sei. Die Begründung für die staatlichen Aufgaben ergebe sich aus dem offensichtlichen Marktversagen. Infolge von Fehlallokationen verursache der Markt Arbeitslosigkeit und vertiefe die sowieso schon immensen Einkommensunterschiede in der Gesellschaft. Der klassische Liberalismus passe also nicht in die Wirklichkeit der ersten Jahre des 21. Jahrhunderts. Man brauche dringend staatliche Unterstützung, um die vorhandenen Ressourcen rationeller zu nutzen (Allokation) und den ungerechtfertigten, zu großen Einkommensunterschieden entgegenzuwirken (Verteilung). Diese Probleme erzeuge der Markt allerdings immer wieder. Angemessene Institutionen sichern hingegen die Funktionsweise von Systemen des sozialen Ausgleichs und die Entwicklung der sozialen Funktionen des Staates. Die als Alternative zur Marktwirtschaft gedachte Zentralverwaltungswirtschaft habe sich im „Wettbewerb der Systeme“ freilich als ungeeignet erwiesen. Es bleibe also keine andere Möglichkeit als im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung nach Lösungen für die gravierenden sozialen und gesellschaftlichen Probleme zu suchen. Zu diesen Problemen zählte der Referent folgende:

- Ein Wirtschaftswachstum ohne Zunahme der Beschäftigung, was auf den technischen Fortschritt, die schnellen Entwicklung des Wissens und Humankapitals sowie eine schwache Expansion des Dienstleistungssektor zurückzuführen sei.
- Eine sich vertiefende Armut
- Das Altern der Gesellschaft.

Infolge dieser ambivalenten Entwicklungen wachse die Zahl von Personen, die zur Herstellung des Bruttoinlandsprodukts nichts beitragen, aber dennoch an seiner Verteilung beteiligt würden. Dies bedeute, dass die Wirtschaftspolitik der Gegenwart unter ganz anderen Bedingungen als in der Zeit von Ludwig Erhard tätig werden müsse. Das Wirtschaftswachstum reichte damals zur Lösung von sozialen Problemen aus, zur Zeit wirke dieser Mechanismus jedoch ganz anders. Es gebe zahlreiche gravierende Disproportionen, das Wachstum führe nicht zur Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung. Den steuerlichen Belastungen würden Grenzen gesetzt und die Erwerbstätigen seien nicht mehr imstande, die zahlreichen Rentner, Arbeitslosen und andere zu unterhalten. Zugleich werde deshalb die Umverteilung immer notwendiger, das Haushaltsdefizit erhöhe sich, überall werde nach Einsparmöglichkeiten bei den öffentlichen Ausgaben gesucht. Jede mögliche Lösung dieser Probleme werfe Zweifel auf und bringe unterschiedlichste Konsequenzen. Bei den sich ständig ändernden politischen Konstellationen bleibe die Wirksamkeit der Politik immer sehr begrenzt. Zur Verschärfung dieser Probleme hätten in Polen mehrere Jahre beigetragen, in denen eine monetaristische Konzeption der Wirtschaftspolitik verfolgt wurde.

Danach referierten folgende Hochschullehrer: Jolanta Supińska, Elżbieta Mączyńska, Hanna Godlewska, Sławomir Partycki und Jacek Brdulak. Sie griffen einzelne Aspekte der Rolle des Staates in der Volkswirtschaft auf. In der Diskussion wurde u. a. darauf hingewiesen, dass die Übernahme der Vorstellungen der westlicher Ökonomen über die Rolle des Staates in der Wirtschaft für die Transformationsländer nicht immer geeignet

sei. Für die Transformationsländer sei es eher notwendig, eine eigene Konzeption zu entwickeln (Barbara Polzakiewicz). Auch dürfe der Staat nicht nur im Interesse der mächtigsten wirtschaftlichen Gruppen und/oder Personen tätig werden, was bisher oft der Fall gewesen sei. Die Interessen der Mächtigen setzen sich immer wieder aus zweierlei Gründen durch. Erstens, weil das Verfahren zur Festlegung rechtlicher Regeln höchst undurchsichtig ist und zweitens, weil es zu wenig Kontrolle über die Staatsorgane gebe, deren Aufgabe es sei, Politik im Rahmen dieser Regel durchzusetzen. Weiter wurde ausgeführt, dass Markt und Staat eigentlich keine Gegensätze bilden. Es sei eher angebracht von der Existenz eines Staates oder „Nichtstaates“ als vom Gegensatz zwischen Staat und Markt zu sprechen. Der Staat bleibe auch in Zukunft unersetzbar und werde seine Funktionen erfüllen müssen, unabhängig davon, ob man damit die Soziale Marktwirtschaft oder den Ordoliberalismus meine. Mit diesem Bekenntnis zum Staat und seinen Aufgaben in der Wirtschaft gingen die Beratungen der Konferenz zu Ende.

Buchreport

Zbigniew Wilkiewicz

Peter Oliver Loew: Polen denkt Europa. Politische Texte aus zwei Jahrhunderten. Suhrkamp Verlag. Frankfurt a.M. 2004, 411 S.

Der vorliegende vierte Band aus der Reihe "Denken und Wissen. Eine Polnische Bibliothek" geht auf die Kooperation des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt mit dem Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien der Universität Breslau sowie dem Deutschen Historischen Institut Warschau und dem Institut für Europäische Geschichte in Mainz zurück. Finanzielle Unterstützung fand das Projekt bei der Otto-Wolff-Stiftung.

Neben der ausführlichen Einleitung des Herausgebers und dem nützlichen Anhang, in dem die Autoren der einzelnen Beiträge näher vorgestellt werden, besteht das Buch aus vier übergreifenden Kapiteln. In ihnen finden sich die Texte von insgesamt 33 mehr oder minder bekannten polnischen Kommentatoren, die der *conditio polacca* des 19. und 20. Jahrhunderts in ihrem Verhältnis zu Europa nachgehen. Außerdem wurden fünf weitere Artikel ohne Autorenangabe beigelegt. Angesichts dieser Fülle erweist sich die instruktive Hinführung von Peter Oliver Loew als notwendige Strukturierung einer komplexen Thematik. Zumal die hier dokumentierten Texte, die teilweise erstmalig in (durchweg ansprechender) deutscher Übersetzung veröffentlicht werden, in der Tat nur aus ihrer Zeit und ihrer Jeweiligkeit zu verstehen sind. Auch haben wir es mit unterschiedlichen intellektuellen und politischen Voraussetzungen und Ansätzen, mit sich deutlich unterscheidenden Stilen, Standorten und Temperamenten und somit auch verschiedenen Textsorten zu tun, die einen deskriptiven, selten analytischen, manchmal deklarativen, zuweilen auch propagandistischen Charakter aufweisen. Insofern erweist sich die in der Einleitung und im Anhang vorgenommene Verzeitung und Verortung dieser sorgfältig, wenn auch nicht repräsentativ ausgewählten Primärquellen als sinnvoll. Wir haben es also mit einer in Ansätzen systematisierten, chronologisch geordneten Anthologie zu tun, die mehr oder minder tiefe Einblicke in den polnischen Europadiskurs des 19. und 20. Jahrhunderts gewährt. Dies wird bereits durch die recht allgemein formulierten Kapitelüberschriften signalisiert, mit deren Hilfe der gesamte Textkorpus untergliedert wurde: „Welches Europa für Polen? Texte des 19. Jahrhunderts“, „Polen und der Westen: Nähe und Distanz (1910 bis 1939)“, „Traumwelt Europa (1942 bis 1989)“ sowie „Rückkehr nach Europa – Europa und die Folgen“.

Einem deutschen Leser dürften die Texte aus dem 19. Jahrhundert am wenigsten bekannt sein, zu denen unter anderem die in eine lange Reihe von Paragraphen gegliederten Entwürfe der beiden Gelehrten Józef Maria Hoene-Wroński („Die Universalgesellschaft, oder die Föderation der Staaten“) sowie Wojciech Bogumił Jastrzębski („Einige Ideen über das Gesetz, das ewigen Frieden in Europa stiftet“) gehören. Beide Schriften sind im frühen 19. Jahrhundert entstanden und spiegeln deutlich die Einflüsse des polnischen Messianismus und des deutschen Idealismus wider. Sie bleiben

abstrakt-abgehoben und gleichen modernen Verfassungsentwürfen, ohne eine entsprechende Systematik und Hierarchisierung aufzuweisen. Ähnlich aufgebaut ist der Text von Zygmunt Edwin Gordaszewski aus dem Jahre 1848, in dem zur „Allgemeinen Föderation der freien Staaten“ aufgerufen wird. Einem ganz anderen Ansatz folgt hingegen der einleitende Essay eines anonymen Autors „Über den Europäismus oder die Vereinigung der Völker Europas“, der 1838 in „Młoda Polska“ erschien und in dem völkerpsychologisch und organologisch argumentiert wird. Dem nicht existenten polnischen Staat schreibt der anonyme Autor dabei ganz in der Manier des polnischen Messianismus die „Bereitschaft zu selbstlosen Opfern“ zu, woraus er die Notwendigkeit der Wiederherstellung Polens ableitet. Ähnlich die Argumentation im Essay des polnischen Romantikers Zygmunt Krasiński „Polen in Europa“, in dem der Autor mahnend auf die Bedrohung Europas durch das (asiatische) Russland verweist. Polen müsse deshalb seine einstige Schutzfunktion zurückerhalten, was allerdings zur Voraussetzung habe, dass der mit „Blindheit geschlagene“ Westen seine Gleichgültigkeit gegenüber dem geteilten Staat überwinden müsse. Stefan E. Buszczyński fordert in dem in Paris 1867 veröffentlichten Aufsatz „La décadence de l’Europe“ die Einigung der freien und unabhängigen Nationen Europas auf der Grundlage eines entschiedenen Republikanismus. Dabei soll das System autonomer Einzelstaaten – ähnlich wie in den USA oder der Schweiz - mit dem Prinzip des Zentralismus gekoppelt werden.

Das zweite Kapitel „Polen und der Westen“ wird von dem Gedicht „Europa“ eingeleitet, das aus der Feder des berühmten Lyrikers Jarosław Iwazkiewicz stammt und 1931 veröffentlicht wurde. Darin schildert das lyrische Ich ein weltumspannendes Fernweh, das dann von einem starken Heimweh nach dem alten Kontinent und von der Rückkehr nach Europa abgelöst wird. Hieran schließt sich der 1910 erschienene Essay des bedeutenden Kultur- und Gesellschaftskritikers Stanisław Brzozowski an, in dem der Autor die Passivität der polnischen Gesellschaft im Vergleich mit den europäischen Entwicklungen anprangert. Charakteristisch für die polnische Gesellschaft seien Unreife, Willensschwäche und geistiger Verfall. Ohne grundlegende mentale Veränderungen könne es aber keine nur in Ansätzen gleichrangige Partnerschaft in und mit Europa geben. Eine ganz andere Tendenz verfolgt dagegen der während des Ersten Weltkriegs publizierte Text des namhaften Historikers Szymon Askenazy, in dem der Autor die historische Bedeutung Polens als Bindeglied zwischen Ost und West betont, mahnend auf das Vordringen Russlands nach Kerneuropa verweist und die „blinde Gleichgültigkeit“ Westeuropas gegenüber Polen sowie die „blinde Verbissenheit“ der Teilungsmächte kritisiert. Mit Hinweis auf die aktuelle Kriegslage des Jahres 1916 hebt Askenazy hervor, dass die polnische Frage wieder akut sei und die staatliche Restituierung Polens auf der Tagesordnung stehe. Geradezu einer Lobeshymne auf die polnische Rechts- und Verfassungsgeschichte kommt der 1917 veröffentlichte Beitrag Antoni Chołoniewskis gleich. Am Beispiel der Modernität des „Neminem captavimus“ (1430), des „Nihil novi“ (1525) sowie der Verfassung vom 3. Mai 1791 sucht der ganz in der Tradition der romantischen Geschichtsschreibung stehende Journalist nachzuweisen, dass Polen bis zu seinen Teilungen Europa verfassungsrechtlich „vorauseilte“. Hieraus leitet der Autor eine „moralische Überlegenheit“ der polnischen Staatlichkeit sowie die Notwendigkeit ihrer Wiederherstellung ab. Auch dieser appellative Text ist natürlich ein charakteristisches

Kind seiner Zeit. Der Historiker Stanisław Kutrzeba unterstreicht in seinem aus dem Jahr 1918 stammenden Essay indessen die Eigenart der polnischen Kultur in ihrem Verhältnis zum Westen und rekonstruiert hierbei das für das geteilte Polen besonders typische und kontrovers diskutierte Verhältnis von übernommenen und eigenständigen Kulturelementen. Hierbei verweist er – indem er vom damaligen mainstream abweicht – auf die Vorzüge der im Verhältnis zur europäischen Zivilisation jüngeren polnischen Kultur, auf ihre moralische Reinheit, Vitalität, Kraft und Lebensfreude.

Während in den zuletzt besprochenen Texten im Kontext mit dem Ersten Weltkrieg auf die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Wiederherstellung Polens hingewiesen wird, stammen die übrigen Texte dieses Kapitels aus der Zwischenkriegszeit, also aus einem Zeitraum, in dem der Traum von der staatlichen Unabhängigkeit zu einer mehr oder minder befriedigenden und akzeptierten Realität geworden war. Entsprechend unterschiedlich fallen auch die Desiderate der zu Worte kommenden Kommentatoren aus. So geißelt der Begründer und Hauptideologe der antideutsch und antisemitisch orientierten polnischen Nationaldemokraten Roman Dmowski in einem 1931 veröffentlichten Beitrag die „äffische Nachahmung“ Europas und fordert, Konsequenzen aus den Negativfolgen der Industrialisierung zu ziehen und nicht zum Spielball fremder Mächte (Freimaurer) zu werden. Ein Kontrastprogramm hierzu entwickelt der einst weltberühmte, in Polen geborene Geiger Bronisław Huberman, der sich seit den 20er Jahren für die Paneuropa-Idee einsetzte. In seiner 1932 publizierte Schrift spricht er sich gegen den Krieg, für die Abschaffung der Grenzen, gegen den Kommunismus und für ein einiges und freies „Vaterland Europa“ aus. Die enge Verbindung mit der europäischen Kultur und die Latinität Polens und der Polen rekonstruiert der populäre Literaturwissenschaftler, Übersetzer und Schriftsteller Jan Parandowski in seinem bekannten programmatischen Essay „Polen liegt am Mittelmeer“, das bezeichnender Weise im Schicksalsjahr 1939 erschien. Es ist erfreulich, dass dieser kulturhistorisch bedeutende Text nun auch in deutscher Übersetzung vorliegt. Angesichts der totalitären Bedrohungen aus dem Westen und dem Osten entwickelt der Publizist Aleksander Wojtecki in seinem ebenfalls 1939 veröffentlichten Desiderat eine Mitteleuropa-Konzeption, die auf der (überaus diskutablen) Ausgangsthese beruht, dass Mitteleuropa (unter Ausschluss Deutschlands) eine eigenständige geographische Einheit zwischen der Adria, der Ostsee und dem Schwarzen Meer bilde, und dass angesichts fundamentaler Gemeinsamkeiten und gemeinsamer Interessen eine enge Zusammenarbeit dieser Staaten anzustreben sei.

Das dritte Kapitel „Traumwelt Europa“ wird durch die Gedichte Czesław Miłosz (Notizbuch: Europa) und Krzysztof Jeżewskis (Europa) eingeleitet, in denen die Schrecken der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs und das Gefühl der Bedrohung (West)Europas nachhallen. Die beiden Texte stammen aus den Jahren 1952 und 1978 und bilden einen quasi retrospektiven Rahmen für die sich anschließenden Beiträge, die während des Zweiten Weltkriegs, unmittelbar danach und bis zum Wendejahr 1989 in Polen und im Exil publiziert wurden. So wird in mehreren kurzen (Untergrund)Schriften aus den Jahren 1942, 1944 und 1946 die Idee einer dezentralisierten europäischen Föderation lanciert, wobei es auch um das Konzept eines „Intermariums“ unter Ausschluss Deutschlands und der Sowjetunion und bei Einbeziehung der baltischen Staaten, Weißrusslands und der Ukraine sowie des Balkans und Griechenlands geht. Dabei handelt es

sich offensichtlich um die Wiederbelebung der auf Pilsudski zurückreichenden Föderalismuskonzeption, die von einem „Zwischeneuropa“ ausging und nach Ende des Zweiten Weltkriegs von dem Kreis um die später in Paris herausgegebene Monatsschrift „Kultura“ (Jerzy Giedroyć) propagiert wurde. Es darf deshalb nicht verwundern, dass diese Ansätze, die während der Okkupation Polens auch im sozialistischen und bürgerlichen Untergrund populär waren, von dem führenden Kommunisten Alfred Lampe als antisowjetisch und imperialistisch abgetan und entschieden abgelehnt wurden. An diese programmatisch-propagandistischen Kurzbeiträge schließen sich zwei längere Texte aus den Jahren 1946 und 1948 an, die eine grundverschiedene Gesamtaussage haben. Während der namhafte Soziologe Józef Chałasiński in seinem Essay gegen die Mythologisierung der polnischen Nationalkultur anschreibt und die unproduktive, auf Zerstreung beruhende polnische Hofkultur sowie die sich bis zu den polnischen Teilungen immer stärker abzeichnende wirtschaftliche und politische Rückständigkeit des Landes rekonstruiert, um auf der Gegenwartsebene des Jahres 1946 zum Ergebnis zu kommen, dass der Mythos von der Europäizität Polens die polnische Gesellschaft nicht von der Pflicht entheben könne, in realen Kategorien zu denken (also die politische Wirklichkeit nach 1945 anzuerkennen), prangert der im Exil forschende und publizierende Literatur- und Kulturwissenschaftler Tymon Terlecki die Sowjetisierung Polens an und spricht sich im Jahre 1948 für den westlichen Modus der europäischen Integration aus, wobei er die Vision eines mitteleuropäischen Bundes (als Sicherung gegen Deutschland) und eines gesamteuropäischen Bundes (als Sicherung gegen die UdSSR) entwickelt. Hierin spiegelt sich die Gespaltenheit des polnischen Europadiskurses wider, der sich bis zur Wende des Jahres 1989 sowohl in der Volksrepublik Polen (inklusive des politischen Untergrunds) als auch im politischen polnischen Exil mit seinen Zentren in Paris und London vollziehen sollte.

Der Europäizität der polnischen Literatur ist ein Beitrag des Schriftstellers Paweł Hertz gewidmet, in dem er für Polen ein beständiges Minderwertigkeitsgefühl diagnostiziert, das er auf den zivilisatorischen Entwicklungsrückstand des Landes zurückführt. Ein zusätzliches Handicap für die polnische Literatur im Verhältnis zur europäischen bilde die Tatsache, dass das polnische Volk über ein Jahrhundert lang keinen eigenen Staat besessen habe. Europäizität bedeute aber nichts anderes als mühselige Arbeit bei der Erschaffung neuer, eigener nationaler Werte. Insofern müsse sie selbstständig entwickelt werden, man könne sie nicht entleihen. Der bekannte Exilautor Aleksander Bregman konstatiert in seinem 1963 erschienenen Aufsatz, dass angesichts der bestehenden Machtverhältnisse und des andauernden Kalten Krieges das Ziel der in Freiheit lebenden Polen darin bestehen müsse, „die Türen offen zuhalten“ für die Beteiligung Polens am europäischen Einigungsprozess, sobald die Bedingungen dafür gegeben seien. Der regimekritische Schriftsteller und Komponist Stefan Kisielewski beklagt sich indessen in seinem 1979 veröffentlichten Text über die Gleichgültigkeit des Westens, für den Europa offensichtlich an der Elbe ende. Der Westen sei lediglich an Neutralität und Wohlstand interessiert, woraus der Autor vice versa ableitet, dass die Polen, „vielfach von Europa verraten oder einfach vergessen“, in erster Linie an sich selbst und die Sicherheit ihrer Westgrenze denken sollten. Für die Zukunft fordert der Autor aber ein „wahrhaft wiedergeborenes vereintes und freies Europa, das zumindest bis an die Me-

mel, den Bug oder den San reichen sollte. Ebenfalls im Jahre 1979 stellt der Publizist Zdzisław Najder in einem Dokument der Oppositionsgruppe „Polnische Unabhängigkeitsvereinigung“ fest, dass es nur ein geringes Interesse Europas an dem europäischen Polen gebe. Freilich kommt er zum Ergebnis, dass es trotz aller Enttäuschung über die Haltung des Westens für Polen keine nicht-europäische Zukunft geben könne. Allerdings seien jetzt schon intensive Informationsvermittlung und Schulung notwendig, um das extrem schwache Europabewusstsein der Polen zu stärken. Auch Marcin Król spricht sich in seinem 1979 verfassten Beitrag trotz aller Skepsis gegenüber dem satten und nur in wirtschaftlichen Kategorien handelnden Westeuropa dafür aus, möglichst enge Beziehungen zum „heutigen Rumpfeuropa“ zu knüpfen, und getreu der Devise „Aut Europa, aut nihil“ vom heutigen Europa zu lernen, über Politik zu denken und zu sprechen. Im Mai 1980 konstatiert ein anonym bleibender Autor in seiner Schrift „Polen in Europa“, dass die Polen gegenwärtig keine „echten Europäer“ seien, da Europa sich in erster Linie durch Bewegung von Gedanken, Waren und Menschen definiere. An diesem Austausch habe Polen aber seit 1945 eigentlich nicht teilgenommen. Der seit 1968 der Opposition zuzurechnende Schriftsteller Jacek Bocheński beschreibt in seinem 1988 publizierten, ironisch zugespitzten Text die tiefe Kluft zwischen West- und Osteuropäern, bezeichnet sich selbst als geduldigen Asiaten, ist allerdings fest davon überzeugt, dass die Teilung Europas überwunden werde, allein schon deshalb, weil derjenige Teil Europas, in dem er selbst lebt, allmählich zerfalle. In einem weiteren Beitrag aus dem Jahre 1989 kommt Marcin Król zum Ergebnis, dass Polen weder kulturell noch wirtschaftlich und zivilisatorisch der europäischen Norm entspreche. Deutlich werde dies am erschreckenden Niedergang des polnischen Literatur- und Geisteslebens, an der quasi provinziellen Selbstbezogenheit der Solidarność-Bewegung sowie an der Egozentrik des polnischen Katholizismus. Zwar sei noch nichts endgültig verloren, allerdings sei das Erreichen der europäischen Norm ein überaus mühseliger Prozess, der nichts mit „hübschen Symbolen“ und „leeren Worten“ zu tun habe.

Das vierte Kapitel „Rückkehr nach Europa“ wird von einem Gedicht des bedeutenden Lyrikers Jarosław M. Rymkiewicz („Der Bezirk“) eingeleitet, in dem die bevorstehende Öffnung und Modernisierung Polens sowie die damit verbundene innere Blockade des lyrischen Ichs thematisiert wird, das lieber in seinem eigenen beschaulichen Bezirk verweilen möchte als sich auf die bedrohliche Außenwelt einzulassen. In der Tat ein adäquates Motto für die sich anschließenden Texte, die aus der Feder prominenter Autoren stammen, die in ihren öffentlichen Funktionen nunmehr aktiv an der Integration Polens in die EU arbeiteten oder sich als EU-Gegner dem Beitritt widersetzen. Als zweiter Beitrag wird die am 30. Januar 1990 vor dem Europarat in Straßburg gehaltene Rede Tadeusz Mazowieckis wiedergegeben, in der der polnische Ministerpräsident auf die Europäizität Polens abhob, das Problem der endgültigen Anerkennung der polnischen Westgrenze ansprach und die Osterweiterung der EU für das Jahr 2000 ins Auge fasste. In diesem Kontext setzte Mazowiecki auf die Solidarität der EU und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die einzigartige Chance der Einigung Europas nicht verpasst werden dürfe. Als nächster Text wird der Wortlaut der Homilie wiedergegeben, die der Papst am 7. Juni 1991 unter dem Titel „Die Welt braucht ein erlöstes Europa“ während seiner vierten Polenreise auf dem Flughafen in Włocławek hielt. Indem er den Begriff

der Erlösung mit dem Prozess der Wiederherstellung von Werten gleichsetzt, verweist der Heilige Vater auf die tiefreichenden christlichen Wurzeln Europas, deren Stärke aus der Opferbereitschaft und dem Märtyrertum entschiedener Christen und verantwortungsbewusster Bürger fuße. In diesem Sinne sei auch der (zutiefst europäische) Märtyrertod der Priesters Jerzy Popiełuszko zu verstehen. Einen ganz anderen Zuschnitt hat der Essay des bekannten Historikers Jan Kieniewicz, in dem sich der Autor ausführlich mit der Randlage und Randständigkeit Polens im Verhältnis zu Europa beschäftigt und die Frage behandelt, welche Position Polen einst in Europa hatte und welche Rolle es im zukünftigen Europa spielen könne. Mit Hilfe dreier Kategorien (Existenz, Stand, Ort) kommt Kieniewicz in seinem 1991 veröffentlichten Artikel zum Ergebnis, dass Polen von jeher ein Raum der Öffnung (gerade nach Osten) gewesen ist und darin auch zukünftig seine „einzig wirklich europäische Rolle“ bestehen könne. Auch der katholische Publizist und Historiker Bohdan Cywiński fragt in seinem 1992 erschienenen Desiderat danach, was Polen dem heutigen Europa zu bieten habe. Dabei gibt er seiner Befürchtung Ausdruck, dass die Polen zwar auf europäische Weise konsumieren möchten, dass sie aber nicht in der gleichen Weise arbeiten wollen oder können. Füge man die gängigen Eigenstereotype über die Polen zusammen (Tapferkeit, Opferbereitschaft, Treue zum Katholizismus, Emotionalität) so ergebe sich hieraus ein romantisches, irritierendes, ja lächerliches Ganzes, das sich aber auch schon bewährt habe und als notwendig empfunden wurde. Die tief sitzende Unsicherheit führe dazu, dass man zuweilen übertrieben unterwürfig und zugleich aggressiv auftrete. Deshalb solle man in Polen nicht mehr aufdringlich danach fragen, inwieweit man europäisch sei, vielmehr sei die Frage aufzuwerfen, auf welche Art man europäisch sei, was man Europa Neues bringen und welche Aufgabe man dort erfüllen könne. Nach dieser nüchternen Analyse der polnischen Befindlichkeit im Jahre 1992 folgen zwei Beiträge ausgesprochener EU-Gegner (Jan Engelgard: „Ein Europa der freien Völker“; Jarosław Barski, Kazimierz Lipkowski: „Die Europäische Union ist Polens Untergang“), die 1995 und 1996 veröffentlicht wurden. In ihnen wird vor der Nivellierung zwischen den Völkern und Staaten gewarnt, auf die eigenen nationalen Interessen abgehoben, die Gefahr der Germanisierung von ganz Mitteleuropa beschworen und gegen Grenzöffnungen polemisiert. Kritisiert wird der für Europa typische Werteverlust, die abnehmende Rolle des Christentums, wiederholt betont wird die Gefahr einer deutschen Grenz- und Besitzrevision sowie der Drang nach ökonomischer Ausbeutung Polens. Es ist wichtig, dass diese beiden Pamphlete, in denen schlicht und holzschnittartig argumentiert wird, Eingang in die Anthologie gefunden haben, denn sie spiegeln durchaus die Vorstellungen und Ängste eines nicht unbedeutenden Teils der polnischen Gesellschaft wider. Der Ausgang der Wahlen zum EP in Polen belegt diesen Sachverhalt nachhaltig, gerade wenn man sich bewusst macht, dass unterschiedene EU-Gegner aus der „Liga polnischer Familien“ oder der „Samoobrona“ sehr respektable Ergebnisse erzielten und nun im EP vertreten sind. Einen geradezu konträren Standpunkt vertritt hingegen Bischof Tadeusz Pieronek in seinem 1997 publizierten Beitrag „Die Kirche für Europa“, indem er hervorhebt, dass die Einigung Europas nicht nur auf gegenseitigen Wirtschaftsinteressen beruhen könne, sondern ein wertegeliteter Prozess sei, und dass es auch für Polen keine Alternative zu dem vereinigten Europa gebe. Agnieszka Magdziak-Miszewska, Publizistin, Diplomatin und seit 2002 Generalkon-

sulin in New York, veröffentlichte 1998 ihren Artikel zur polnischen und europäischen Identität, in dem sie sich auch mit dem xenophoben und antisemitischen Erbe des polnischen Nationalismus beschäftigt, aber gleichzeitig betont, dass es ähnliche Entwicklungen auch in anderen europäischen Staaten gebe. Von Europa werde Polen deshalb nicht durch seine nationalen Traditionen getrennt, sondern durch die weiterhin anhaltenden negativen Prägungen, die das kommunistische System hinterlassen habe. Die Polonität stelle dann einen europäischen Wert dar, wenn man darunter die Fähigkeit zu Opfer und Treue, die Freiheitsliebe und die Bereitschaft zu heroischem Kampf und einfacher Arbeit verstehe. Diesem sehr positiv ausgelegten polnischen Eigenbild, einer etwas antiquierten Mischung aus romantischen und auf die Zeit der „organischen Arbeit“ zurückgehenden Versatzstücken polnischer Identität wird als dramatischer Schlussakkord ein weiterer Text von Marcin Król aus dem Jahre 2000 entgegengesetzt, in dem der Autor zu dem ernüchternden und skeptischen Ergebnis kommt, dass Europa Polen heute „eigentlich zu nichts benötige“. Im Unterschied dazu sei Europa für Polen aber überlebenswichtig: „Ob Polen zu Europa gehört (was heute heißt, zur Europäischen Union) ist für uns eine Frage auf Leben und Tod, für Europa jedoch nur ein Randproblem.“ (S. 381)

Besonders die Texte des vierten Kapitels sowie die aktuelle Situation in dem neuen EU-Mitglied Polen verdeutlichen, dass das ambivalente Verhältnis Polens zu Europa und zur EU, eine Mischung aus Verachtung und Bewunderung, die ganz offensichtlich auf ein tief sitzendes Gefühl der Minderwertigkeit zurückzuführen ist, eine durchgängige Konstante in dem hier rekonstruierten polnischen Europadiskurs darstellt. Dies ist ein Zeugnis für das Gefühl eines ewigen „Dazwischen“, einer paradoxen „nahen Ferne“, das nach den jüngsten Entwicklungen bestenfalls durch ein Gefühl peripherer Zugehörigkeit abgelöst werden kann. In der Tat zählt der werteorientierte Mythos der Europäizität in heutiger Zeit recht wenig, obschon der jüngst beschlossene europäische Verfassungsvertrag eine andere Sprache spricht, wodurch die durchgängige Dominanz wirtschaftlicher Fragestellungen etwas relativiert wird. Für Polen stehen allerdings keine hehren Europa-Diskurse, sondern die Mühen des EU-Alltags, mit all seinen bürokratischen Details und diplomatischen Fußschlingen, auf der Tagesordnung.

Unabhängig davon haben wir es bei „Polen denkt Europa“ mit einer sorgfältig edierten und lesenswerten Veröffentlichung zu tun, die sowohl Fachleuten als auch Laien uneingeschränkt empfohlen werden kann.

ZW

Rezensionen

Thomas Urban: Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert. Verlag C. H. Beck. München 2004, 223 S.



Nach eigener Aussage möchte Thomas Urban mit seinem Buch einen Beitrag zur deutsch-polnischen Debatte leisten, wie sie durch das vom Bund der Vertriebenen (BdV) geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ ausgelöst wurde und die seitdem die beiderseitigen Beziehungen merklich belastet hat. Er ist offenbar der Überzeugung, dass die Auseinandersetzung letztlich unbegründet ist und lediglich auf „Missverständnissen“ und „Unwissen“ (10) basiert. Zwar sei die deutsche kollektive Erinnerung an die Zeit des Zweiten Weltkriegs vor allem durch den Holocaust und den Russlandfeldzug bestimmt, so dass das Schicksal Polens weitgehend ausgespart bleibe, doch den Deutschen deswegen zu unterstellen, „sie wollten die deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg leugnen und die Vorgeschichte der Vertreibung ausklammern, nämlich den deutschen Besatzungsterror im Krieg, der auch die Vertreibung von Polen einschloss“, sei ein Vorwurf, den man höchstens gegen rechtsradikale Randgruppen erheben könne. (S. 10)

Der Autor sieht, anders als in Polen, in der jüngsten, gesellschaftlich breit geführten Debatte um einen durch Vertreibung und Bombenkrieg bedingten Opferstatus der Deutschen keinerlei Anzeichen eines deutschen Geschichtsrevisionismus.

Wem die deutsch-polnischen Beziehungen angesichts der gegenwärtigen Belastungen wirklich am Herzen liegen, der sollte die polnischen Bedenken gegen einen möglichen Wandel in der deutschen Gedächtniskultur allerdings nicht mit leichter Hand vom Tisch wischen, wie dies Urban im Vorwort seines Buches tut. Die Verschlechterung der beiderseitigen Beziehungen, die Janusz Reiter unlängst unter Hinweis auf die anhaltende Auseinandersetzung mit dem BdV und die Aktivitäten der „Preußischen Treuhand“ mit den Worten kommentierte, „Die Deutschen verstehen die Polen nicht mehr, und die Polen vertrauen den Deutschen nicht mehr“¹, dürfte kaum dadurch zu beheben sein, dass scheinbare „Missverständnisse“ ausgeräumt und angebliches „Nichtwissen“ durch Faktenkenntnis ersetzt werden. Daher erscheint es dem Rezensenten bereits vom Ansatz des Buches her fraglich, ob es tatsächlich zu leisten vermag, was es zu leisten vorgibt.

Seinem Untertitel gemäß beinhaltet der Band die Vertreibung von Deutschen und Polen im vergangenen Jahrhundert. Dabei greift der Autor bis auf den Bismarckschen Kulturkampf und die Germanisierungsbestrebungen in den preußischen Teilungsgebieten des 19. Jahrhunderts zurück und spannt den Bogen beiderseitiger Aussiedlungen und Vertreibungen über das nach dem Ersten Weltkrieg wieder erstandene Polen, die span-

¹ Vgl. Dialog 65 (2003/2004), S. 48-50.

nungsreiche Zeit der Weimarer Republik, die Verbrechen des NS-Regimes im okkupierten Polen, die mit Vertreibung von Deutschen und Ostpolen verbundene politische Neuordnung aufgrund der in Teheran, Jalta und Potsdam getroffenen Vereinbarungen der Siegermächte bis hin zur gegenwärtigen Vertreibungsdebatte. Es handelt sich um eine sehr gedrängte, für eine breite Leserschaft gedachte Darstellung, bei der Urban das historische Material publizistisch auswertet, dabei allerdings aus Quellen von höchst unterschiedlichem Gewicht und Stellenwert zitiert. Zudem nimmt der Autor für sich in Anspruch, die deutschen wie die polnischen Vertreibungsschicksale anhand von Fakten objektiv darzustellen und ihre unterschiedliche Interpretation jeweils kenntlich zu machen - eine Absicht, der er nur zum Teil nachkommt. In Anspielung auf das Vertreibungsschicksal seiner Familie und des seiner polnischen Frau erhofft er sich darüber hinaus, dass sein Buch auf Betroffene eine „therapeutische Wirkung“ ausübt. (S. 15)

Es ist leider eine immer wieder bestätigte Erfahrung, dass Aufklärung allein höchst selten wesentliche Einstellungsveränderungen bewirken. Wenn Thomas Urban beispielsweise davon ausgeht, dass in der deutschen Gedächtniskultur die am polnischen Volk während der Okkupation verübten Verbrechen kaum präsent sind, dann erklärt sich diese Ignoranz nicht daraus, dass über sie nichts zu erfahren wäre. An Informationen mangelt es wahrlich nicht. Gerade die Fülle des Materials verdeutlicht die Kluft, die sich zwischen ihr und ihrer geringen Relevanz für unsere Gedächtniskultur auftut. Die Ausweisung der Polen aus dem Warthegau (S. 52-68) und die Umsetzung der wahnwitzigen Idee eines NS-Musterbezirks im Lubliner Raum (S. 69-81), Aktionen, bei denen Tausende Polen ermordet und Hunderttausende vertrieben wurden, werden wohl auch nach der Lektüre dieses Buches weiterhin im deutschen historischen Bewusstsein kaum eine Rolle spielen. Es ist nun einmal so, dass wir Menschen normalerweise dazu neigen, das eigene Leid zu kultivieren und mit dem Finger auf andere zu zeigen, anstatt uns selbst zu bezichtigen. Um dies zu ändern, um vom anderen her zu denken, bedarf es eines Höchstmaßes an Empathie, die der Rezensent bei der Lektüre jedoch vermisst hat. So könnte unabhängig von der Intention des Autors sein Buch am Ende dazu führen, dass alte Wunden neu aufbrechen, Schicksal gegen Schicksal, Leid gegen Leid aufgerechnet wird und in selektiver Wahrnehmung vor allem jene Beispiele und Passagen rezipiert werden, die eine im Buch durchgängige feindselige polnische Einstellung gegenüber Deutschland und den Deutschen belegen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich so mancher Leser in seiner Überzeugung bestätigt fühlt, Polen habe seit der Wiederherstellung seiner Eigenstaatlichkeit nach dem Ersten Weltkrieg konsequent eine Politik der Annexion der Oder-Neiße-Gebiete verfolgt, ja - wie eine Karte des Westbundes beweist - selbst Sachsen und Teile von Brandenburg für sich beansprucht. (S. 39) So lässt sich, reiht man die reichlich angeführten, nach ihrem wirklichen Stellenwert nicht hinterfragten Beispiele aneinander, eine Linie von Versailles bis zum Potsdamer Abkommen ziehen, mit dem sich die polnische Politik endlich am Ziel ihrer Wünsche gesehen habe.

Natürlich kann man dem Autor eine solche Einseitigkeit nicht anlasten, wenngleich er die Argumentationsgewichte ungleich verteilt und die Ansprüche Polens stärker betont als die Revisionspolitik der Weimarer Republik. So hätte man angesichts der brisanten Thematik erwarten können, dass die Polenpolitik von Gustav Stresemann deutlicher dargestellt worden wäre. Mit der Formulierung, dass „selbst der deutsche Außenminister

Gustav Stresemann ... nicht bereit (war), die Versailler Grenzziehung im Osten hinzunehmen“ (S. 38) bleibt - auch wenn der Hinweis auf die beabsichtigte „wirtschaftliche Destabilisierung Polens“ nicht fehlt - Stresemanns Polenpolitik doch sehr im Unklaren. Angesichts der Bedeutung dieses Konflikts wäre hier wohl ein Zitat angebracht gewesen, etwa aus dem geheimen Schreiben an den deutschen Botschafter in London vom 19. April 1926, in dem Stresemann die Absicht englischer und amerikanischer Finanzkreise zur Sanierung Polens zu hintertreiben versucht und das Ziel deutscher Politik darin sieht, „eine endgültige und dauerhafte Sanierung Polens so lange hinauszuschieben, bis das Land für eine unseren Wünschen entsprechende Regelung der Grenzfrage reif und bis unsere politische Machtstellung genügend gefestigt ist.“²

In der immer schon kontroversen Frage, ob die Oder-Neiße-Gebiete, die durch das Potsdamer Abkommen polnischer *Administration* unterstellt wurden, dadurch als integralen Bestandteil des polnischen Staates betrachtet wurden konnten und die Ausweisung der dort beheimateten deutschen Bevölkerung durch die drei Siegermächte sanktioniert war, bringt das Buch nichts Neues. Die widersprüchlichen Äußerungen sowohl der großen Drei als auch polnischer Exilpolitiker lassen recht unterschiedliche Interpretationen zu und sind dazu angetan, sich selektiv auf kontroverse Positionen zu versteifen und einen deutsch-polnischen Dauerstreit zu führen. Hinzu kommt die aus der jeweiligen Interpretation resultierende gegensätzliche Bewertung der Vertreibung der Deutschen, die deutscherseits als rechtlos und völkerrechtswidrig, polnischerseits als durch das Potsdamer Abkommen legitimiert betrachtet wird. Eine Verständigung in dieser Frage dürfte auch in Zukunft kaum erreichbar sein. Umso wichtiger erscheint daher der bei Urban nur kurz erwähnte deutsch-polnische Grenzvertrag vom 14. November 1990, durch den ein völkerrechtlich bindendes Einvernehmen darüber erzielt wurde, dass die zwischen der Bundesrepublik und Polen „bestehende Grenze jetzt und in Zukunft unverletzlich ist“ und sich beide Seiten „zur uneingeschränkten Souveränität und territorialen Integrität“ verpflichten. (Art. 2) Damit ist der Dauerkonflikt historisiert und sollte die aktuellen Beziehungen nicht weiter belasten.

Einige Verwunderung weckte beim Rezensenten der Schlusssatz des Buches. Unter Hinweis auf die polnischen Schulbücher lautet er: „Von Verbrechen an Deutschen und von Zwangsarbeit ist nicht die Rede, dafür aber davon, dass diese ‘auf Befehl der Alliierten ausgesiedelt’ worden seien.“ (S. 194) Abgesehen davon, dass Urban die inzwischen sehr plurale Landschaft polnischer Schulbücher kaum im einzelnen kennen dürfte und daher seine Feststellung mit einiger Vorsicht betrachtet werden muss, ist ein solches, die andere Seite beschuldigendes Ende eines Buches, von dem ja eine „therapeutische Wirkung“ ausgehen soll, doch recht seltsam. „Therapeutisch“ wäre es gewesen, den Verlust von Heimat noch einmal aufzugreifen, auf die Versöhnung mit dem eigenen Schicksal hinzuwirken und auf Möglichkeiten zu verweisen, wie die verlorene Heimat auf einer ganz anderen Ebene wieder gewonnen werden kann. Hier gibt es genügend Beispiele von Vertriebenen, die mit den Besitzern ihrer einstigen Häuser freundschaftliche Kontakte pflegen oder sich für den Erhalt der Kulturdenkmäler ihrer Heimat einset-

² Hier zitiert nach U. A. J. Becher, W. Borodziej, R. Maier (Hg.), Deutschland und Polen im zwanzigsten Jahrhundert, Hannover 2001, S. 312.

zen, ohne damit nach Art der „Preußischen Treuhand“ einen Besitzanspruch zu verbinden. Oder der Autor hätte zumindest aus der Präambel des Grenzvertrages zitieren können, in welcher der Verlust der Heimat, den so viele Deutsche und Polen durch den Zweiten Weltkrieg erlitten haben, als „Mahnung und Herausforderung zur Gestaltung friedlicher Beziehungen zwischen den beiden Völkern und Staaten“ verstanden wird.

Nach Aussage des Autors ist eine polnische Übersetzung seines Buches geplant. Man wird gespannt sein dürfen, ob polnische Rezensenten das durchweg positive Echo teilen werden, das „Der Verlust“ bei deutschen Lesern offenbar findet.

Theo Mechtenberg

Timothy Garton Ash: Freie Welt. Europa, Amerika und die Chance der Krise. Verlag Hanser, München Wien 2004, 348 S.

Wann immer sich der britische Zeithistoriker T. G. Ash zu Wort meldet, verdient er Gehör. Auch mit seinem neuen Buch beeindruckt er seine Leser durch Faktenwissen, durch seine Weltläufigkeit, der er in allen Teilen des Globus zahlreiche Kontakte zu einflussreichen Persönlichkeiten verdankt, dazu durch seine analytische Schärfe und - nicht zuletzt - durch seine essayistische Begabung, die dem Leser ein intellektuelles Vergnügen beschert.

Das Buch kommt zu einem Zeitpunkt auf den Markt, an dem durch den Irakkrieg die Krise der westlichen Welt offen zu Tage liegt, sich die USA durch den Präsidentschaftswahlkampf tief gespalten zeigen und die Wiederwahl von George W. Bush die Sorge um eine anhaltende Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen wachsen lässt - es sei denn, die amerikanische Administration zieht aus den Erfahrungen der ersten Amtszeit des Präsidenten entsprechende Konsequenzen und vollzieht eine Kehrtwendung vom Uni- zum Multilateralismus.

T. G. Ash bringt die Krise des Westens in einen unmittelbaren Zusammenhang „mit dem Verschwinden des kommunistischen Ostens am Ende des Kalten Krieges.“ (21) Erste Anzeichen habe es bereits in den 90er Jahren gegeben, als unter den Verbündeten um „die neue Weltordnung oder Weltunordnung“ heftig gestritten wurde. Der Konflikt sei dann in voller Wucht ausgebrochen, als man sich nach dem Terrorangriff des 11. September 2001 über die Art und Weise der Terrorismusbekämpfung zutiefst uneinig war und sich ein Teil der Europäer vehement gegen den Irakkrieg aussprach, während sich ein anderer Teil an die Seite der Amerikaner stellte.

In mehreren Kapiteln analysiert der Autor die gegenwärtige Krise des Westens. Er verdeutlicht die weit in die Geschichte zurückreichenden gegensätzlichen Positionen Großbritanniens und Frankreichs in ihren transatlantischen Beziehungen. Während in Großbritannien das Dilemma, zugleich proamerikanisch und proeuropäisch zu sein, vor das sich grundsätzlich jedes EU-Mitglied gestellt sieht, besonders stark empfunden werde und sich die Waage deutlich zu einem Euro-Atlantizismus neige, zeige sich in Frankreich eine traditionell gegenteilige Tendenz. Einen besonders eindrucksvollen Beweis

TIMOTHY
GARTON ASH



FREIE WELT

Europa, Amerika und
die Chance der Krise

HANSER

habe Frankreich im Frühjahr 2003 geliefert, als es „im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen aktiv Stimmen gegen die Vereinigten Staaten sammelte, und zwar in einer Entscheidung über Krieg und Frieden, die man in Amerika zur nationalen Sicherheitsfrage erhoben hatte.“ (21) Die im Gefolge des Irakkriegs zwischen „Euro-Gaullismus“ und „Euro-Atlantizismus“ gespaltene EU sehe sich damit vor die Aufgabe gestellt, sowohl zu einem europäischen als auch zu einem transatlantischen Konsens zu finden.

Ob diese Konsensfindung gelingt, hänge nicht von den Europäern allein ab. Nur wenn die USA nicht der Hybris erliegen, ihr mit dem Ende des Kalten Krieges gewonnener, zumal militärischer, Machtzuwachs rechtfertige es, ohne Rücksicht auf andere ihre Interessen global durchzusetzen, würden Europa und die USA anstelle einer „Koalition der Willigen“ wieder zu einem partnerschaftlichen Verhältnis zurückfinden können. Dazu seien auf beiden Seiten des Atlantik Veränderungen notwendig. Die Amerikaner müssten sich grundsätzlich klar darüber werden, ob sie ernsthaft die innere Einheit der Europäischen Union begrüßen oder nicht doch lieber auf eine Spaltung in ein „altes“ und „neues“ Europa setzen wollen. Ash nährt in diesem Zusammenhang einen gewissen Optimismus, indem er einige die EU positiv würdigende Passagen aus Reden der Präsidenten Clinton und George W. Bush zitiert. So äußerte sich Clinton in seiner Ansprache anlässlich des ihm verliehenen Aachener Karlspreises dahin gehend, Amerika sei ein Teil Europas, während sich Bush in seiner Londoner Rede vom November 2003 entgegen seines bislang praktizierten Unilateralismus überraschenderweise zu einem Multilateralismus bekannt habe. Die Frage ist freilich, ob einer solchen Äußerung, die sich bei einer selbstkritischen Analyse des Irakabenteuers sicher nahe legen würde, nun in seiner zweiten Amtszeit Taten folgen. Bei Ash bricht dann aber doch wieder die Skepsis durch. Er kommt zu dem Schluss, dass zwar ein „atlantizistisches Europa“ einen „amerikanischen Multilateralismus“ fördern könnte, wie umgekehrt „ein multilateral orientiertes Amerika den europäischen Atlantizismus stärken“ könnte, doch wahrscheinlicher sei wohl, dass Europa zwischen einem „Euro-Gaullismus“ und einem „Euro-Atlantizismus“ und Amerika zwischen „Unilateralismus“ und „Multilateralismus“ weiterhin schwanken werden. (168)

So gründlich und kenntnisreich sich Ash auch mit der Krise des Westens befasst - sein eigentliches Anliegen ist die Chance dieser Krise. Während in der Vergangenheit der Kalte Krieg für eine Gemeinsamkeit von Europa und Amerika gesorgt habe, seien es heute die globalen Herausforderungen, angesichts derer wir uns einen transatlantischen Zwist nicht leisten können. Diese Herausforderungen seien - wenn überhaupt - nur durch eine gemeinsame Anstrengung von Amerikanern und Europäern zu bestehen. Angesichts weltweiter Armut, Unterentwicklung und Umweltbelastung, Probleme, die der Autor im zweiten Teil seines Buches detailliert behandelt, reicht nicht einmal diese Gemeinsamkeit aus. Dazu brauchen Europäer und Amerikaner Verbündete auf dem gesamten Globus.

Ash ist überzeugt, dass uns zur Lösung dieser Weltprobleme nur noch wenig Zeit bleibt. Er geht davon aus, dass die Übermacht der Amerikaner, die gegenwärtig ohnehin in der Gefahr stehen, sich tot zu rüsten, im Schwinden begriffen ist. Ein wenig willkürlich operiert er mit einem Zeitraum von zwei Jahrzehnten, die uns auf dem Weg zu einer wahrhaft freien Welt verbleiben - frei von Hunger und Aids, frei von Unterentwicklung, frei

von Kriegen und Terrorismus, frei von Diktaturen und Unterdrückung, frei von diskriminierenden Handelsschranken, frei von bedrohlichen Umweltbelastungen. Das klingt alles sehr utopisch und ist es wohl auch. Aber ändert sich überhaupt etwas in der Welt, ohne dass wir uns so weitreichende Ziele stellen?

Was Ash letztlich mit seinem Buch erreichen möchte, ist die Motivation von „tausend Millionen Bürgern“ zu einem Handeln in Richtung auf eine freie Welt. Entsprechend endet sein Schlusskapitel mit der Frage: „Was können wir tun?“ (298) Das Wichtigste sei, „zu erkennen, daß der Schein von Ohnmacht trägt.“ Nachdem die Berliner Mauer gefallen sei, komme es nun darauf an, „gegen die höchsten Bretter überhaupt“ anzugehen: die Bretter vor den Köpfen. Wenn wir unsere Stimme erheben, werden diese Bretter fallen. Wir sind viele und haben bisher immer geschwiegen. Es liegt an uns.“ (301)

Dass diese Schlusssätze für Ash keine Floskeln sind, belegt die als Anhang beigegefügte Aufforderung, sich auf die Website „Freeworldweb.net“ einzuklinken, um das mit seinem Buch begonnene Gespräch weiterzuführen, wobei der Autor seinerseits verspricht, „unter dieser Adresse gelegentlich neues Material ins Netz zu stellen.“ (309)

Theo Mechtenberg

Peter-Oliver Loew: Danzig und seine Vergangenheit 1793-1997. Geschichtskultur einer Stadt zwischen Deutschland und Polen. fibre Verlag. Osnabrück 2003, 621 S.

Diese voluminöse Dissertation von Peter-Oliver Loew, in der eine immense Zahl ungedruckter und gedruckter Quellen (vor allem Zeitungen und Periodika) ausgewertet wurde, stellt den ambitionierten Versuch dar, den Umgang mit den „Puzzlestücken“ der Danziger Geschichte zu rekonstruieren und aufzuzeigen, wie sich die Rolle des Vergangenen in der lokalen Gegenwart wandelte. Die Periodisierung der Untersuchung reicht von 1793, als die Stadt nach Jahrhunderten polnischer Herrschaft preußisch wurde, bis zur Tausendjahrfeier Danzigs im Jahre 1997. Dazwischen liegen gut zweihundert Jahre, in denen sich die Einwohner der Stadt preußischer, napoleonischer, reichsdeutscher, freistädtischer, nationalsozialistischer, stalinistischer sowie nationalkommunistischer Herrschaft unterzuordnen hatten, um sich dann nach der Wende des Jahres 1989 in einer demokratischen Gesellschaftsordnung wieder zu finden.

Der Autor geht dementsprechend der Frage nach, wie sich diese Generationen von Danzigern unter so unterschiedlichen Bedingungen ihrer eigenen Vergangenheit entsannen. Rekonstruiert wird somit die lokale Geschichtskultur mit Hilfe der sieben „W“ der Geschichtskultur: Wo war welche Geschichte wann, wie und warum präsent, von wem und mit welchem Ziel wurde sie thematisiert? (S.10)

Dabei unterscheidet Loew in seiner konzisen Einführung zwischen ästhetischen, kognitiven und politischen Dimensionen von Geschichtskulturen (Jörn Rüsen) und differenziert in Anlehnung an Jan und Aleida Assmann zwischen Speicher- und Funktionsgedächtnis, zwischen materiellen Zeugnissen, überlieferten Traditionen sowie



legimatorischen und identifikatorischen Erinnerungsfunktionen. Der Autor analysiert in seiner Untersuchung Texte, Organisationen, Motive und Funktionen lokaler Geschichtskultur und konzediert, dass eine Geschichte der lokalen Geschichtskultur in erster Linie eine Elitengeschichte ist.

Dabei erweist sich der Übergang von der Historiographie über die populärwissenschaftliche Literatur bis hin zur historischen Publizistik als fließend. Neben Zeitungen als wichtigster Quellenart spielt die historische Belletristik (Romane, Dramen, Epen und Gedichte) ebenfalls eine bedeutende Rolle, wobei die Wirkung der Fiktionalisierung, ähnlich wie in der Historienmalerei, allerdings nur schwer bestimmbar ist. Besonders auffällig erweist sich die Instrumentalisierung lokaler Geschichte bei Denkmälern und Gedenkorten (erinnert sei nur an die verschiedenen Standorte des Denkmals von August III. nach der „Verpreußung“ und „Germanisierung“ der Danziger Lokalgeschichte!). Sie spiegelt sich aber auch in der Architektur und in der Geschichte der Museen und Sammlungen der Stadt wider. Für die Formung des historischen Gedächtnisses und das Entstehen von Geschichtsbildern ist auch der Geschichtsunterricht (Schulbücher und Lehrpläne) von zentraler Bedeutung, aber auch Überlieferungen als verbale und nonverbale Traditionen.

Diesen Fragestellungen geht der Autor bei genauer Auswertung der genannten Quellengruppen in sechs chronologisch gegliederten Kapiteln gründlich nach, wobei er die zunehmende Opposition zwischen einstiger polnischer und bis zum Ende des 2. Weltkriegs deutscher Stadtgeschichte sowie deren Nationalisierung analysiert. Der Auslöschung der historischen Erinnerung an die polnische Zeit folgt nach dem vollkommenen Bevölkerungsaustausch nach 1945 die Auslöschung der Erinnerung an die deutsche Geschichte Danzigs. Diese wird erst wieder in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts, nicht zuletzt durch junge polnische Schriftsteller, neu entdeckt. Überdies behandelt Loew in zwei konzisen und aussagekräftigen „Querschnitten“ die Danziger Historienmalerei und die Geschichte der Danziger Gedenkorte. Gerade diese Kapitel enthalten eindrucksvolle, geradezu exemplarische Beispiele für die jeweilige nationale Umdeutung und Instrumentalisierung historischer Erinnerung.

Allerdings versteht sich die Arbeit nicht nur als eine Geschichte der Geschichtskultur, vielmehr liefert sie, da die Geschichte Danzigs im 19. und 20. Jahrhundert sowohl von der deutschen als auch von der polnischen Historiographie nur lückenhaft aufgearbeitet wurde, auch einen Beitrag zur Historiographie-, Kultur-, Sozial-, und Politikgeschichte Danzigs sowie zur Rolle der Stadt für die deutsch-polnische Beziehungsgeschichte. Hierin sowie in der Tatsache, dass der Autor konsequent einem beziehungsgeschichtlichen Ansatz folgt, dürfte der besondere Wert dieser lesenswerten Darstellung liegen, die in einem zugänglichen, durchaus spannenden Stil verfasst ist. Man darf ihr deshalb eine möglichst große Leserschaft wünschen.

ZW

Ansichten. Jahrbuch des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt (15) 2004. Otto Harrassowitz. Wiesbaden 2004, 325 S.

Der Band 15 der „Ansichten“ wird von dem lesenswerten Aufsatz von Henning Tewes „Polen, Deutschland und die neue Sachlichkeit“ eingeleitet, in dem der Autor den Nachweis führt, dass die deutsch-polnischen Irritationen der beiden vergangenen Jahre (Unterschiedliche Position hinsichtlich des Irak-Kriegs, Streit um das „Zentrum gegen Vertreibung“ sowie Uneinigkeit in der Frage der europäischen Verfassung) die Ära der in den 90er Jahren beschworenen deutsch-polnischen Interessengemeinschaft zu einem endgültigen Abschluss gebracht haben. Von nun an, also nach dem EU-Beitritt Polens, werde man sich auf gleicher Augenhöhe begegnen, an der Durchsetzung vor allem eigener Interessen arbeiten, sich aber gleichzeitig darum bemühen müssen, die deutsch-polnischen Beziehungen auf eine neue, tragfähige Basis zu stellen.

Tomasz Kalinowski geht in seinem Aufsatz der Frage nach, ob Polens Wirtschaft EU-tauglich ist und kommt dabei zum optimistischen Ergebnis, dass Polen sowie seine Wirtschaft für die alten EU-Staaten eine Bereicherung darstellen werden. Dabei beruft sich der Autor in erster Linie auf die polnischen Wirtschaftserfolge der 90er Jahre und auf die Tatsache, dass polnische Firmen bereits seit Jahren im Rahmen der marktwirtschaftlichen Konkurrenz erfolgreich operieren.

Die beiden sich anschließenden Beiträge behandeln das Bild Polens in den deutschen Medien. Während Hermann Schmidtendorf die Präsenz polnischer Themen in der aktuellen deutschen Medienlandschaft beleuchtet und problematisiert, setzt sich Georg Schatz mit dem vom ORB ausgestrahlten deutsch-polnischen Journal „Kowalski trifft Schmidt“ auseinander, wobei er dieser Sendung Einmaligkeit attestiert, da es in ihr gelinge, gegenseitige Achtung voreinander zu wahren und beide Seiten im gemeinsamen europäischen Interesse zu informieren.

Dem Zeichner Bruno Schulz ist der Aufsatz des Kölner Slawisten Bodo Zelinsky gewidmet. In ihm wird der enge Bezug zwischen Schulzens Zeichnungen und ihren literarischen Vorlagen rekonstruiert, wobei der Autor feststellt, dass sich Schulz in diesen Zeichnungen immer wieder als einer der Akteure selbst porträtierte.

Tief in die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen reicht der Beitrag von Marek Zyburas zurück, in dem die Assimilation der Deutschen im polnisch-litauischen Reich vom 15. bis hin zum 18. Jahrhundert nachgezeichnet wird. Dabei arbeitet der Autor in erster Linie die Verdienste bedeutender deutscher Einwanderer in Polen heraus.

Im Literatur-Kapitel der „Ansichten“ finden sich dann Texte so unterschiedlicher und origineller Schriftsteller wie Henryk Waniek (mit Fragmenten aus seinem Roman „Finis Silesiae“), Adam Czerniawski (mit einem Abschnitt aus seinen „Armenischen Geschichten“), Jolanta Stefko (mit einem Kapitel aus ihrem Roman „Mögliche Träume“), sowie Daniel Odija (mit einem Fragment aus seinem 2003 erschienenen Roman „Das Sägewerk“) sowie Edward Redliński (mit einem Ausschnitt aus seinem neuen Buch „Transformacje“). Abgerundet wird dieser Literaturteil durch einige Gedichte von Jarosław



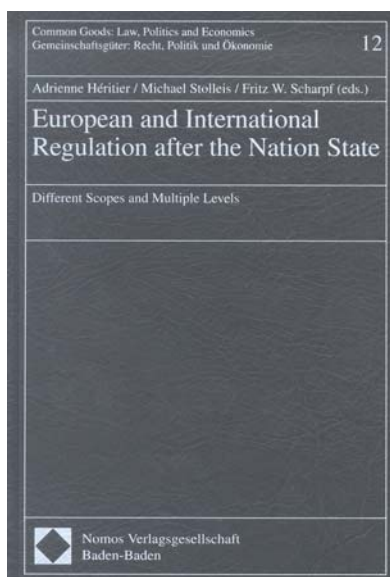
Marek Rymkiewicz aus den Jahren 2000 bis 2003, die von Alois Woldan ausgewählt und ins Deutsche übersetzt wurden.

Hieran schließen sich in gewohnter Weise die von Anna Nasilowska, Peter Langemeyer und Jürgen Weichhardt erarbeitete „Chronik“ sowie die von Manfred Mack und Piotr Buras erstellten „Bibliographien“ an.

Wie immer gewähren die „Ansichten“ einen soliden Einblick in die polnische Politik- und Kulturszene. Eine besondere Erwähnung verdient das interessante und gut reproduzierte Bildmaterial in den Beiträgen von Zelinsky und Zybur.

ZW

Adrienne Héritier, Michael Stolleis, Fritz W. Scharpf (Hg.): European and International Regulation after the Nation States. Different Scopes and Multiple Levels. Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden 2004, 296 S.



Der vorliegende Sammelband geht auf die Initiative des einstigen Direktors der Max-Planck-Gesellschaft, Prof. Hubert Markl, zurück und stellt ein Gemeinschaftsprojekt einiger Max-Planck-Institute dar, die anlässlich mehrerer Fachtagungen die hier vorliegenden Desiderate erarbeiteten. Dabei handelt es sich um eine Auswahl der damals gehaltenen Fachreferate. Ein zweiter Band, in dem die Problematik der Dezentralisierung behandelt werden soll, wird folgen.

Die Herausgeber heben in ihrer Einführung hervor, dass es in diesen Beiträgen in erster Linie um Fragen der politischen und rechtlichen Regulierung unter den Bedingungen einer weitreichenden und zunehmenden Europäisierung und Internationalisierung von Rechtssystemen gehe. Dabei wird füglich konstatiert, dass Regulierungen, die nationale Staatsgrenzen und damit die Kompetenzen einzelner Regierungen von Nationalstaaten überschreiten, in den letzten Jahrzehnten, vor allem nach der Wende der Jahre 1989/90, enorm

zugewonnen haben. Dadurch seien eindeutige nationalstaatliche Hierarchien in Frage gestellt worden und es gebe die klassische, auf dem Staat beruhende Gesetzgebung nicht mehr. Deshalb stehen in diesem Band zunächst die Strukturen und Institutionen der Europäisierung/Internationalisierung im Vordergrund. Im Anschluss daran wird die Frage aufgeworfen, wie sich die internationale/supranationale Gesetzgebung auf nationaler Ebene auswirkt. Schließlich gehen die Autoren dem Problem nach, wie sich die Vielfalt gesetzlicher Regelungen auf die politische und administrative Effizienz und die demokratische Legitimierung einzelner Staaten und supranationaler Gebilde auswirkt.

Das Buch gliedert sich neben der stringenten Einleitung in drei übergreifende Kapitel, in denen insgesamt zwölf Autorinnen und Autoren zu den Themen Ablösung des Nationalstaats, europäische sowie internationale Regulierung Stellung beziehen und aufgrund der Komplexität der Materie sehr behutsam mögliche Lösungsansätze formulieren.

So rekonstruiert Michael Stolleis im einleitenden Beitrag des zweiten Kapitels die Entstehung der moderner Nationalstaaten und konstatiert, dass öffentliche, demokratisch

legitimierte Herrschaft – also der Staat – (hoffentlich) nicht vollkommen verschwinden, sich wohl aber auf ihre Kernbereiche reduzieren wird. Aufgaben, die nicht zu diesem Kernbereich gehören, werden dann noch in stärkerem Maße auf das Feld der Privatisierung sowie der supranationalen Ebenen „auswandern“ (S. 30). Christian Walter wirft im Anschluss hieran die Frage auf, ob und inwiefern es möglich ist, ein internationales Verfassungsrecht zu entwerfen und zu kodifizieren. Der Autor kommt dabei zu dem plausiblen Ergebnis, dass die so genannte „international governance“ ohne Schaffung einer adäquaten Normenhierarchie mittelfristig nur „hybrid governance“ bleiben könne. (S. 64).

Thomas Simon beschäftigt sich in seinem Beitrag mit einem ganz anderen Thema: mit der Kritik an der aus Sicht der Institutionenökonomie analysierten merkantilistischen Wirtschaftspolitik. Hierbei hält er den Vertretern dieses Ansatzes Linie vor, ahistorisch zu argumentieren, da in der von ihnen betriebenen Merkantilismuskritik ein Wirtschaftsliberalismus postuliert wird, den es so niemals gegeben habe. Insofern werde von den „Champions of the New Economic History“ ein Mythos kreiert, um die eigenen neoliberalen Ansätze zu legitimieren.

Mit Dezentralisierung und Internationalisierung – auch in historischer Perspektive – beschäftigt sich der Beitrag von Miloš Vec, in dem der Autor am Beispiel des „selbstgeschaffenen Rechts der Ingenieure“ die Grenzen und Risiken von autonomen und dezentralen Normsetzungen aufzeigt, die in der Regel effektivere, weil „sachorientierte“ - also technokratische - Lösungen versprechen.

Im dritten Kapitel geht es zunächst um die Frage, ob EU-Richtlinien im europäischen Mehrebenensystem als soziales Korrektiv fungieren können. Dabei kommt das Autorenkollektiv um Gerda Falkner zum Ergebnis, dass das Sozialrecht der EG im Arbeitsrecht zahlreiche Standards geschaffen habe (Geschlechtergleichbehandlung, Elternurlaub, Arbeitszeit, atypische Arbeitsverhältnisse), die die genuin transnationalen Regelungsgegenstände (zum Beispiel Arbeitnehmerfreizügigkeit) weit übertroffen haben. (S.134) Insofern dürfe Einfluss des Sozialrechts der EU auf die nationalen Sozialgesetzgebungen keineswegs unterschätzt werden, auch wenn sein Rang im Verhältnis zum jeweils geltenden nationalen Recht sehr unterschiedlich zu bewerten sei.

Dagegen zeigt Hans-Jörg Albrecht auf, wie schnell und gleichsam irreversibel die Europäisierung das Strafrecht als Kern des staatlichen Machtmonopols erfasst und transzendiert hat. Hierbei handelt es sich um einen Prozess, der sich bemerkenswerter Weise von der Basis her wesentlich schneller entwickelt habe als die viel diskutierte Konstitutionalisierung Europas. Der Nationalstaat verliere seinen Status als Garant von Sicherheit und Ordnung zusehends und auch der klassische Dualismus von innerer und äußerer Sicherheit werde obsolet, denn angesichts grenzüberschreitender Probleme lasse sich innere Sicherheit nur außerhalb oder oberhalb des nationalstaatlichen Territoriums herstellen. (S.162)

Im nächsten Beitrag beschäftigt sich Alexander Graser mit der Frage, ob es ein Sozialrecht ohne Staat geben könne. Der Autor kommt zum Ergebnis, dass das hervorstechende Merkmal des nationalen Systems der sozialen Sicherheit seine Veränderungsresistenz sei. Welche Funktion und Bedeutung der viel diskutierte Konkurrenzdruck im Bereich der Sozialpolitiken habe, sei – so Graser – aufgrund einer weiterhin kaum erfassten em-

pirischen Basis nicht feststellbar. Allerdings sei der befürchtete und häufig prognostizierte „race to the bottom“ bislang nicht eingetreten.

Leonor Moral Soriano befasst sich mit der Konkurrenz zwischen „Öffentlichem Dienst“ und den „Diensten von allgemeinem ökonomischem Interesse“, wobei sie auf die Traditionen einzelner EU-Staaten eingeht und die Frage nach der Wettbewerbsfähigkeit und Marktgängigkeit dieser Dienste aufwirft. Dabei kommt sie zu dem wenig überraschenden Ergebnis, dass das Rechtssystem der EU stärker auf den Wettbewerb abziele, während das nationale Recht eher auf die Realisierung öffentlicher Ziele ausgerichtet sei. (S. 200)

Das vierte Kapitel, das internationalen Formen der Regulierung gewidmet ist, wird durch den Beitrag von Dieter Kerner eingeleitet. Der Autor analysiert hierin das Problem der Regulierung internationaler Finanzmärkte und der Grenzen und Risiken supranationaler Governance. Am Beispiel der dominierenden amerikanischen Rating-Agencies, die mit zahlreichen in- und ausländischen Banken kooperieren, wird die Frage aufgeworfen, inwiefern die Einbeziehung dieser einflussreichen privaten Akteure die Entscheidungsfreiheit von Geldinstituten nachhaltig beeinflusst bzw. einschränkt.

Dirk Lehmkühl und Florian Becker veranschaulichen am Beispiel spektakulärer Rechtskonflikte im Bereich des Sports (Dopingfall Dieter Baumann, Bosman-Urteil) wie stark sich nationale und internationale Regelungsinteressen voneinander unterscheiden und wie schwierig es ist, adäquate Ausgleichsmodelle zu schaffen, damit beide miteinander konkurrierende Rechtssysteme entsprechende Kompromisse akzeptieren können.

Den Konflikten zwischen internationalen und nationalen Rechtssystemen hinsichtlich der Nutzung genetischer Ressourcen, der Problematik eines global wirksamen Schutzes geistigen Eigentums – auch im Hinblick auf das Internet und die globale Kommunikation – sowie dem Problem einer internationalen Gesetzgebung, die vor dem weltweiten Treibhauseffekt schützen könnte, ist der Aufsatz von Peter-Tobias Stoll gewidmet. Der Autor kommt zum Ergebnis, dass die Regulierungserwartungen diesbezüglich genauso erheblich sind wie die bislang zu konstatierenden Defizite des internationalen Systems.

Schließlich der Aufsatz von Marco Verweji, in dem im Zusammenhang mit dem Treibhauseffekt die wenig wahrscheinliche Umsetzung internationaler Regulierungen als „schöpferische Zerstörung“ (Schumpeter) umschrieben wird. Dabei diskutiert der Autor die Ineffizienz des Protokolls des Rahmenabkommens über den Klimawandel sowie des Kyoto Protokolls und analysiert den Zielkonflikt zwischen den konträren Interessenlagen der Vertreter fossiler und erneuerbarer Industrien. Eine global durchsetzbare „vernünftige“ Einigung der „Weltgemeinschaft“ bleibt so betrachtet auch mittelfristig außer Sichtweite.

Nach Lektüre dieses Kompendiums, in dem die Autoren sehr unterschiedlichen und komplexen Fragestellungen nachgehen, kommt man erwartungsgemäß zu dem Schluss, dass wir uns gegenwärtig in einem nur wenig transparenten Provisorium und Kontinuum paralleler Rechts- und Gesetzgebungssysteme der nationalen sowie internationalen Governance bewegen, wobei der Mangel an klarer Hierarchisierung und Normierung im Bereich europäischer und internationaler Regulierung sowohl Offenheit als auch Verunsicherung produziert. Insofern eröffnet die fortschreitende, der zunehmenden Globalisie-

zung geschuldete Überwindung des Nationalstaats für die involvierten Gesellschaften sowohl erhebliche Chancen als auch nur schwer kalkulierbare Risiken.

ZW

Giovanni Reale: Kulturelle und geistige Wurzeln Europas. Für eine Wiedergeburt des „europäischen Menschen“. Verlag Ferdinand Schöningh. Paderborn 2004, 196 S.

Giovanni Reale, Jahrgang 1931, ist Ordinarius für die Geschichte der Philosophie an der Katholischen Universität zu Mailand, wo er Moralphilosophie lehrt. In den vergangenen Jahren hat er sich in erster Linie mit Platon und Aristoteles beschäftigt, wobei es ihm stets um die griechischen Wurzeln und die metaphysischen Grundlagen des abendländischen Denkens ging. Für den Geist Europas sind nach Reale die griechische Kultur, das Christentum und die technische Revolution des 16. Jahrhunderts bestimmend. Unberücksichtigt, weil für sein Europaverständnis offenbar zweitrangig, bleiben solche Epochen wie Renaissance, Reformation, oder Aufklärung, die bekanntlich konstituierende Elemente zahlreicher anderer Europadefinitionen und -diskurse sind.

Der intellektuelle Charakter der griechischen Philosophie, ihre formamentis, bildete das Fundament für das Entstehen der Wissenschaften. Allerdings sorgte erst das moralisch-spirituelle Denken des Christentums mit seiner „Pflege der Seele“ (Edmund Husserl) über das griechisch-römische Denken hinaus dafür, dass Europa, kein geographisches und auch kein politisches, sondern ein aus dem reinen Geist geborenes Konstrukt, denkbar wurde. Das Christentum als „einzigartige Revolution“ (Benedetto Croce) hatte bei der Herausbildung des Europa-begriffs und des Europegefühls deshalb absoluten Vorrang.

Mit der technischen Revolution des 16. Jahrhunderts (Galileo Galilei) wurden Technik und Wissenschaft zum kulturellen Paradigma für Europa und den Westen, wobei die Technik zunehmend als „einzige Form wahren Wissens“ verstanden wurde. Dieses europäische Paradigma konnte sich aufgrund seiner Universalität weltbeherrschend durchsetzen. So wurde die Welt europäisch, während Europa global wurde. Das Zeitalter der Technik trocknete allerdings die griechisch-römischen und christlichen Wurzeln Europas aus, denn die Philosophie glich sich der Wissenschaft an und geriet in die geistige Krise, indem sie quasi zur Pseudowissenschaft wurde. Dabei stellte sich allerdings schon sehr früh heraus, dass die Wissenschaft trotz allen Fortschrittsglaubens nicht in der Lage sein würde, die Grundprobleme der Menschheit zu lösen. Im Gegenteil, die von Reale zitierte „dreifache Hybris Europas“ (Nietzsche) sowie das „Erreichen der Grenzzone des Überlebens“ (Hans-Georg Gadamer) sind prominente, ein ganzes Jahrhundert überwölbende Formulierungen, die deutlich erkennen lassen, dass der auf der Technik basierende menschliche Geist zur Selbsterstörung tendiert. Für den (europäischen) Menschen existenzgefährdend sind nach Reale auch die neuen Medien und die durch das Fernsehen hervorgerufene Krise der Schriftkultur, die dafür Sorge, dass es zu Ge-



dächtnisverlust und Gegenwartswahn komme. Ein sich zum Individualismus verkehrender Humanismus, der durch die Mediatisierung nachhaltig gefördert werde, habe für den Verlust von Gemeinschaft und Solidarität gesorgt. Das einzige Antidotum – so die Mahnung des zivilisationskritischen Mailänder Denkers – bilde in dieser Situation die Wiederaufnahme des philosophischen Gesprächs, die Wiederentdeckung der „Pflege der Seele“ sowie die Affirmation der sinnhaften Existenz des Menschen als Person, die nur über die Dimension des Religiösen und die Entdogmatisierung der Wissenschaft zu erreichen sei. Im Hinblick auf das moderne Europa, die Europäische Union und die Eurokraten kritisiert Reale, indem er sich auf Max Scheler und Edgar Morin beruft, dass reine Rechtsverträge keine wahre Gemeinschaft stiften können, und dass sich Europa deshalb als Schicksalsgemeinschaft zu verstehen und zu definieren habe. Um Europa gestalten zu können, benötige man keinen Messias, allerdings Aufklärer und Katalysatoren (Morin), die auf Grundlage geistiger Prinzipien und ethischer Werte nicht nach dem Gemessenen (und weiterem Wachstum), sondern nach dem Maß und dem Angemessenen strebten. Denn das zentrale und letzte Problem des Menschen bleibe weiterhin die Suche nach dem Guten, zu wissen und zu entscheiden, was gut und was schlecht ist.

Aus der „Pflege der Seele“ sei Europa geboren worden (Jan Patočka), denn aus der Tragödie des Sokrates, der sich selbst nicht half und den anderen dadurch Hilfe leistete, wurde Platons Ideenstaat geboren. Hieraus folgert Reale: „Wenn wir an die Frage nach unserer gegenwärtigen Situation herangehen wollen, müssen wir begreifen, dass Europa ein Begriff ist, der sich auf geistige Fundamente stützt, und so versteht man, was die Frage bedeutet.“(S. 73)

Vergäße man die „Pflege der Seele“, so könnte Europa sterben. Dabei spielt der christliche Personalismus und die daraus abgeleitete Heiligkeit des Menschen im Unterschied zum griechischen Leib- und Gottesverständnis die zentrale Rolle. Die Leugnung des Geistes habe allerdings einerseits den Ich-Kult, einen hedonistischen Individualismus für alle sowie die Vergottung des laisierten Objekts gebracht, andererseits den antipersonalen Totalitarismus, wodurch in Vergessenheit geriet, dass der Mensch nicht Mittel sondern Ziel der Schöpfung sei. Die einzige Therapie könne in dieser Situation nur die Wiedererlangung des Sinnes und des Wertes des Menschen als Person sei, denn Europa sei aus diesem Begriff entstanden und könne nur von ihm aus wiedergeboren werden. (S.99)

Hingegen habe die sich selbst überlassene Vernunft alle Werte zerstört und der berühmte Zirkelsatz des Augustinus „Um zu verstehen, muss man glauben, und um zu glauben, muss man verstehen“ sei vergessen worden. Die Identität und Erhaltung Europas gebiete indessen nach Rémie Bragues, dem Reale ausdrücklich zustimmt, eine enge Verbindung des Menschen mit Gott und die Einheit der Menschen nicht durch Ideologie, sondern durch Beziehungen zwischen konkreten Menschen und Gruppen.(S.111)

Diese Abkehr habe dazu geführt, dass man die geistigen Kräfte eingebüßt hat, die man benötige, um die „Idee Europas“ zu fördern und den neuen „europäischen Menschen“ zu formen.(S.134) Eine Erneuerung des europäischen Geistes sei aber nur möglich, wenn Europa zu seiner eigenen pluralistischen und die concordia discors fördernden Identität finde, die durchaus nicht mit einer die Gemeinschaft in Frage stellenden Multikulturalität gleichzusetzen sei: „Man halte sich vor Augen, dass die entgegengesetzte These,

welche die Notwendigkeit einer 'Identität' leugnet, und meint, Europa müsse sich allen Unterschieden öffnen, ohne irgendeinen limes anzubringen, das Ergebnis jenes 'Relativismus' ist, der nichts weiter als ein maskierter 'Nihilismus' ist. Hinter der Ausrufung der Gleichwertigkeit aller Kulturen verbirgt sich in Wirklichkeit eine Annullierung der Werte.“(S.158)

Als Fazit bleibt zu konstatieren, dass sich der Philosoph Reale in seinem Desiderat durchgängig und konsequent mit dem abstrakten Begriff Europa und nicht mit dem empirischen Europa der EU-25 beschäftigt. Insofern sind seine auf den ontologischen Wahrheitsbegriff zielenden Ausführungen durchaus lesenswert, da in ihnen nicht nach dem Funktionieren und der Effizienz, sondern nach der Sinnhaftigkeit Europas und der europäischen Einigung gefragt wird. In der Tat ist dieses Thema angesichts eines recht oberflächlichen Europaverständnisses und der geradezu exklusiven Sorge um die Alltagsrisiken der Europäischen Union und der Europäer in den Hintergrund getreten. Allerdings stellt sich im Kontext mit dieser auf die elitäre Geisteskultur Europas abhebenden Definition Reales, die mit der profanen wirtschaftlichen, politischen, sozialen und schließlich auch kulturellen Empirie des europäischen Alltags nur wenig zu tun zu haben scheint, die Frage, ob der viel bescheidenere Ansatz eines europäischen Verfassungspatriotismus, der – wie im europäischen Verfassungsentwurf vorgesehen – in der Anerkennung der Charta der Menschenrechte und anderer elementarer Rechtsnormen seinen Ausdruck finden könnte, für den europäischen (Alltags)Menschen nicht zu einer begreifbareren Orientierungshilfe im Hinblick auf einen positiv besetzten Europagedanken und seine Praxis werden könnte. Dies schließt natürlich nicht aus, dass sich die Europäer – ganz im Sinne Reales – auf ihre Wurzeln und die darin enthaltenen humanistischen und christlichen Traditionen besinnen sollten.

ZW

Rainer Prätorius: In God we trust. Religion und Politik in den USA.
 Verlag C. H. Beck. München 2003, 205 S.



Der an der Universität der Bundeswehr in Hamburg lehrende Amerikaexperte und Professor für Verwaltungswissenschaft, Rainer Prätorius, hat hier ein Buch vorgelegt, das angesichts der auffälligen, offen zur Schau gestellten quasi-religiösen Rituale der Bush-Administration wohl zur rechten Zeit erschienen ist. Angesichts eines global agierenden (islamistischen) Terrorismus und der diesbezüglich weiterhin bestehenden Dissonanzen zwischen einigen EU-Staaten (in erster Linie Deutschland und Frankreich) und den USA, handelt es sich bei „In God we trust“ um eine Veröffentlichung, der man besonders bei deutschen politischen Bildnern und Politikern eine möglichst große Verbreitung wünschen darf. Zumal wir es auch aktuell mit einer enormen Verdichtung gegenseitiger Pauschalurteile sowie mit aberwitziger Arroganz und Ignoranz zu tun zu haben scheinen.

Prätorius beleuchtet insgesamt die geistesgeschichtlichen und verfassungsrechtlichen Grundlagen sowie die institutionellen

Ausformungen der amerikanischen Kirchen und Religionsgemeinschaften und wirft dabei immer wieder die im einleitenden Kapitel formulierte Kernfrage auf, ob die für die USA typische und durch die Verfassung garantierte Religionsfreiheit - als Abwehrrecht des Individuums gegen den Staat - tatsächlich zu Offenheit in der Politik und Gesellschaft oder ganz im Gegenteil zu einer Beschränkung der Pluralität führe. (S.29)

Die für die USA typische enge Verflechtung von öffentlichem Leben und Religiosität wurde bekanntlich bereits von Toqueville beschrieben, der davon ausging, dass sich bei den Amerikanern tiefe Religiosität und politische Leidenschaft mit einem soliden, praktischen Sinn in allen Lebensfragen verbinde. (S.33) So war der Puritanismus, der ursprünglich eine vollkommene Reinigung von allem Katholischen anstrebte, durchaus auch eine politische Doktrin. Und es war bekanntlich Max Weber, der den Calvinismus als Glaubensrichtung definierte, die eine besondere Affinität zum kapitalistischen Erwerbs- und Unternehmensgeist habe. Zahlreichen Europäer konstatierten in Amerika eine bigotte Frömmigkeit, die auf ökonomischen Erfolg zielte und bei der eine deutliche Neigung zum Moralisieren erkennbar war.

Der Katholizismus wurde in den USA ganz im Sinne puritanischer Tradition vom tonangebenden protestantischen Mainstream über lange Zeit als fremde Verirrung von Religion und Politik, mit einer undurchschaubaren transnationalen Hierarchie gebrandmarkt. Für die frühen Siedler war die Gottesvolk-Exodus-Analogie mit Israels Stämmen charakteristisch. Hieraus entwickelte sich bei den Baptisten und Methodisten, aber auch bei abgeschiednen und besonders staatsfernen Sekten wie Mennoniten, Hutterern, Amish, pietistischen Brudergemeinden und pazifistischen Quäkern, die Idee vom „covenant“ als einem Pakt, der drei Kräfte vereint: Gott, das Volk und das Land. (S.47) Entscheidend für die Nation und ihre Führung blieb im Verhältnis zu den zahlreichen Kirchen und Glaubensgemeinschaften aber eine allgemeine religiöse Grundhaltung.

Gemäß der lakonischen Definition von Präsident Dwight Eisenhower, der davon ausging, dass die amerikanische Nation von einem tief empfundenen religiösen Glauben getragen werde, wobei allerdings vollkommen unwichtig sei, welcher konkreten Religion die Bürger anhängen: „Everyone should have a religion. In don't care what it is!“

In diesem Sinne verbietet die amerikanische Verfassung auch die Errichtung einer Staatskirche und eine beschneidende Gesetzgebung unter Berufung auf Religion. Und so ist auch die „free-exercise-clause“ zu verstehen, durch die individuelle und kollektive Religionsausübung vor staatlichen Einschränkungen geschützt wird. Dieses Selbstverständnis, das der Autor im Unterschied zur „organisierten Glaubensausübung in einer konfessionellen Gemeinschaft“ („Religion 1“) in seiner Abhandlung als „Religion 2“ definiert, setzt allerdings einen hohen Grad an religiösem Pluralismus voraus. In der Tat bauen die meisten amerikanischen Glaubensgemeinschaften auf ihre Unabhängigkeit und wehren sich gegen eine zu enge Verflechtung mit dem Staat. Allerdings kommt es durchaus auch zu einer politischen Instrumentalisierung von religiösen Inhalten und Orientierungen.

So erwies sich das oft zur Schau gestellte Selbstverständnis, dass man als Amerikaner auserwählt sei, nicht nur als zeremonielle symbolische Wiederaufnahme des messianistischen Mottos „Novo Ordo Scelorum“ auf der Dollar-Geldnote, sondern fand zum Beispiel nach dem Ersten Weltkrieg in der Außenpolitik Woodrow Wilsons seinen Ausdruck. Wilson sah die USA dazu auserkoren, eine gerechte Weltordnung, einen „covenant“ im Weltmaßstab durchzusetzen. Heute wird das immer wieder postulierte Sendungsbewusstsein der amerikanischen Politikeliten von mehreren Vertretern der Bush-Administration durchaus religiös, aus dem sogenannten Born-Again-Erlebnis abgeleitet. Dabei wird die aktuelle konservative U.S.-Politik bekanntlich sehr stark von der christlichen Rechten getragen. (S. 107)

Allerdings – so der Autor – erwies sich der religiöse Pluralismus in den USA gegenüber Kirchen und Gläubigen, die in der langen Periode protestantischer weißer Dominanz (WASP!) diskriminiert wurden (Schwarze Gemeinden, Katholiken, Juden) als integrierende Kraft. Dies entsprach auch der von Prätorius anschaulich beschriebenen Entwicklung vom protestantischen „Mainstream“ zum „Mainline“-Protestantismus, die von den einst dominanten protestantischen Kirchen durchlaufen werden musste. Erinnerung sei in diesem Kontext an die Bedeutung der sich aus religiösen Quellen speisenden schwarzen Bürgerrechtsbewegung (Martin Luther King) oder an die von einer breiten Mehrheit getragene Regierungszeit des ersten katholischen Präsidenten John F. Kennedy. Im Hinblick auf das Judentum war es der Sechstagekrieg, der bei weiten Teilen der nichtjüdischen Bevölkerung das Bewusstsein für eine gemeinsame christlich-jüdische Wertegemeinschaft (USA, Israel) schuf, die von Kommunisten, Islamisten und extremistischen Antisemiten bedroht werde.

Ausgegrenzt bleiben in den USA aber weiterhin alle Kirchen und Religionsgemeinschaften, die das Attribut judeo-christlich für sich nicht beanspruchen können, also Buddhismus, Hinduismus – und besonders nach dem 11. September 2001 – der Islam. Aufgrund der oben erwähnten historischen Entwicklungen geht der Autor allerdings recht optimistisch davon aus, dass auch diese Religionen mit der Zeit zu anerkannten Bestandteilen des religiösen Pluralismus in den USA werden könnten. (S.163) Prätorius

kommt zum Ergebnis, dass es in den USA gelungen ist, eine freiheitsraubende Staatsreligion zu verhindern. Wohl auch deshalb, weil das religiöse Gesamtreief durch steten Wandel sowie zahlreiche Abspaltungen und Neugründungen immer unruhig blieb und nie erstarren konnte. So bleibe die Verknüpfung von „Religion 1“ und „policy“ weiterhin lose, allerdings werde „Religion 2“ als wesentliche Säule des politischen Gemeinwesens gemeinhin akzeptiert. Insofern ist dem Autor dieser sachlich differenzierenden Darstellung in Gänze beizustimmen, wenn er zu folgendem Fazit kommt: „Die Zustimmung möglichst vieler Amerikaner zu finden, indem man ihnen versichert, dass sie die vortrefflichste aller Nationen bilden und dass diese Vortrefflichkeit dem Glauben an Gott entspringt, erscheint angemessen gegenüber einer Gesellschaft, der Religion einerseits immer wichtig ist, die aber andererseits mit einer ständig wachsenden Verwirrung durch die sich wandelnden Erscheinungsformen von Religiosität konfrontiert wird.“

ZW

Norman Manea. *Die Rückkehr des Hooligan*, Carl Hanser Verlag, München Wien 2004, 414 S.



„Ans Leben, das ist alles, ans Leben paßt sich der Überlebende der schwarzen, grünen oder roten Diktatur mit derselben Impertinenz der Banalität an, wie sie das Leben selbst ausmacht, so sollte ich meinen Lebenslauf zusammenfassen, als ich an der Schwelle zu einem neuen Experiment, dem Exil, stand, das erzieherisch nicht minder wertvoll war als die vorhergegangenen.“

„Was ist ein Hooligan? Ein Entwurzelter, Unangepaßter, Unbestimmbarer? Ein Exilant?“ - diese Frage ist das Kernthema des Selbstportraits *Die Rückkehr des Hooligan* von Norman Manea, das jetzt der Carl Hanser Verlag veröffentlicht hat. Norman Manea wurde 1936 vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in der Bukowina geboren, überlebte ein Konzentrationslager in Transnistrien, in das er 1941 mit seiner Familie deportiert worden war, und emigrierte in den 1980er Jahren in der Zeit der wahnwitzigen Ceauşescu-Diktatur in die USA. Zeitlebens war er „kein Partisan, immer ein Dissident“, der „nur zum einsamen Menschen, zu ihm aber sehr viel Vertrauen“ hat. Sein

Selbstportrait ist eine eingehende, zeitgeschichtliche Reise durch Rumänien (Manea nennt es „Jormania“). Nach Jahren im amerikanischen Exil unternimmt er den verzweifelten Versuch, das in ihm „versunkene Vaterland“ zu rekonstruieren. Nach den Präliminarien entwirft er im ersten größeren Abschnitt seiner Autobiographie die Vergangenheit als Fiktion und gleicht so einem „Ulysses ohne Land und Sprache“. Manea muss erkennen, dass er als Heimatloser, der in den postkommunistischen Zeitungen seiner rumänischen Heimat als „Verräter, Zwerg aus Jerusalem, Halb Mensch“ abgestempelt wird, sich nicht länger der Wahrheit der Vergangenheit entziehen kann. Daher beschreibt er im zweiten großen Teil des Buches seinen Aufbruch nach Rumänien, um die „Nachwelt“ seiner früheren Existenz zu ergründen. Immer wieder erkennbar wird in den Passagen des Selbstportraits die geistige Nähe zu Kafka, Proust und Joyce. Er

durchforstet die während des Kommunismus erworbenen Reflexe der Persönlichkeitspaltung, denn nur sie ermöglichen überhaupt erst ein Überleben. „Die Losungen, die Klischees, die Drohungen, der Zwiespalt, die Konvention, die großen und kleinen, runden und eckigen, bunten und farblosen, stinkenden und geruchlosen abgeschmackten Lügen aller Art auf der Straße, zu Hause, in der Bahn, im Stadion, im Krankenhaus, beim Schneider und vor Gericht. Alles war vom Schwachsinn verstrahlt...“

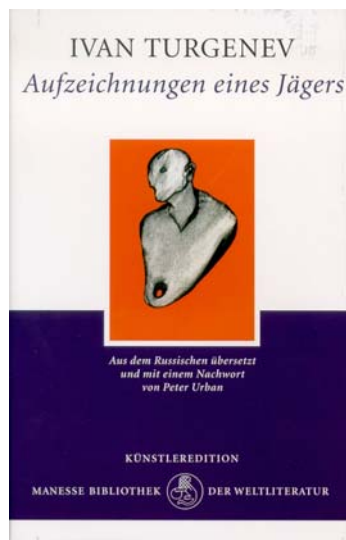
Manea wird zum Wanderer zwischen den Welten, sein Leben ist die Zwischenexistenz eines Verlorengegangenen. Es ist ein Kreisen um das Wiederfinden der eigenen Sprache, die sich mit Legitimation, wirklicher Bürgerschaft und Zugehörigkeit paart. „Wer sich nach seiner heimatlichen Landschaft sehnt, der wird im Exil besondere Gründe finden, sich danach zu sehnen; wem es gelingt, sie zu vergessen und den neuen Wohnsitz zu lieben, der wird zurückgeschickt, von neuem entwurzelt, in ein neues Exil geworfen.“

Auch in der Schriftstellerei findet Manea keine Erlösung, die ihm erst recht nicht früher als Ingenieur im kommunistischen Rumänien zuteil wurde. Für ihn ist ein Dichter der Agent der Götter und nicht der Polizei oder der Staatssicherheit. Was ihm bleibt, sind Erinnerungen, als er das geliebte Suczawa 1941 zwangsweise verlassen musste, als er nach dem Krieg, „in der Periode des Proletkult“, ein „stadtbekanntes kleiner Hanswurst“ wurde, während die „rote Farce“ das Alltagsleben total vereinnahmte.

Leider kann Manea als Schriftsteller das hohe Niveau des ersten, eher philosophisch geprägten Teils der Autobiographie nicht halten. Im zweiten Abschnitt überwiegt ein sehr deskriptiver Erzählstil, der das Leseinteresse mitunter beeinträchtigt. Trotzdem handelt es sich um ein wichtiges Zeitdokument, um die Verhältnisse des südosteuropäischen Landes Rumänien und seine kommunistische sowie postkommunistische Vergangenheit näher kennen zu lernen.

GSch

Ivan Turgenev. *Aufzeichnungen eines Jägers*, Manesse Bibliothek der Weltliteratur, Manesse Verlag, Zürich 2004, 702 S.



„Die Sonne ging unter; in breiten purpurnen Streifen liefen ihre letzte Strahlen auseinander; goldene Wölkchen erstreckten sich, kleiner und kleiner werdend, über den Himmel, wie eine an Land gespülte, gekämmte Welle...Im Dorf erklangen Lieder.“ (*Ivan Turgenev, Aufzeichnungen eines Jägers*)

Auf den ersten Blick könnte man vermuten, Ivan Turgenevs *Aufzeichnungen eines Jägers* stellen ein belangloses romantisierendes Geplänkel über ländliche Idylle, über eine heile Welt in moralisch unerschütterlichen Grundfesten oder über die Einfachheit und Aufrichtigkeit der Menschen auf dem Land dar. Tatsächlich sind die *Aufzeichnungen*, die der Manesse Verlag in seiner Bibliothek der Weltliteratur in einer Neuübersetzung vorlegt, ein enorm wichtiges literarisches Dokument über das Russland des 19. Jahrhunderts, in dem

schon der Nährboden für die kommenden Revolutionen bereitet wird. Schonungslos werden vom Humanisten und Aufklärer *Turgenev* das Elend der Leibeigenschaft, die Knechtschaft der „ausgestoßenen russischen Kaste“ der unfreien Bauern sowie die herrschenden „Klassenverhältnisse“ an den Pranger gestellt. Strafen, Züchtigungen und Unterwürfigkeit sind im feudalen Sklaventum im Russland des 19. Jahrhundert der Alltag für die meisten Menschen des Zarenreichs. Diese Menschen sind Lichtjahre entfernt vom Glanz eines feudalen Sankt Peterburg oder Moskau, wo sich die Aristokratie einem ausschweifenden Leben hingibt. Dieses literarische Werk veranschaulicht, warum Russland in seiner Geschichte ein anderes Zivilisationsmuster durchlebte als vergleichsweise west- oder mitteleuropäische Länder. Turgenev wollte mit seinem Werk über menschenverachtende Zustände Aufklärung betreiben; kein Wunder, dass es von den Zensurbehörden trotz des harmlos klingenden Titels sofort verboten wurde.

So wie alle großen russischen Dichter und Schriftsteller versteht es Turgenev, ähnlich wie in seinem später erschienenen Roman *Väter und Söhne*, sich an einer Typologie des russischen Menschen zu versuchen. Nichts interessiert diese Dichter mehr als das Wesen der russischen Seele. „Der Russe ist sich seiner Kraft und Stärke so bewußt, daß er nicht davor zurückscheut, auch sich selbst zu zerbrechen: ihn interessiert nicht die Vergangenheit, er schaut nur kühn nach vorn. Was gut ist – das gefällt auch ihm, und was vernünftig ist – das gib ihm auch, woher immer es kommt -, es ist ihm gleich.“

Turgenevs Grundgefühl ist das der schmerzbelegten Empathie. Seine Literatur nimmt den Naturalismus späterer Dekaden vorweg, ist zugleich eine Literatur der „bitteren Ironie und spottenden Kritik“. Besonders der Kampf gegen den feudalen Staat ist sein zentrales Anliegen, um dem Individuum Würde und selbstbestimmte Daseinsberechtigung zu verleihen. „Patriarchalismus und Bürokratie, Byzantinismus und Germanismus, barbarische, mongolische Kasernen-Brutalität und die Philosophie des achtzehnten Jahrhunderts, ein gigantisches Reich, in dem keine Persönlichkeit war außer dem Kaiser.“ Turgenevs Stimme gilt dem „anderen Rußland“ der Verachteten, Ausgebeuteten und

außerhalb des Gesetzes Stehenden. Sein Traum ist der einer menschengerechten Gesellschaft, in der die Ideale der französischen Revolution nicht zu Hohlphrasen verkommen, sondern der freie Mensch und nicht der Leviathan-Staat in den Mittelpunkt gerückt wird. Insofern steht Turgenev an einer Zeitenwende vom (philosophischen) Idealismus hin zu später dominierendem Materialismus, der mit seinem sozialtechnischen, pseudo-gleichmacherischen Menschenbild auch das 20. Jahrhundert in Russland ganz maßgeblich beeinflusste.

GSch

